BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Februar 1962 DM 2,–
Postverlagsort Köln - G 1800 E

INHALT

- Chronik des Monats Januar 1962 S. 81
- Die Lage S. 85
- Kommentare S. 93

- Dr. Rudolf Hilf: „Die Vergangenheit darf uns nicht die Zukunft verbauen" S. 96
- Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik (Aus einer Dokumentation) S. 103
- Dr. Hermann Rauschning: Das erste Jahr John F. Kennedy's S. 106
- Arno Behrisch: Augen auf vor der Atlantik-AG S. 114
- Konni Zilliacus, M. P.: Die Vereinten Nationen in der Perspektive S. 123
- Manfred Forster: Im Bunker stirbt man etwas später S. 129

- Anmerkungen, Glossen, Zuschriften S. 138
- Buchbesprechungen S. 145

- Dokumente zum Zeitgeschehen (u. a. Wortlaut des sowjetischen Memorandums an die Bundesregierung vom 27. XII. 1961) S. 149

HERAUSGEBER:

Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

VII. Jahrgang Heft 2

Vorgesehen sind u. a.:

Hans Andresen:
Der säkulare Konkurrenzkampf der Gesellschaftssysteme

Fenner Brockway, M.P.:
Kolonialismus und Rassismus

Peter J. Loewenberg:
Der Rechtsradikalismus in USA

Prof. Dr. Walther Maas:
Über Sozialgeographie

Oberbürgermeister i. R.
Robert Scholl:
EWG und Neutralität

Pastor Voge, Paris:
Zur Krise in der Welt und um Berlin

In den letzten Heften u. a.:

Earl Bertrand Russell:
Sollte Großbritannien einseitig abrüsten? (5/61)

Prof. Dr. Erich Kahler:
Kapitalismus, Sozialismus und der Weltfriede (7/61)

Prof. Dr. Geoffrey Barraclough:
Das Ende einer Illusionspolitik (9/61)

Prof. Dr. Erich Fromm:
Das neue kommunistische Programm (10/61)

Prof. Dr. Linus Pauling:
Dringender denn je: Allgemeine und totale Abrüstung (11/61)

Prof. Dr. Anton Neuhäusler:
Der Papst und das christliche Gewissen (12/61)

Albert J. Luthuli, Friedensnobelpreisträger:
Afrika und die Freiheit (1/62)

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf von Westphalen.
Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim. Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.
Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Barbarossaplatz 2, Telefon 21 53 36; Postscheckkonto Köln 65 14; Bankverbindung: Deutsche Bank, Köln.
Erscheinungsweise Anfang jeden Monats zum Preise von DM 2,—, zuzüglich DM —,15 Porto oder DM —,03 Postzustellgebühr.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe.
Sprechstunde der Redaktion: Montags von 15 bis 17 Uhr.
Druck: Franz W. Wesel, Druckhaus, Baden-Baden. Printed in Germany.

BLÄTTER

FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

HERAUSGEBER: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf v. Westphalen

VII. Jahrgang | **Februar 1962** | **Heft 2**

Chronik des Monats Januar 1962

1. 1. — Portugal. Unter Führung des Hauptmann Varela Gomes versuchen Truppeneinheiten von der Stadt Beja aus, die Regierung Salazar zu stürzen. Auch in Couco, östlich von Lissabon, und in Santo Tirso, im Norden des Landes, kommt es zu Unruhen.

— Westsamoa. Die bisher unter UN-Treuhandverwaltung stehende Inselgruppe im Südpazifik (2926 qm — 113 500 Einwohner) konstituiert sich als Staat, dessen Außenpolitik jedoch weiter von der neuseeländischen Regierung geführt werden soll. — Die Ostsamoa-Inseln bleiben unter amerikanischer Verwaltung.

— Zollgesetz. In der Bundesrepublik tritt ein neues Zollgesetz in Kraft, das das „deutsche Hoheitsgebiet" in „den Grenzen von 1937" zu einem einheitlichen Zollgebiet deklariert und damit die DDR, ganz Berlin und die früheren deutschen Ostprovinzen einbezieht.

2. 1. — Kuba. Präsident Fuentes von Guatemala bestätigt in seiner Neujahrsansprache zum erstenmal offiziell die Unterstützung seines Landes für die gescheiterte Invasion auf Kuba im April 1960. Castrofeindliche Truppen seien damals auf guatemaltekischem Territorium ausgebildet worden, nachdem Washington als Gegenleistung versprochen habe, Großbritannien zur Übergabe der Kolonie Britisch-Honduras an Guatemala zu veranlassen. Der Präsident appelliert an die amerikanische Regierung, ihr Versprechen einzulösen. — Genau ein Jahr vorher, am 10. Januar 1961, hatte Fuentes jede Hilfe an Castro-Gegner bestritten.

— Deutschland-Frage. In Moskau beginnt US-Botschafter Thompson seine „Sondierungsgespräche" mit Außenminister Gromyko.

3. 1. — Algerien. Zu blutigen Unruhen kommt es in Algier, Oran und anderen Städten, bei denen 40 Menschen getötet und 80 verletzt werden. Die Behörden geben die Zahl der Toten allein in den letzten zwei Wochen mit 180, die der Verletzten mit über 300 an. Die OAS ruft ihre Anhänger zur „allgemeinen Mobilmachung".

3.—7. 1. — Berlin. Großbritanniens Oppositionsführer Gaitskell befürwortet in Westberlin eine „gewisse" Anerkennung der DDR als „eines der Staaten, die die Zufahrtswege nach Westberlin kontrollieren" und erneuert seinen Vorschlag, den Berlin-Verkehr international zu überwachen.

4. 1. — Frankreich. Verteidigungsminister Messmer beziffert die Kosten der „nuklearen Abschreckungsmacht" für die nächsten fünf Jahre auf rund sechs Milliarden neue Francs.

— EWG. Unter Vorsitz von Staatssekretär Müller-Armack aus dem Bundeswirt-

schaftsministerium nimmt der Ministerrat seine im Dezember ergebnislos abgebrochenen Besprechungen über den Übergang zur zweiten Phase der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wieder auf.

— Dominikanische Republik. Mit 20 : 0 Stimmen bei Stimmenthaltung Kubas hebt die Organisation Amerikanischer Staaten die im Jahre 1960 verhängten Sanktionen gegen das frühere Regime Trujillo wieder auf.

— Berlin. Bürgermeister aus mehreren westeuropäischen Ländern sind Gäste des „Deutschen Städtetages", der eine Tagung in Westberlin abhält. Es kommt zu einem Rededuell mit Bürgermeister Brandt, als das Stadtoberhaupt von Coventry, Callow, Kontakte mit Kommunalverwaltungen der DDR befürwortet.

4. 1.—22. 1. — Afrika. Der sowjetische Vizepremier Mikojan bespricht in Guinea, Ghana, Mali und Marokko politische und wirtschaftliche Probleme.

5. 1. — Lohntarife. Die IG Metall lehnt „Spitzen-Verhandlungen" über die Erneuerung des von der Industrie zum 1. Januar gekündigten Tarifvertrages ab. Bei den beginnenden Bezirks-Gesprächen fordern die Gewerkschaften eine 10%ige Lohnanhebung und Urlaubsverlängerungen. Die Arbeitnehmer bieten 1,5% Lohnerhöhung an. — Am 11. 1. protestieren in Baden-Württemberg 10 000 Metallarbeiter auf über 70 Kundgebungen.

7.—10. 1. Algerien. Auf einer viertägigen Geheimsitzung beschäftigt sich die Provisorische Regierung der Algerischen Republik in Mohammedia (Marokko) mit dem Stand der algerisch-französischen Beziehungen. In einem Kommunique fordert das Exilkabinett die „Anwendung des Rechts des algerischen Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit" und anerkennt ausdrücklich „die legitimen Interessen Frankreichs und der Europäer in Algerien".

7. 1. — Berlin. Im Weißen Haus empfängt Präsident Kennedy seinen persönlichen Vertreter in Westberlin, General Clay, zu einem Gespräch über die „gegenwärtige Situation in Berlin und Deutschland" und „mögliche Krisensituationen".

9. 1. — Deutschlandfrage. Nach der mehrmaligen Erklärung, das sowjetische Memorandum vom 27. Dezember 1961 werde nicht veröffentlicht, gibt die Bundesregierung den 22seitigen Text frei (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

— Adenauer — Macmillan. Wichtigstes Thema des mehrstündigen Gesprächs der beiden Regierungschefs in Bonn sind die „britischen Verteidigungsausgaben in Deutschland".

10. 1. — Italien. Einer „Regierung des linken Zentrums", bestehend aus den Christdemokraten, den Republikanern und den Sozialdemokraten, versprechen die italienischen Sozialisten unter Führung von Pietro Nenni ihre Unterstützung.

— Iran. Gutseigentümer, die mehr als fünf Dörfer besitzen, müssen einen Teil ihres Bodens abgeben. Das von der Regierung Amini verabschiedete Bodenreformgesetz, das der Unruhe unter den Bauern begegnen soll, sieht dafür eine Entschädigung in fünfzehn Jahresraten vor.

10.—21. 1. — Afrika. Bundespräsident Lübke bereist in Begleitung von Außenminister Schröder die afrikanischen Staaten Liberia, Guinea und Senegal.

11. 1. — USA. Beide Häuser des Kongresses erhalten die alljährliche „State of Union"-Botschaft mit Bilanz und Vorschau über alle Bereiche der amerikanischen Politik. Präsident Kennedy beurteilt darin die Wirtschaftslage der Vereinigten Staaten optimistischer als vor einem Jahr und regt „zur Vermeidung einer neuen Rezession" konjunkturbedingte Steueranpassungen an. Zur „militärischen Schlagkraft" verweist Kennedy auf die Erhöhung des Wehretats von 15% und die Verstärkung der mit Atomraketen ausgerüsteten Luftwaffen- und Flottenverbände. — Zur Berlin-Frage heißt es in dem Bericht, die USA werde keine Mühen scheuen, „um eine friedliche und für beide Seiten annehmbare Lösung des Problems zu finden". Der Präsident fordert abschließend den schrittweisen Abbau der Zölle zwischen dem amerikanischen und europäischen Kontinent. — Das Arbeitsministerium veröffentlicht am gleichen Tage die neueste Statistik. Bei einer Zahl von 66,5 Millionen Beschäftigten betrug die Arbeitslosigkeit im Dezember 1961

rund 4,1 Millionen (Dezember 1960 = 4,6 Millionen).

— NATO. Überraschend trifft Generalsekretär Stikker in Bonn ein, um mit Bundeskanzler Adenauer „unter vier Augen" die „Neuordnung der Verfügungsgewalt über Atomwaffen" zu besprechen.

12. 1. — Deutschlandfrage. Seine Gespräche vom 2. 1. über eine Berlin-Lösung setzt Botschafter Thompson im sowjetischen Außenministerium fort. Minister Gromyko überreicht dem amerikanischen Diplomaten eine Denkschrift mit der sowjetischen Auffassung. — Außenminister Rusk umreißt in Washington die amerikanische Position bei den Verhandlungen über Berlin mit den Worten: „Statt zu versuchen, die Mauer in Berlin umzuwerfen, muß versucht werden, offene Türen in dieser Mauer zu finden. Wenn man den Weg nach Ostberlin mit Gewalt erzwingen will, muß man über die Lage, die sich daraus ergeben könnte, im Bilde sein."

14. 1. — EWG. Rückwirkend auf den 1. Januar setzt der EWG-Ministerrat nach wochenlangen Verhandlungen den Beginn des Überganges zum gemeinsamen europäischen Agrarmarkt fest. Vertreter der deutschen Landwirtschaft äußern Bedenken gegen die getroffenen Regelungen.

15. 1. — Kongo. Antoine Gizenga, Vizepremier der Zentralregierung, wird trotz seiner parlamentarischen Immunität von Regierungstruppen und UN-Streitkräften gefangen genommen und unter Hausarrest gestellt. In Abwesenheit von 65 der 137 Abgeordneten kommt ein „Mißtrauensvotum" gegen Gizenga im Parlament von Leopoldville zustande.

— Neu-Guinea. Vor der Südküste Neu-Guineas (Westirian) versenken niederländische Kriegsschiffe zwei indonesische Marinefahrzeuge. — Präsident Sukarno ruft zur „Befreiung" der niederländischen Kolonie auf, läßt aber in einem Telegramm an den UN-Generalsekretär Verhandlungsmöglichkeiten offen.

— VAR. Gegen sieben Ägypter und fünf Mitglieder der französischen Wirtschaftsmission erhebt ein Kairoer Gericht Anklage wegen Spionage und Geheimbündelei.

15.—16. 1. — Finnland. Bei den Präsidentenwahlen erringt Staatspräsident Kekkonen die absolute Mehrheit der Wahlmännerstimmen.

16. 1. — Frankreich. Die Waffendiebstähle der OAS aus staatlichen Depots mehren sich. Aus allen Teilen Frankreichs werden Sprengstoffattentate bekannt.

— Berlin. Unmittelbar nachdem die amerikanischen Panzer den „Ausländerübergang" Friedrichstraße verlassen haben, kehren auch die auf Ostberliner Seite stehenden Einheiten der Roten Armee in ihre Garnisonen zurück.

17. 1. — Abrüstung. Die UN-Delegationen der USA und der UdSSR teilen Generalsekretär U Thant mit, daß sich die achtzehn Mitglieder der neuen Abrüstungskommission geeinigt haben, am 14. März in Genf die Arbeit aufzunehmen. — Die Kommission löst den bisherigen, von Ost und West paritätisch besetzten Zehn-Mächte-Ausschuß ab. Neben den fünf Staaten des Westens (USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada, Italien) und des Ostens (UdSSR, Polen, Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien) gehören ihm acht neutrale Länder an: Äthiopien, Brasilien, Burma, Indien, Mexiko, Nigeria, Schweden und die Vereinigte Arabische Republik.

17.—19. 1. — Dominikanische Republik. Nur zwei Tage dauert die Herrschaft einer halbmilitärischen Junta. Präsident Balaguer muß zurücktreten, sein Vertreter Bonelly erzwingt aber die Wiedereinsetzung des erst seit Anfang Januar amtierenden Staatsrates und übernimmt dessen Leitung.

18. 1. — USA. Von den 92,5 Mrd. Dollar des Budgetentwurfes entfallen mehr als 50% (52,7 Mrd. Dollar) auf Ausgaben für militärische Zwecke.

— Albanien. Die österreichische Regierung erteilt das Agreement für eine albanische Botschaft in Wien. Tirana unterhielt bisher diplomatische Vertretungen im Westen nur in Rom und Paris. — In Warschau wird ein Protokoll über den polnisch-albanischen Warenaustausch für 1962 unterzeichnet.

19. 1. — Laos. Chef der neuen Drei-Parteien-Regierung wird der frühere Ministerpräsident Prinz Souvanna Phouma. Das in Genf getroffene Übereinkommen erlaubt Phouma, zehn Minister aus den Reihen seiner Anhänger zu berufen. Je vier Mitglieder des Kabinetts stellen die Pateth-Lao-Bewegung und die bisherige Regierung Boum Oum.

— Wehrpflicht. In erster Lesung billigt der Bundestag — mit den Stimmen der SPD, die seinerzeit das Wehrpflichtgesetz abgelehnt hatte — die Verlängerung des Wehrdienstes von 12 auf 18 Monate.

20. 1. — Bizerta. In viertägigen Verhandlungen mit Außenminister Couve de Murville erreichen Unterhändler Tunesiens keine Einigung über die Räumung des Flottenstützpunktes Bizerta durch Franchreich. Frankreich weigert sich, einen festen Termin für den Abzug seiner Truppen zu nennen.

21. 1. — Iran. Rufe nach dem früheren Ministerpräsidenten Mossadegh und dem Rücktritt des Kabinetts Amini beherrschen Studentendemonstrationen in Teheran und anderen Städten. Die Regierung setzt Truppen ein und läßt die Universität in der Hauptstadt für unbestimmte Zeit schließen. Rektor Dr. Farhad erklärt aus Protest seinen Rücktritt.

22.—30. 1. — Lateinamerika. Erst nach zweimaliger Verlängerung der Konferenz von Punta del Este (Uruguay) gelingt es Außenminister Rusk, seinen Antrag auf Ausschluß Kubas aus der Organisation Amerikanischer Staaten mit den notwendigen 14 Stimmen durchzusetzen. — In Havanna versammeln sich zur gleichen Zeit 200 Delegierte aus 17 Ländern zu einer „Konferenz der lateinamerikanischen Völker".

23.—24. 1. — Bundeshaushalt. Einen „Rekordhaushalt" für 1962 in Höhe von 53,5 Mrd. Mark verabschiedet das Bundeskabinett. Mit fast einem Drittel stellt der um 25 % erhöhte Wehretat (16,5 Mrd. DM) die größte Ausgaben-Position. „Einschneidende Maßnahmen" und Gesetzesänderungen, um „Lasten auf anderen Gebieten zu verringern", stellt für den Fall einer weiteren Erhöhung der Rüstungskosten Finanzminister Starke in Aussicht. Schon jetzt sollen die Länder mit Hilfe der „finanzpolitischen Notstandsklausel" des Grundgesetzes verpflichtet werden, einen Fehlbetrag von 1,74 Mrd. DM an die Bundeskasse zu zahlen.

24. 1. — DDR. Die allgemeine Wehrpflicht von 18 Monaten wird nun auch für die „Volksarmee" eingeführt. Der Mannschaftsbestand soll nach Angaben des DDR-Verteidigungsministers 90 000 nicht überschreiten.

25.—30. 1. Afrika. Auf dem „afrikanischen Gipfeltreffen" in Lagos (Nigeria) sind die Staatschefs von Ghana, Guinea, Mali, Marokka, Lybien und der VAR nicht vertreten, weil die algerische Exilregierung keine Einladung erhalten hatte.

27.—31. 1. — Italien. Eine große Mehrheit der Delegierten ermächtigt Ministerpräsident Fanfani auf dem Parteitag der Christdemokraten, mit „dem direkten oder indirekten Beistand" der (Nenni-)Sozialisten zu regieren und in sein Kabinett Republikaner und Sozialdemokraten aufzunehmen.

26. 1. — Weltraum. Ein „Mondschuß" vom amerikanischen Versuchsgelände Cap Canaveral gelingt nur teilweise. Die „Ranger III" geht in großer Entfernung am Mond vorbei. — Zum wiederholten Male muß der Weltraumflug des US-Oberstleutnant Glenn wegen technischer Schwierigkeiten verschoben werden.

29. 1. — Abrüstung. Ohne den Termin für eine neue Zusammenkunft festzulegen, vertagt sich die Konferenz zur Einstellung der Atombomben-Versuche auf Antrag der Westmächte.

30. 1. — Ost-West-Kontakte. Zum zweitenmal innerhalb eines Vierteljahres empfängt Präsident Kennedy den Chefredakteur der „Iswestija" und Schwiegersohn Chrustschows, Alexej Adschubej. An dem mehrstündigen Gespräch nimmt auch der Pressesekretär des Weißen Hauses Pierre Salinger teil, der eine Einladung Adschubejs nach Moskau annimmt. — Salinger war am 29. 1. in Paris mit dem sowjetischen Pressechef Charlamow zusammengetroffen.

Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik

Eine Dokumentation zur „Politik der Stärke"

Die folgenden Zitate sind einer größeren Dokumentation zur Geschichte der westdeutschen Wiederaufrüstung entnommen, die im Frühjahr als Sonderdruck der „Blätter" erscheinen wird. Mit dieser Publikation, die in ihrer Art in der Bundesrepublik kaum ihresgleichen haben dürfte, soll in konzentrierter Form die gewiß schwerstwiegende Wendung der westdeutschen Nachkriegspolitik dokumentiert werden: der Übergang von den Friedens-, Entwaffnungs- und sogar Neutralitäts-Beteuerungen der ersten Nachkriegsjahre zur „Politik der Stärke" mit allen ihren verhängnisvollen politisch-militärischen, wirtschaftlichen und moralischen Folgen.

Der Sonderdruck wird einen Umfang von 50 bis 60 Seiten im Format der „Blätter" haben und für unsere Abonnenten DM 1,50, für Nichtabonnenten DM 2,00 kosten. Da die Auflage begrenzt ist, empfehlen wir unseren Lesern, ihre Bestellung schon jetzt aufzugeben und dazu die diesem Heft beiliegende Bestellkarte zu benutzen.

Verlag und Redaktion

Adenauer: Deutschland neutralisieren

„Wir sind einverstanden, daß wir völlig abgerüstet werden, daß unsere reine Kriegsindustrie zerstört wird, daß wir nach beiden Richtungen hin einer langen Kontrolle unterworfen werden. Ja, ich will noch weitergehen: Ich glaube, daß die Mehrheit des deutschen Volkes einverstanden wäre, wenn wir wie die Schweiz völkerrechtlich neutralisiert würden."

Rheinische Post v. 30. XII. 1946

Strauß: „... dem soll die Hand abfallen"

In der Zeit allerdings, in der es politisch noch opportun zu sein schien, als Pazifist zu gelten, hatte Strauß seine seltsame Vorliebe für das militärische Gehabe zu unterdrücken vermocht. Im Wahlkampf für den ersten Bundestag drohte er: „Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfallen."

Der Spiegel v. 2. I. 1957

Heuß: Eine Armee nicht von Vorteil

Bundespräsident Theodor Heuß nahm am 8. 9. 1949 in einem Interview mit dem Bonner AP-Korrespondenten George S. Martin zur Frage einer deutschen Wiederaufrüstung Stellung. Er sagte, er sei absolut gegen eine deutsche Wehrmacht, ganz gleich, unter wessen Kommando sie stehen würde. „Es wäre nicht vernünftig für Deutschland, heute eine Armee zu haben, es wäre nicht zu unserem Vorteil." Selbst wenn die westlichen Alliierten die Schaffung einer deutschen Armee vorschlügen, würde er sich dagegen wehren, fügte er hinzu. Deutschland habe endgültig den Weg zur Demokratie eingeschlagen.

Der Bundespräsident fuhr fort: „Unsere Verfassung erlaubt keine allgemeine Wehrpflicht. Jeder Deutsche hat das Recht, den Dienst in einer bewaffneten Macht zu verweigern." Deshalb könnte eine neue deutsche Wehrmacht überhaupt nur aus Söldnern bestehen, da man nicht genug Freiwillige finden würde. Sehr ernsthaft warnte Dr. Heuß das Ausland, allzuviel von einer Wiedererrichtung einer deutschen Wehrmacht zu sprechen. ...

Die Neue Zeitung v. 9. IX. 1949

Auftrag an Speidel

Leise über Teetassen und Sandwiches hinwegsprechend, erschütterte Bundeskanzler Dr. Adenauer auf einem Empfang der Auslandspresse gestern die Alliier-

ten mit der Mitteilung, daß er bereits als Privatmann 1948 die heutige weltpolitische Lage vorausgesehen und den Aufbau einer westdeutschen Armee vorbereitet habe. General Speidel habe in seinem Auftrage schon damals eine Denkschrift über die vergleichsweisen Stärken der europäischen Armeen und die Vorschläge für einen deutschen Verteidigungsbeitrag ausgearbeitet.

General-Anzeiger für Bonn und Umgegend v. 26./27. I. 1952

Heusinger und Gehlen — ein neues OKH?

Die Lager Oberursel und Allendorf — in denen Heusinger Operationsberichte für die kriegsgeschichtliche Abteilung des amerikanischen Verteidigungsministeriums verfertigte — und das Nürnberger Gerichtsgefängnis, in dem er als Zeuge einsaß, waren die Stationen der nahezu dreijährigen Gefangenschaft.

Heusinger war gerade eben wieder frei, als ihn auch schon ein Mann aufsuchte, der während des Krieges zunächst unter, später neben ihm im Generalstab des Heeres gewirkt hatte: der Generalmajor außer Diensten Reinhard Gehlen. Gehlen wußte für Heusinger eine angemessene Beschäftigung, von der man überdies auch leben konnte. Er gewann ihn für seinen amerikanisch finanzierten Nachrichtendienst. Sagt Heusinger heute: „Herr Gehlen kam im Frühjahr 1948 zu mir und meinte, es sei sicherlich zweckmäßig, daß ich mich über die Entwicklung der militärischen Lage im Osten auf dem laufenden halte. Genau das habe ich bei Gehlen getan. Mit Agentendienst hatte meine Tätigkeit nichts zu tun."

In der Tat. Gehlen hatte den ausgedienten Operationschef zu wesentlich anders gearteten Zwecken als dem Nachrichtendienst engagiert. Der Nachrichten-Boß Westdeutschlands dachte damals nicht daran, es beim Sammeln und Auswerten von Nachrichten bewenden zu lassen. Im Gegenteil, schon zwei Jahre, ehe Adenauer den Alliierten westdeutsche Soldaten offerierte, war Gehlen dabei, für alle Fälle vorsorglich ein neues Oberkommando des Heeres zusammenzubringen. Den Rang lief ihm dann freilich der Generalleutnant außer Diensten Graf Schwerin ab, den der Kanzler im Sommer 1950 zum ersten Sicherheitsbeauftragten der Bundesregierung bestellte. So endete dann Heusingers Engagement im Gehlen-Dienst, nachdem Gehlen ihn in Bonn angelegentlich empfohlen und Graf Schwerin ihn dem Bundeskanzler präsentiert hatte.

Der Spiegel v. 29. II. 1956

Hintergründe

Aus dem Artikel „‚Remilitarisierung' Westdeutschlands — Die Hintergründe der neuen militärischen Propaganda in den Westzonen" von Dieter Cycon:

In einem — zum Glück noch kleinen — Teil der deutschen Presse hört man seit ein paar Wochen förmlich die Marsch- und Rekrutenstiefel klappern. Es gibt eine ziemlich ungeschminkte Propaganda, die im Hintergrund das Bild neuer „grauer Kolonnen" mit strammen Offizieren und schwarz-weiß-roten Fahnen parat hat, und dieses Bild dem Ausland wie auch dem kriegs- und soldatenmüden deutschen Volk wieder schmackhaft machen möchte.

Eben ist die Öffentlichkeit durch eine Erklärung Dr. Kogons aufgeschreckt worden, wonach die Remilitarisierung Deutschlands unter dem Schild der Besatzungsmächte bereits begonnen habe und nur noch die Frage einer „scharfen Kontrolle" der Remilitarisierung zur Debatte stehe. Doch diesem Schock ist ganz gut vorgearbeitet worden ...

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß dieses neuaufgemachte Militär nur als „Abwehrwaffe" bezeichnet und ausschließlich als („möglicherweise bedauerliche aber leider unumgängliche") Antwort auf die Remilitarisierungsbestrebungen in der Sowjetzone plakatiert wird. Es interessiert die Förderer

dieser Pläne wenig, wieviel von den Nachrichten aus der Ostzone auf Tatsachen beruht und wieviel übertrieben und Gerücht ist. Man begnügt sich auch nicht damit, dem möglicherweise tatsächlich im Entstehen begriffenen roten Militarismus in der Ostzone auf die gleiche Art und Weise zu antworten: durch eine verstärkte Polizeitruppe. Man ist auch gar nicht geneigt (was bei so schwerwiegenden Entscheidungen unbedingt notwendig wäre), erst einmal Klarheit darüber zu gewinnen, welche Entwicklung sich in der Ostzone tatsächlich vollzieht und wie sich die außenpolitische Lage in den nächsten Monaten gestalten wird ...

Denn die deutschen Förderer der Remilitarisierungspläne wollen ja gar nicht abwarten und nur das Notwendige tun, sondern sie wollen das Eisen schmieden, solange es heiß ist, und die künftige Entwicklung nach Möglichkeit präjudizieren. Das Schlimmste, was ihnen passieren könnte, wäre eine Regelung der deutschen Frage auf dem Verhandlungswege, die die kriegerische Atmosphäre entspannen und den Aufbau deutscher Armeen unnötig erscheinen ließe. Es geht den allermeisten von denen, die so eifrig die Werbetrommel rühren, ja nicht um die Verteidigung der westlichen Zivilisation gegen eine bolschewistische Ausplünderung und Unterdrückung. Die Herren, die in der Vergangenheit dem deutschen Militarismus nahestanden, nahmen es gewöhnlich mit der Barbarei nicht so genau. Sonst hätten sie nicht die Verbündeten Hitlers sein können ...

Aber sie handeln eben nicht aus der Überzeugung heraus, daß die Remilitarisierung Deutschlands ein notwendiges Übel sei, sondern s i e wollen das Ausland und die deutsche Öffentlichkeit von der Notwendigkeit der Remilitarisierung Deutschlands überzeugen. Es wollen nicht so sehr die Westmächte etwas vom deutschen Volk, sondern die deutschen Interessenten an einer Remilitarisierung wollen etwas von den Westmächten, nämlich die Genehmigung zur Remilitarisierung! Deshalb müssen sie sich auch am Anfang so klein, unscheinbar und ungefährlich wie möglich machen ...

Hinter der Forderung nach einer Remilitarisierung Deutschlands steckt, soweit sie auf deutsche Förderer zurückgeht, in erster Linie der Wunsch nach Wiederherstellung bestimmter politischer und sozialer Zustände in Deutschland. Es geht ihnen einmal darum, das Militär wieder als bestimmenden Faktor in das politische Leben Deutschlands hineinzumanövrieren. Die „Allgemeine Zeitung" läßt die Katze aus dem Sack, wenn sie sich darüber beklagt, daß „der Stand der Berufssoldaten immer noch mit einem ‚leichten Makel' behaftet ist" und „immer noch bestimmte Dienstgrade in bestimmten Zonen mit Sicherheit auf Erschwerung bei ihrer Anstellung rechnen müssen". Das gleiche Blatt stellt hoffnungsfroh fest, daß die Aufstellung von legionärsähnlichen Truppenverbänden zwar für unser Nationalempfinden (!) bedauerlich sei, jedoch n u r d e n A n f a n g d a r s t e l l e n s o l l e. Das Entscheidende sei nicht der augenblickliche Zustand, sondern die „Richtung, in die die Geschehnisse drängen".

Aber wären es nur die nach neuem Einfluß strebenden Militärs, die hinter der Propagandakampagne für die deutsche Armee stünden, dann brauchte man die Entwicklung nicht mit übermäßiger Sorge zu betrachten. Sie sind heute noch zu schwach, als daß sie allein in den Sattel steigen könnten. Leider gibt es Anzeichen dafür, daß die Militärs alte Verbündete in Kreisen der deutschen Industrie gefunden haben. Es ist kaum ein Zufall, daß die Mainzer „Allgemeine Zeitung", die den Anspruch erhebt, eine führende deutsche Wirtschaftszeitung zu sein oder zu werden, in vorderster Front der „Remilitarisierung" steht. Nach diesem Blatt haben sich kürzlich „führende Politiker Westdeutschlands, namentlich aus Kreisen der westdeutschen CDU und des Zentrums" (beide Parteien werden häufig als Interessenvertreter der nordrheinischen Industrien betrachtet), „in einer Form, die noch zu klären wäre, über die deutsche Beteiligung an der Verteidi-

gung Westeuropas geäußert". Es steht zu vermuten, daß man in diesen Kreisen eine neue deutsche Armee zunächst als Hilfsmittel zur Aufrechterhaltung einer bestimmten Gesellschaftsstruktur im Innern betrachtet; daß man dahinter aber auch die Möglichkeit wittert, gegenüber den ausländischen Unternehmen wieder gleichberechtigter Geschäftspartner zu werden ...

Stuttgarter Zeitung v. 30. XI. 1948

Es ist soweit ...

Wie am Montag aus gut unterrichteten Kreisen in Bonn verlautet, hat Bundeskanzler Dr. Adenauer am vergangenen Donnerstag den drei alliierten Hohen Kommissaren in einer Geheimsitzung auf dem Petersberg offiziell die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland vorgeschlagen. Über diesen Vorschlag wird von deutscher und alliierter Seite offiziell noch strengstes Schweigen bewahrt. Wie wir erfahren, soll der Bundeskanzler die Absicht haben, selbst vor der Presse zu seinem letzten Besuch auf dem Petersberg Stellung zu nehmen. Am Dienstag wird Dr. Adenauer mit dem Oppositionsführer Dr. Schumacher und mit den Vorsitzenden der Regierungsfraktionen konferieren. Im Mittelpunkt dieser Besprechungen dürfte die Frage der deutschen Remilitarisierung stehen ...

Wie aus Regierungskreisen der United Press mitgeteilt wurde, hat Dr. Adenauer noch keine genauen Zahlen über die Stärke der deutschen Verteidigungstruppen genannt. Aus den Hinweisen des Bundeskanzlers geht jedoch hervor, daß ihre Mindeststärke 60 000 Infanteristen und Panzersoldaten betragen müsse. Sie sollten mit modernsten Waffen ausgerüstet und zu fünf Divisionen zusammengefaßt werden. Der Bundeskanzler soll an die Bildung von drei Panzerdivisionen, einer Flak-Division und einer sogenannten Sturmdivision denken ...

Stuttgarter Nachrichten v. 22. VIII. 1950

Dr. Hermann Rauschning

Das erste Jahr John F. Kennedy's

Wären wir politisch unbeteiligt, so könnte man diesem tapferen, höchst intelligenten, klugen und kenntnisreichen, diesem aufrichtigen und trotz seines starken Selbstbewußtseins — cocksureness nennen es seine Gegner — im besten Sinne demütigen Manne, der wiederholt eine Reife, ja Weisheit weit über seine Jahre gezeigt hat, unsere Sympathie, unsere Bewunderung darüber nicht versagen, wie er sich in diesem ersten Jahr seiner Regierung in Unglück und Erfolg „höchst königlich" bewährt hat. Er ist vom Holz, aus dem große tragische Gestalten geschnitzt werden: er h a t ein tragisches Schicksal aufgebürdet bekommen: die Fehler und Versäumnisse, die falschen Tendenzen und Unzulänglichkeiten der Politik dreier Generationen seines Landes, die in diesem Zeitpunkt zusammenbrannten, nachzuholen und zurechtzurücken. Die verschobenen, vertrödelten, versäumten Lösungen, die nicht erkannten, die verpaßten Gelegenheiten einer möglich gewesenen fruchtbaren Politik treten vor ihn wie die Gespenster der Erschlagenen in jenes Königs Kampfzelt vor der Schlacht. Weh ihm, könnte man sagen, daß er kam, eine aus den Fugen geratene Welt einzurenken; gewiß kein Hamlet, sondern ein Fortinbras. Ein pathetisches Schicksal steht ihm bevor. Weniger pathetisch drückte es der große General des Pazifik-Krieges, MacArthur, bei seinem Besuch im Weißen Haus aus: die Hühner kehrten heim, zu nisten. „Sie werden im Hühnerhaus zu leben haben".

Kommentare

Die SPD und das „Notwendige"

Daß der „13. August" und „Die Mauer" nicht zuletzt bittere Folgen jener „Politik der Stärke" sind, vor der seit Jahren gerade diese Zeitschrift eindringlich gewarnt hat, ist eine elementare, wenn auch für manche Kreise sehr unbequeme Einsicht, ohne die es in der Berlin- und Deutschland-Frage für die Deutschen keine Wende zum Besseren geben kann. In Bonn gilt sie gleichwohl noch immer als verabscheuenswerte nationalpolitische Ketzerei. Vergeblich wird man in dem am 17. September gewählten vierten Bundestag nach einer Gruppe Ausschau halten, die zu jener unpopulären, aber unerläßlichen Einsicht sich bekennt und aus ihr praktische Konsequenzen zieht.

Die neue Bundesregierung, anstatt der Aufrüstungspolitik wenigstens jetzt endlich abzuschwören, intensiviert vielmehr diese für den „13. August" mitverantwortliche „Politik" noch — unter Berufung auf eben den „13. August". Sie verlangt heute schon ganz offen nach atomarer Mit- und Selbstbestimmung; eine neue Phase der hemmungslosen Militarisierung des ganzen Lebens in der Bundesrepublik hat begonnen. Im Parlament stößt die Regierung dabei auf keinen Widerspruch mehr.

Alle Warnungen der vergangenen Jahre haben sich gerade in den letzten Monaten als nur allzu berechtigt erwiesen. Und eine wirkliche Alternative zu der bisherigen Bonner Politik ist heute notwendiger denn je. Einst gehörte zu den Warnern die SPD. Maßgebende Sozialdemokraten haben sich damals auch in diesen „Blättern" wiederholt zu Wort gemeldet. Heute aber, in einer noch weit gefährlicheren Situation, verleugnet die SPD alle dieser Warnungen. Sie toleriert nicht nur stillschweigend die militärpolitische Betriebsamkeit der Bundesregierung, sondern sie befürwortet sie ausdrücklich. Sie stimmt der Regierungsvorlage über die Verlängerung des Grundwehrdienstes von 12 auf 18 Monate zu — unter Berufung ausgerechnet auf den „13. August"! So geschehen im Bundestag am 19. Januar 1962. Der Abgeordnete Erler erklärte als Sprecher der Sozialdemokraten, seine Partei werde sich „dem Notwendigen" nicht versagen und fordere nur, daß es „im einzelnen zweckmäßig gestaltet" werde. „N o t w e n d i g" sei aber, nach dem „13. August", vor allem eine „Verstärkung der Wehrkraft".

Freilich mußte der SPD-Sprecher im Bundestag zugeben, daß die Frage der Wehrdienstverlängerung nicht abzulösen sei von den politischen Grundsatzfragen. Aber im nächsten Augenblick beruhigte er die Regierungsparteien auch schon wieder: „Natürlich — haben Sie keine Sorge! —, über ein gesamtpolitisches Konzept als Antwort auf die Krise muß man bei a n d e r e r G e l e g e n h e i t reden."

Seit dem „13. August" wartet die deutsche Öffentlichkeit auf diese „Gelegenheit"! Das von Erler abermals verwendete Argument, die SPD wolle die Position der Bundesregierung in den laufenden internationalen Verhandlungen nicht durch „öffentliche Parlamentsverhandlungen" belasten, ist fadenscheinig. Denn die SPD weiß sehr wohl, in welchem Mißverhältnis die politische Aktivität dieser Regierung zu ihrer militärpolitischen steht; und mit welch irrealen und gefährlichen Vorstellungen sie, wenn überhaupt, solche Verhandlungen führt. Indem sie seit Monaten darauf verzichtet, über das Problem der „gesamtpolitischen Konzeption" im Bundestag zu sprechen, deckt die SPD faktisch die heutige Bonner Konzeption. Und gleichzeitig trägt sie das ihre bei

zur fortschreitenden politischen Abwertung des Parlaments.

Mag die SPD darüber jammern, daß sie „noch immer" von der Mitbestimmung in Bonn ausgeschlossen wird (obwohl sie sich doch, wie sie beteuert, um so vieles „gebessert" habe . . .), die Mitverantwortung für die neue Phase der Bonner „Politik der Stärke" hat sie längst, freiwillig, übernommen. Seit mehr als einem halben Jahr bemüht die SPD sich vor allem darum: nicht auch weiterhin von den anderen Parteien und der deutschen Öffentlichkeit als Opposition — mißverstanden zu werden! Am Tage nach der Bundestagsdebatte über die Verlängerung der Wehrdienstzeit nannte die SPD diese Debatte einen „Gewinn für die deutsche Demokratie", was nun schon beinahe einer unfreiwilligen Selbstverspottung gleichkommt. Sie beteuerte, nur für denjenigen habe die grundsätzliche Zustimmung zur Verlängerung des Wehrdienstes überraschend sein können, der die deutsche Sozialdemokratie noch „mit den Augen von gestern" sehe.

Es ist denn auch kaum erstaunlich, daß die SPD sich auch in der Beurteilung des neuen sowjetischen Memorandums von der CDU/CSU kaum noch unterscheidet. So erklärte Erich Ollenhauer am 10. Januar anläßlich einer Berlin-Tagung der Bundestagsfraktion, die SPD lehne zweiseitige Verhandlungen zwischen Bonn und Moskau prinzipiell ab; die sowjetische Haltung habe sich nicht geändert. Ende Januar wandte sich die SPD dann auch ausdrücklich gegen die Forderung des FDP-Vorsitzenden Dr. Mende nach einer mit den Westmächten abgesprochenen deutschen Fühlungnahme mit Moskau.

Die Politik der Bundesregierung ist ein Ganzes. Man kann sie nur ganz annehmen oder muß sie ganz ablehnen. Die Sozialdemokraten haben sich für das erstere entschieden. Kein Wunder, daß sich ihre Vertreter bei den neuen Gesprächen über das Notstandsgesetz am 23. Januar vor dem Zusammentreffen mit Bundesinnenminister Höcherl sich sehr „zuversichtlich" über die Möglichkeiten einer Einigung mit der Bundesregierung in dieser Frage äußerten. Und ebensowenig ein Wunder, daß sich das Präsidium der SPD am 22. Januar ausdrücklich gegen die Ostermärsche der Atomwaffengegner wandte.

Die Parteiführung kann freilich diesen Kurs der absoluten freiwilligen Gleichschaltung der deutschen Sozialdemokratie mit der verhängnisvollen Bonner Politik nur durch einen nie dagewesenen innerparteilichen Zwang, um nicht zu sagen Terror, durchsetzen. Es wird sich zeigen, ob diejenigen Kräfte innerhalb der SPD, die sich über die Konsequenzen dieser Anpassung-um-jeden-Preis im klaren sind, ihrerseits endlich Konsequenzen ziehen, d. h. das wirklich Notwendige tun.

AB.

Treibjagd auf Kuba?

„Ein halber Sieg" — so überschreibt die Kölner „Deutsche Zeitung" ihr Resümee aus der Konferenz von Punta del Este, wo es, wie bekannt, auf Initiative und Betreiben der Regierung der USA darum gegangen war, die Organisation Amerikanischer Staaten (kurz OAS — vorerst noch nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen Organisation von Rechtsextremisten in Frankreich und Algerien) zu einmütigen und drastischen diplomatischen und wirtschaftlichen Sanktionen gegen das revolutionäre Kuba zu bewegen.

Einen halben Sieg kann man, je nach Temperament und Neigung, ebensogut auch eine halbe Niederlage nennen. In unserem Falle schlägt das Pendel sogar eindeutig nach Niederlage aus. Verständlich, daß Staatssekretär Rusk nach Ende des ihn so enttäuschenden Geplänkels keine Mühe scheut, „das Beste daraus zu machen"; so, wenn er die

spitzfindige, aber von keinem Menschen geglaubte Version verbreitet, die Zurückhaltung Argentiniens, Brasiliens, Chiles, Mexikos, Boliviens und Ecuadors sei lediglich juristisch, nicht aber politisch gemeint gewesen. Man muß aber doch daran erinnern, daß der Repräsentant des mächtigsten amerikanischen Landes zur Konferenz gekommen war, nicht um etwas Halbes, sondern um etwas Ganzes zu erreichen. Das Ganze wären die ursprünglich ins Auge gefaßten Sanktionen gewesen, das Halbe war dann schließlich die Resolution, Kuba aus der OAS auszuschließen. Doch wurde auch dieses Halbe nur halb erreicht: die sechs lateinamerikanischen Staaten, die sich der Stimme enthielten, machen nicht nur alle Welt darauf aufmerksam, daß es gegenüber dem „Fidelismus" auf dem Kontinent schon heute keine Einstimmigkeit mehr gibt, sondern sie sind zu allem Überfluß auch noch die politisch bedeutsamsten und größten; die Bevölkerung der Sechs macht mit zusammen 136 Millionen allein ungefähr drei Viertel aller Einwohner Mittel- und Südamerikas aus.

Wenn es also das Ziel der USA gewesen war, aus der Konferenz von Punta del Este ein Scherbengericht über die Kubaner zu machen — und das war ihr Ziel —, dann ist es nicht erreicht worden. Umgekehrt hat aber auch Kuba noch lange keinen Grund, sich in Sicherheit zu wiegen oder gar zu triumphieren. Seine Ausstoßung aus der Organisation Amerikanischen Staaten ist zwar nur ein Stück Papier, doch kann dieses Stück Papier sehr wohl zur Basis ernster außenpolitischer und wirtschaftlicher Schwierigkeiten werden. Aus Argentinien kündigen sie sich schon an: während diese Zeilen geschrieben werden, üben argentinische Militärs Druck auf die Regierung aus, sie möge ihren Außenminister (der nicht gegen Kuba gestimmt hat) entlassen und die diplomatischen Beziehungen zu Kuba abbrechen.

Wie das alles auch immer ausgehen mag — der tiefere und eigentliche, der substantielle Tagungsgegenstand von Punta del Este war und bleibt ein ganz anderer als der im Vordergrund verhandelte. Niemand glaubt im Ernst, das kleine, mit Aufbauproblemen bis über die Ohren beschäftigte Kuba plane einen bewaffneten Angriff auf ihn. Ein ganz anderes Gespenst geht in so manchem feudalistischen, oligarchischen Lande der Neuen Welt um: die offenkundig von Tag zu Tag zunehmende Sympathie der verelendeten, seit Jahrhunderten zu kurz gekommenen Massen für die „kubanische Lösung". Noch vor wenigen Jahren gehörte auch Kuba zu diesen anachronistischen Oligarchien — und nun sieht alle Welt, und vor allem sieht es die lateinamerikanische Welt, wie ein Volk sich durch das Wagnis einer aus eigener Kraft gewagten Revolution sozusagen im Handumdrehen eine neue, keineswegs von heute auf morgen paradiesische, aber eben sozial vernünftige und geistig perspektivenreiche Lebensgrundlage schaffen kann. So etwas vermag schon anzustecken, und es steckt auch an. Wie es aber auf dem Gebiet der Gesundheitspflege undiskutabel ist, zumindest unter zivilisierten Menschen, die Ausbreitung einer Infektion dadurch verhüten zu wollen, daß man die schon Infizierten einfach umbringt, so kann man auch im zwanzigsten Jahrhundert dem „Fidelismus" nicht dadurch zu Leibe rücken, daß man Kuba ächtet, daß man Kuba wirtschaftlich boykottiert und daß man darauf sinnt, Kuba auszuhungern. Das ist nicht nur würde-, sondern auch aussichtslos, und es bliebe auf die Dauer auch dann aussichtslos, wenn es gelänge, Fidel Castro zu stürzen und aus Kuba wieder eine Oligarchie zu machen. Gegen die „Infektion", die von ihm ausgeht, gibt es nur e i n wirklich wirksames Mittel: das, was er getan hat, ebenfalls zu tun, — wenn möglich, ohne Gewalt, und wenn möglich, besser als er.

Es ist ein glatter Widerspruch zu ihrer freiheitlichen, fortschrittlichen und antikolonialistischen Tradition, wenn

die USA als führende amerikanische Macht zur Treibjagd auf Castro blasen, statt ihren in Lateinamerika immer noch vorhandenen (wenn auch zurückgehenden) Einfluß geltend zu machen, daß auch in den anderen Ländern die unerläßlich gewordenen sozialen Reformen größten Stils nicht immer wieder auf die lange Bank geschoben oder gar, was bis jetzt häufiger ist, von einer in törichtem Prunk dahinlebenden Clique Unbelehrbarer einfach unterbunden werden. Ansätze dazu gibt es — zum Beispiel Präsident Kennedys „Allianz für den Fortschritt". Aber schon hört man, es könnte bei der Bewilligung dieser US-Entwicklungshilfe für Lateinamerika überall dort Schwierigkeiten geben, wo nicht radikal gegen Fidel Castro gestimmt wurde. Ein solcher Fortgang der Dinge wäre ein Jammer. Er würde nicht nur in Lateinamerika nichts lösen, sondern das Ansehen der USA auch in der übrigen (westlichen) Welt mindern. Denn man gebe sich keiner Täuschung hin: Unzählige Menschen, nicht nur Intellektuelle allein, die nichts von Moskau wissen wollen, bringen gerade der kubanischen Sozialrevolution nicht jenes Gefühl hämischer Ignoranz entgegen, das ihnen von der konformistischen Presse nahegelegt wird, sondern die Empfindung, daß etwas geschehen ist, was historisch notwendig und den Umständen nach gerecht war. J. W.

Dr. Rudolf Hilf

„Die Vergangenheit darf uns nicht die Zukunft verbauen"

Zum sowjetischen Memorandum vom 27. Dezember 1961 *)

„Ich glaube, wir könnten in unserem Jahrhundert in Mitteleuropa Frieden haben, wenn wir eine Einigung über Westberlin erzielen."
(Präsident Kennedy zum Iswestija-Chef und Schwiegersohn Chrustschows, Adschubej.)

Die Kreml-Astrologen, die Leitartikler und die Tagespolitiker unserer westdeutschen Bundesrepublik haben sich in den letzten Wochen eingehend mit dem sowjetischen Memorandum vom 27. Dezember 1961 beschäftigt. Im wesentlichen kamen sie fast alle zu dem gleichen Ergebnis: daß es sich hierbei bestenfalls um einen neuen sowjetischen Stil gegenüber den Deutschen, keinesfalls aber um eine neue Politik handeln könne. Das Memorandum ziele offensichtlich darauf ab, Mißtrauen zwischen den Deutschen und den westlichen Verbündeten zu erwekken und die Verantwortung für das Bestehende und Kommende — die deutsche Teilung und ihre juridische Zementierung — vor den Augen aller Deutschen dem Westen anzulasten. An der realen sowjetischen Politik der Dreiteilung Deutschlands würde nicht ein Jota geändert.

Da die sowjetische Regierung nicht so naiv gewesen sein kann, anzunehmen, die Regierung der Bundesrepublik werde auf Grund eines solchen Memorandums das Angebot zweiseitiger Verhandlungen ohne westliche Rückendeckung aufgreifen, kann es sich in der Tat um den Versuch handeln, den psychologischen Grund

*) Den vollen Wortlaut des Memorandums findet der Leser im Dokumentationsteil dieser Ausgabe. D. Red.

für eine propagandistische Deutschlandoffensive zu legen, und zwar für den Tag nach der von Kennedy angesprochenen ‚Einigung über Westberlin', die angeblich unserem Jahrhundert in Mitteleuropa den Frieden bringen soll, bzw. für die Periode der Verschärfung, die auf ein Scheitern der Verhandlungssondierungen folgen wird.

Weil es bei jeder kommenden west-östlichen Vereinbarung über Berlin, Deutschland und Mitteleuropa nur darum gehen wird, den status quo — und zwar den nach dem 13. August — zu legalisieren, und weil die Insellage Westberlins der sowjetischen Politik die Möglichkeit gibt, den Westen zu zwingen, Farbe zu bekennen und nicht wie bisher etwas ganz anderes zu sagen, als er wirklich meint, wird die Enttäuschung den westlichen Bundesbürger und auch den Westberliner unausbleiblich wie ein Keulenschlag treffen. Die Errichtung der Mauer war ein Vorgeschmack.

Die Zeit wird also kommen, wo man in den gleichen Gazetten, die heute das Memorandum zurückweisen, lesen wird, daß man vielleicht doch einem solchen Verhandlungsangebot nicht einfach die kalte Schulter hätte zeigen sollen und daß man in diesem oder jenem Punkt zumindest — ‚natürlich im engsten Einvernehmen mit dem Westen' — nach dem ‚realen Kern' hätte vorfühlen müssen. Die Zeit wird auch kommen, wo man dem Westen nicht mehr abnehmen wird, daß es ihm um die deutsche Wiedervereinigung gehe, wo der Bundesregierung selbst die Phrase von ‚Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit', hinter der man bis jetzt dem Volke verbirgt, daß eine Deutschland- und Ostpolitik gar nicht vorhanden ist, im Halse stecken bleiben wird. Am grausamsten aber werden die 10 Millionen Vertriebenen aus allen Träumen gerissen werden, die entgegen allen offenkundigen Zeichen nicht glauben wollen, daß der Westen nicht daran denkt, für sie auch nur einen Finger krumm zu machen.

Die Sowjetunion wird versuchen, dann diesen Strom der Enttäuschungen über ihre Mühlen zu leiten. Ein Ergebnis wird sie aber selbst dann nur erzielen, wenn sie den Deutschen eine echte Alternativpolitik zu bieten hat. Man muß die Realitäten auf beiden Seiten sehen: einmal die der DDR und des sowjetischen Engagements in Zentraleuropa, aus dem sich Moskau auch bei möglichem besten Willen nur auf dem Wege des Entstehens einer neuen, umfassenden zentraleuropäischen Politik des Friedens lösen könnte, niemals aber auf eine Art und Weise, die dem Westen einen einseitigen Vorteil verschafft; dann die anderen Realitäten: die Angst des Westens vor dem Zusammenbruch seiner europäischen Verteidigung durch jedes Herauslösen der Bundesrepublik, und schließlich — und dies nicht zuletzt — das Mißtrauen der Massen des deutschen Volkes gegen den Osten selbst. Die österreichische Neue Tageszeitung spricht dies klar aus, indem sie meint, man sollte die Gefahr, daß Bonn einem neuen Tauroggen-Gedanken erliegen könnte, nicht überschätzen, denn „man darf nicht vergessen, daß solche Bewegungen nur in den unruhigen, aber relativ kleinen Oberschichten zu beobachten sind. Die Masse des Volkes hat einen Abscheu vor jeder zweischneidigen Politik, und wenn die Sowjets ihren Herrschaftsbereich nicht anziehender zu machen verstehen, besteht für einen echten Stimmungsumschwung der Bevölkerung der Bundesrepublik kaum eine Gefahr."

Gibt es eine Alternative?

Es stellt sich die Frage: sind in dem sowjetischen Memorandum Ansätze und Elemente einer Alternativpolitik, die reale Veränderungen in der Meinungsbildung herbeiführen können, enthalten? Die Illusionisten der Wiedervereinigungspolitik ‚in Frieden und Freiheit', die von dem ‚unteilbaren Deutschland' mit Ausdauer gesprochen und sich das ‚Brandenburger Tor' an die Krawatte gesteckt,

real aber nur die Westintegration geschaffen haben, werden sagen: Nein, sie sind nicht vorhanden, denn: die Sowjetunion hält daran fest, daß man sich bezüglich der Wiedervereinigung an die DDR zu wenden habe, die Sowjetunion spricht nur von der Liquidierung der ‚Überbleibsel des letzten Krieges', meint damit die Anerkennung der heutigen Grenzen und der Vertreibungen, und die Sowjetunion schlägt, ausgehend von der Mauer des 13. August, ein Sonderstatut für Westberlin vor. Selbst wenn das Memorandum erklärt: „Wir haben nichts gegen regste Verbindungen der Bundesrepublik mit Westberlin auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet. Diese Verbindungen aber müssen auf entsprechender rechtlicher Grundlage aufgebaut werden, unter Respektierung der Souveränität und der Rechte anderer Staaten...", so zielt das zumindest auf eine de facto-Anerkennung der DDR ab, abgesehen davon, daß solche eventuellen Zugeständnisse vielleicht unabdingbar an zweiseitige Verhandlungen gebunden sind.

Nun geht ein solches Denken weitgehend von restaurativen Wünschen und Träumen aus, von festgefahrenen Klischees, und von diesem Standpunkt aus gesehen, ist im sowjetischen Memorandum auch trotz des anderen Tones tatsächlich nichts enthalten, was sich aufzugreifen lohnte.

Ob es Elemente einer Alternativpolitik enthält, hängt aber zunächst einmal davon ab, welche Alternativmöglichkeiten in der Wirklichkeit des Geschehens, des Zusammenpralls der Mächte und Interessen und in den geschichtlichen Strömungen überhaupt vorhanden sind, und dann, wie weit sie realisiert werden können, d. h. ob und unter welchen Umständen es für eine solche Alternativpolitik einen deutschen Partner geben könnte. Hier handelt es sich um einen wechselseitigen Vorgang. Es wäre für die Sowjets unsinnig, eine Alternativpolitik vorzuschlagen, für die der deutsche Partner einfach nicht vorhanden ist, umgekehrt aber kann sich nie ein deutscher Partner entwickeln, wenn kein Ansatz einer realen Alternative existiert, bzw. geschaffen wird.

Da weder wir noch der Osten hierbei im luftleeren Raum operieren können, geht es zu allererst darum, festzustellen, was i s t, und von da aus zu schließen, was im Guten oder Bösen s e i n k a n n. Wir können uns hier auf eine sehr summarische Zusammenfassung beschränken, die der Wahrheit dennoch keinen Abbruch tun wird. Tatsachen sind:

1. Die Teilungslinie zwischen den beiden Weltmächten, die mitten durch unser Volk läuft, die auch die tausend Jahre alte deutsch-westslawische Gemeinschaft durchtrennt, ist durch keine Gewaltanwendung mehr aufzuheben. Da hier jede einseitige Veränderung in ihren Auswirkungen über Sieg oder Niederlage im Weltmaßstab entscheiden muß, da beide Weltzentren mit flächendeckenden Vernichtungsmitteln ausgerüstet sind, die die ganze Erde umspannen, ergibt sich ein tödlicher Stillstand, der alles andere als Frieden ist, sondern für beide Seiten und erst recht für alle Mitteleuropäer diesseits und jenseits der Grenze d i e s i c h s t ä n d i g v e r s c h ä r f e n d e p e r m a n e n t e V e r n i c h t u n g s a n d r o h u n g.

Gleichzeitig heißt das politisch für unser Volk: wer die Integration in das Bündnis der einen Welthälfte gegen die andere bejaht, verneint die Wiedervereinigung und alles, was damit zusammenhängt. Wer das nicht sehen kann oder will und daran festhält, daß die einseitige Parteinahme uns auch den Zielen nähert, die selbst im Grundgesetz dieser Republik als die wesentlichen angesprochen sind und weswegen man diese Republik expressis verbis als ‚Provisorium' bezeichnet hat, ist entweder ein politischer Dummkopf oder ein politischer Heuchler. Die Wahl steht frei.

Das Sowjetmemorandum schlägt die Aufnahme zweiseitiger Verhandlungen

zwischen Deutschen und Russen vor, und dies unter gleichzeitiger Verdächtigung des Westens. Was immer man von dieser Taktik halten mag, der Kern der Wahrheit, der darin liegt, heißt: Keines unserer Probleme kann gelöst werden, ohne daß wir mit der Ostmacht aufrichtig Frieden und Verständigung suchen, und dies schließt ein, daß wir uns aus der Teilnahme an der einen Weltfront in dem Maße lösen, in dem echter Frieden im östlichen Teil Mitteleuropas auch gegenüber uns realisiert wird.

2. Die Teilungslinie zwischen den beiden Weltmächten hier in Zentraleuropa begründet nicht den ‚Frieden für dieses Jahrhundert', von dem Kennedy spricht (der anti-amerikanischer Tendenzen gewiß nicht verdächtige MONAT meint übrigens dazu: „Offener kann man es kaum mehr sagen, daß Ostberlin genauso wie die Ostzone von dem Lenker der amerikanischen, und damit letztlich der westlichen, Politik bereits abgeschrieben ist..."), sondern von h i e r wird die Katastrophe ihren Ausgang nehmen, die die west-östliche Feindschaft im tödlichen Nichts beenden wird, wenn der Mensch nicht fähig sein sollte, sie vorher geistig durch e c h t e n, keine Hintergedanken in sich bergenden, wachsenden und alles durchstoßenden F r i e d e n aufzulösen. Nichts in Afrika, Asien oder Lateinamerika wird das tödliche Weltduell in Gang bringen; aber h i e r steht für beide Seiten eine Gleichgewichtsverschiebung solchen Ausmaßes auf dem Spiel, daß die letzten Konsequenzen unvermeidlich erscheinen. Wer dabei an den Schutz von Paragraphen denkt und glaubt, damit alles nach Belieben festhalten zu können, sollte sich daran erinnern, daß es noch niemandem je gelungen ist, die Geschichte wie einen Wasserhahn auf und ab zu drehen, auch wenn sich schon viele eingebildet haben, sie wüßten genau, wie man das macht.

Im Gegensatz zu dem sozialistischen Polen und der CSSR existiert für die Bevölkerung der DDR eine Alternative im Staate der Bundesrepublik. Kein anderer Oststaat steht vor diesem Problem. Weder eine Mauer von Beton und Stacheldraht, noch eine von Paragraphen und Verträgen kann an dieser Grundtatsache etwas ändern. Die DDR kann die Macht so vollständig wie möglich ausüben, sie kann international anerkannt sein, — Macht über die Herzen kann sie solange niemals allumfassend erzwingen, solange es im Bewußtsein der Deutschen eben diese Alternative gibt. Schließt man die Ventile, so verstärkt sich nur der Druck im Kessel. Die Sowjetunion steht hier vor einem Problem, das mit bloßer Gewalt nicht zu lösen ist, genauer: bei dem Gewalt das schlechtestmögliche Mittel zur Lösung der Schwierigkeiten ist.

Umgekehrt: die Bundesrepublik Deutschland strebt nicht zuletzt aus Furcht (und weil sie um ihre geistige Substanzlosigkeit weiß) nach einer möglichst vollständigen Integration des Westbündnisses, deutlicher gesagt: nach einem atomaren Automatismus. Sie will gewiß nicht den Osten angreifen, nein, sie hat vielmehr Angst, im entscheidenden Fall im Stich gelassen zu werden, und will hier vorsorgen, und damit bereitet sie alles vor, den Westen eines Tages aus Angst in eine Katastrophe hineinzureißen.

Die Katastrophenmischung heißt: 1. die Unmöglichkeit der inneren Konsolidierung der DDR; 2. die Angst der verfetteten Bundesrepublik, die den atomaren Automatismus als ihre Maginotlinie sucht; 3. die Illusion des Westens, daß mit einer Anerkennung des status quo der Teilung bei den Deutschen die Geschichte aufhört und die Zeit stehen bleibt; 4. die Unmöglichkeit für die Sowjetunion, mangels eines deutschen Partners eine andere Lösung zu finden als die Aufrechterhaltung der Trennung mit Gewalt, nebst der Selbsttäuschung, die Geschichte ließe sich dann durch Verträge auf dieser Basis kanalisieren; 5. last not least alle das Verhängnis in sich tragenden, sich überstürzenden Entwicklungen auf dem Sektor der Nuklear- und Raketenwaffen.

Unter diesem Aspekt bietet auch das neue Memorandum noch keine Alternative. Aber wir müssen gerecht sein: Wie wäre das in dieser Situation auch möglich! Ohne die Gewißheit zu haben, daß es für eine Alternative einen deutschen Partner geben wird, würden die Sowjets damit ja lediglich ihre eigene Position unterminieren. Und das wofür?

Die Grundlinie des sowjetischen Schriftstückes, die in den Worten zum Ausdruck kommt: „Das Potential der Bundesrepublik muß dem deutschen Volk dienen. Es kann aber diese Mission nur erfüllen, wenn es statt zur Verstärkung des Kriegsrisikos zur Festigung des Friedens und zur Schaffung solcher Verhältnisse beitragen wird, unter denen die Entfesselung eines Krieges, sei es absichtlich oder zufällig, ausgeschlossen wäre", diese Grundlinie ist zweifelsohne richtig und muß Element jeder künftigen Alternativpolitik sein.

3. Es kann somit aus der für West, für Ost und für uns selbst verfahrenen Lage keinen Ausweg geben, wenn wir Deutsche selbst nicht diesen Schritt zur Alternative tun und wenn wir nicht alles, was wir sind und was wir haben, daransetzen. Probleme dieses Ausmaßes löst weder diplomatische Klugheit noch juristische Spitzfindigkeit, schon gar nicht mehr Gewalt, sondern nur das existentielle Wagnis, der Schritt in die Zukunft allein. Sind wir dazu mit unserem Sekuritätsdenken nicht mehr fähig, gibt es keine Rettung mehr.

Wie jämmerlich mutet es an, wenn wir immer wieder die vier sogenannten Siegermächte beschwören, sie möchten doch u n s e r Problem lösen. Wie heuchlerisch ist es, wenn wir jederzeit bereit sind, mit viel salbungsvoller christlicher Moral zugunsten der gerade im Westen gängigen Abrüstungsformel das Wort *zu erheben, faktisch aber jeden Schritt erbittert bekämpfen*, der wenigstens zu einer regionalen Lösung der militärischen Verkrampfung auf beiden Seiten führen könnte.

Nochmals: Es gibt für alle diese Probleme keinen Ausweg, ohne daß die Deutschen selbst eine Politik wirklichen Friedens in die Wege leiten.

Wie aber kann das geschehen? „Der liegende Stein wird bemoost", sagt das Sowjetmemorandum, *„man muß ihn vom toten Punkt wegrücken"*. Gewiß aber kann man ihn nicht damit wegrücken, daß man die Leiche eines deutschen Nationalismus wieder zu beleben sucht. Oft vergißt man in West wie in Ost, daß wir diesbezüglich eine Götzendämmerung schon hinter uns haben. Niemand von uns hat auch Interesse daran, alte Feindschaften gegen den Westen wieder entstehen zu lassen (auch wenn vieles, was das Sowjetmemorandum zur Einstellung des Westens uns gegenüber zu sagen hat, an der Wahrheit nicht vorbeigeht). Deutsche Friedenspolitik könnte niemals darin bestehen, dem Westen oder dem Osten einseitige Vorteile zuzuspielen.

Man kann den Stein auch nicht damit wegrücken, daß man der prosperierenden deutschen Wirtschaft goldene Berge verspricht. Auch hier: So wahr es ist, was über innerwestliche Konkurrenz und eine Ergänzungswirtschaft mit dem Osten gesagt wird, und so naheliegend sogleich jede wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen uns und dem tschechoslowakischen und polnischen Nachbar wäre, kein solches Versprechen wird jemals die deutsche kapitalistische Wirtschaft veranlassen, den Ast, auf dem sie sitzt, selbst abzusägen. Auch im Westen ist Profit nicht alles. Es wäre eine Fehleinschätzung, wenn man dies denken würde.

Die gleiche Fehlbeurteilung aber wäre es, wenn man in Moskau glauben würde, man könnte vor den Deutschen das Odium der Teilung einfach dem Westen anlasten. Natürlich stimmt durchaus, was in der Sowjetschrift steht: Weder die USA noch Großbritannien noch Frankreich — und auch nicht Bonn — betreiben wirklich eine Politik, die darauf abzielt, die Menschen unseres Volkes wieder zusammenzuführen; aber im Bewußtsein der Mehrheit des deutschen Vol-

kes hat eben Moskau außer Worten real nichts anderes zu bieten — bisher — als Stacheldraht und Mauern, nebst Liquidierung der sogenannten Überbleibsel des letzten Weltkrieges, worunter Millionen hier in Deutschland weniger Überbleibsel als nationale deutsche Interessen sehen. Das große Wort: „So wie die beiden deutschen Staaten es vereinbaren, wird es nach Ansicht der Sowjetunion gut sein", dieses, wollen wir hoffen, sehr zukunftsträchtige Wort, bedeutet heute für wohl 97 % der westdeutschen Bevölkerung nichts, weil ganz einfach eine Vertrauensbasis nicht vorhanden ist.

Ein Versuch, den Stein zu bewegen...

Und darum, um die Schaffung dieser Vertrauensbasis, könnte es zum jetzigen Zeitpunkt allein gehen. Das Memorandum sagt selbst: „Es ist nicht schwer, die politische Lage zu verschärfen. Bedeutend schwieriger ist es, sie zu heilen." Zur Heilung würde auf deutscher wie auf sowjetischer Seite eine Politik der Kühnheit und Aufrichtigkeit gehören, die einen größeren Rahmen umspannt als nur die Frage der Wiedervereinigung unseres Volkes. Präzis gesagt: Um den „Stein vom toten Punkt wegzurücken" ist nichts so ungeeignet wie ein steriles Sichdrehen um das Wiedervereinigungsproblem. Da die beiden deutschen Staaten, gleich welche Verträge unterschrieben werden, schon von ihrer gesellschaftlichen Struktur her darauf aus sind, sich gegenseitig zu liquidieren, kann hier die Brücke des Vertrauens gewiß niemals in der ersten Phase geschlagen werden. Ebenso: Berlin als Ort des Ausgleichs zwischen diesen zwei Teilstaaten ist ein Traum, eine Illusion. Die Mauer, so bedrückend diese Feststellung auch ist, gibt der realen Situation ehrlicher Ausdruck als alles Hin- und Her-Geschwätz von der ‚Brücke'.

Das Wiedervereinigungsproblem, man kann es heute wenden, wie man will, führt zu keinem Ansatz des Friedens. Umgekehrt aber ist jede reale Politik in Richtung auf eine Wiedervereinigung nur denkbar, wenn bereits vorher in Zentraleuropa sich die Grundatmosphäre zugunsten eines wirklichen Friedens verändert hat oder mindestens zu verändern beginnt. Wenn das Memorandum uns dies sagen will, so läßt sich dies nicht von der Hand weisen. Allerdings wäre es purer Aberglaube, anzunehmen, ein Friedensvertrag, der einfach den status quo fixiert, würde eo ipso Frieden bringen. Zum Frieden gehört bedeutend mehr. Man muß also, wie das Memorandum sagt, einen Punkt suchen, von dem aus man aus den ‚bemoosten Stein' bewegen kann. Wenn dieser Punkt, dieser Friedensansatz, dieser neue Akzent bei der deutschen und zentraleuropäischen Lage zwischen den beiden deutschen Staaten heute nicht möglich ist, auch nicht zwischen Deutschen und Polen (schon weil hier die gemeinsame Grenze mit der Bundesrepublik fehlt und zudem bis jetzt eine Revisionsforderung aufrecht erhalten wird), so könnte logisch die Brücke nur dort entstehen, wo die Deutschen unserer Seite mit dem Osten eine direkte Grenze haben, die nicht von einer deutschen staatlichen Revisionsforderung bestritten wird und wo vor allen Dingen auch das Wiedervereinigungsproblem, das alles vergiftet, nicht direkt berührt wird: zwischen uns und der Tschechoslowakei.

Eine Wahrheit ist offenbar: Keine Worte, kein Plan, keine Propaganda, keine Memoranden, können die Dinge in Zentraleuropa verändern. Nichts davon wird jemals das Mißtrauen der Massen überwinden und Vertrauen schaffen. Dies könnte allein eine reale Tat. Eine Tat, die darin besteht, für alle Deutschen und alle Völker Mitteleuropas sichtbar eine zentraleuropäische Friedenszone zwischen Ost und West an einer Stelle dieses Raumes — und zwar an der zentralen, wo Ost und West, Deutsche und Slawen zu-

sammenstoßen — einfach beginnen zu lassen, ohne eine Verschiebung des west-östlichen Gleichgewichts dabei zu riskieren. Das würde, um den Gedanken zu Ende zu führen, bedeuten, daß man ein verhältnismäßig eng begrenztes Territorium in Westböhmen neutralisiert, am besten mit der UN in Verbindung bringt, die man dadurch progressiv nach Mitteleuropa ziehen würde, und daß Tschechen und der Teil der Sudetendeutschen, der im Sinne einer Friedenspolitik, Versöhnung und Zusammenarbeit rückkehrwillig ist, dem deutschen Volk und den Nachbarn vorleben, daß es eine reale Alternative des Friedens und der Versöhnung zur Politik der Militärblöcke und Frontbildungen in Mitteleuropa gibt. Es könnte sich dabei allerdings weder darum handeln, daß Sudetendeutsche hinter die Grenze zurückkehren, noch daß hier einfach ein politisch, gesellschaftlich und ethisch restauratives Konzept verfolgt wird. Grundsätzlich aber in einer Zeit und in unserer Welt, wo sich die Teilungen ständig verschärfen und die Grenzmauern immer höher werden: Die Zukunft und der Frieden beginnen nicht dort, wo Grenzen errichtet und fixiert werden, sondern allein dort, wo man anfängt, sie mit versöhnlichem Willen nach beiden Seiten niederzulegen. Mag dieser Ausgangspunkt noch so klein sein, es würde sich hier um einen qualitativen Prozeß gegen alle sich in den Sackgassen auftürmenden Quantitäten handeln. Darauf warten die Völker, auch das unsere, nicht aber auf bloße Verträge, die nichts sind als Tinte auf Papier.

Wie immer es sein mag, ich bezweifle, daß irgend etwas anderes als eine reale Tat eine Wirkung haben könnte. Andererseits steht für jede Seite zuviel auf dem Spiel, als daß man ruhig auch künftighin in den alten ausgefahrenen Geleisen bleiben könnte. Sie führen weder für uns noch für den Osten noch für den Westen zu einem Ziel, es sei denn in die Katastrophe.

Das Sowjetmemorandum ist ein Versuch, den Stein zu bewegen. Motive, Ansatz und Mittel sind zunächst für uns von sekundärer Bedeutung. Immerhin ist es ein Versuch, und uns sollte jeder Versuch, die Dinge in Bewegung zu setzen, willkommen sein. Nur lebende Leichname wollen den Stillstand der Geschichte. Von Karl Marx gibt es ein Wort dazu: „Ohnmacht läßt sich in einem einzigen Satz ausdrücken: Aufrechterhaltung des status quo."

„Die Vergangenheit, wie hart und schwer sie auch gewesen sein mag, darf uns deshalb nicht die Zukunft verbauen ...", so spricht der Autor des sowjetischen Memorandums an die Deutschen. Ein Wort, das wir herzhaft bejahen und aufgreifen sollten, nicht nur gegenüber der Sowjetunion, sondern auch gegenüber den Polen und Tschechen. Das heißt, wir wollen nicht mehr in gegenseitigen Beschuldigungen und Forderungen für immer verhärten, sondern neu anfangen. Aber nur eine Tat könnte diesen Neuanfang setzen. Worte sind in unserer Zeit seit langem auf allen Seiten inflationär entwertet.

Die Wiedervereinigung ist als Selbstzweck unerreichbar. Sie kann nur als Funktion eines sich nach allen Seiten ausbreitenden Friedens in Mitteleuropa kommen. In unserer Zeit überzeugen nur noch lebendige Beispiele, nichts sonst.

Einer der wenigen mutigen und hervorragenden Publizisten dieser Bundesrepublik, Paul Sethe, schrieb vor kurzem in der ZEIT: „Die Wiedervereinigung ist, engegen einer weitverbreiteten Legende, nicht die Sache eines veralteten Nationalgefühls. Der deutsche Nationalismus ist tot. Die Wiedervereinigung ist eine Sache des Friedens in Europa. Wenn man das einmal sieht, wird man sich auch andere Dinge einfallen lassen als nur Vorschläge, die einem militärischen Funktionärsdenken entspringen. Aber noch sind wir nicht so weit. Das Ende der Illusionen zeichnet sich ab, aber es ist noch nicht da. In dieser Stunde vermögen wir nur zu hoffen, daß der Durchbruch des Neuen nicht zu spät komme."

gung Westeuropas geäußert". Es steht zu vermuten, daß man in diesen Kreisen eine neue deutsche Armee zunächst als Hilfsmittel zur Aufrechterhaltung einer bestimmten Gesellschaftsstruktur im Innern betrachtet; daß man dahinter aber auch die Möglichkeit wittert, gegenüber den ausländischen Unternehmen wieder gleichberechtigter Geschäftspartner zu werden ...

Stuttgarter Zeitung v. 30. XI. 1948

Es ist soweit ...

Wie am Montag aus gut unterrichteten Kreisen in Bonn verlautet, hat Bundeskanzler Dr. Adenauer am vergangenen Donnerstag den drei alliierten Hohen Kommissaren in einer Geheimsitzung auf dem Petersberg offiziell die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland vorgeschlagen. Über diesen Vorschlag wird von deutscher und alliierter Seite offiziell noch strengstes Schweigen bewahrt. Wie wir erfahren, soll der Bundeskanzler die Absicht haben, selbst vor der Presse zu seinem letzten Besuch auf dem Petersberg Stellung zu nehmen. Am Dienstag wird Dr. Adenauer mit dem Oppositionsführer Dr. Schumacher und mit den Vorsitzenden der Regierungsfraktionen konferieren. Im Mittelpunkt dieser Besprechungen dürfte die Frage der deutschen Remilitarisierung stehen ...

Wie aus Regierungskreisen der United Press mitgeteilt wurde, hat Dr. Adenauer noch keine genauen Zahlen über die Stärke der deutschen Verteidigungstruppen genannt. Aus den Hinweisen des Bundeskanzlers geht jedoch hervor, daß ihre Mindeststärke 60 000 Infanteristen und Panzersoldaten betragen müsse. Sie sollten mit modernsten Waffen ausgerüstet und zu fünf Divisionen zusammengefaßt werden. Der Bundeskanzler soll an die Bildung von drei Panzerdivisionen, einer Flak-Division und einer sogenannten Sturmdivision denken ...

Stuttgarter Nachrichten v. 22. VIII. 1950

Dr. Hermann Rauschning

Das erste Jahr John F. Kennedy's

Wären wir politisch unbeteiligt, so könnte man diesem tapferen, höchst intelligenten, klugen und kenntnisreichen, diesem aufrichtigen und trotz seines starken Selbstbewußtseins — cocksureness nennen es seine Gegner — im besten Sinne demütigen Manne, der wiederholt eine Reife, ja Weisheit weit über seine Jahre gezeigt hat, unsere Sympathie, unsere Bewunderung darüber nicht versagen, wie er sich in diesem ersten Jahr seiner Regierung in Unglück und Erfolg „höchst königlich" bewährt hat. Er ist vom Holz, aus dem große tragische Gestalten geschnitzt werden: er h a t ein tragisches Schicksal aufgebürdet bekommen: die Fehler und Versäumnisse, die falschen Tendenzen und Unzulänglichkeiten der Politik dreier Generationen seines Landes, die in diesem Zeitpunkt zusammenbrannten, nachzuholen und zurechtzurücken. Die verschobenen, vertrödelten, versäumten Lösungen, die nicht erkannten, die verpaßten Gelegenheiten einer möglich gewesenen fruchtbaren Politik treten vor ihn wie die Gespenster der Erschlagenen in jenes Königs Kampfzelt vor der Schlacht. Weh ihm, könnte man sagen, daß er kam, eine aus den Fugen geratene Welt einzurenken; gewiß kein Hamlet, sondern ein Fortinbras. Ein pathetisches Schicksal steht ihm bevor. Weniger pathetisch drückte es der große General des Pazifik-Krieges, MacArthur, bei seinem Besuch im Weißen Haus aus: die Hühner kehrten heim, zu nisten. „Sie werden im Hühnerhaus zu leben haben".

Da wir indessen nicht unbeteiligt sind, sondern mit dem ganzen Menschengeschlecht und seiner Zukunft zu einem wesentlichen Teil von der politischen Einsicht, den konkreten Zielen und Maßnahmen dieses Mannes, der in diesen Tagen das erste Jahr seiner Bewährung als Präsident der Vereinigten Staaten Amerikas vollendet hat, abhängen, so können wir nicht anders, als mit Besorgnis, ja mit einer tiefen Enttäuschung zurück wie vorwärts blicken. Denn, das „Gesetz, nach dem er angetreten", wie das Fundament, das er seiner Politik in diesem Jahr gelegt hat, sind schwerlich noch wesentlich zu ändern, und sie lassen wenig Gutes zu erhoffen übrig. Um das Ergebnis eines Überblickes über die Geschehnisse dieses Jahres vorwegzunehmen: wir sehen keinen noch so kleinen Schritt auf eine wirkliche Entspannung, auf eine Beilegung der brennenden Konflikte, auf eine Lösung der dringlichsten Probleme, keinen Fortschritt in der Richtung auf einen wirklichen Frieden, und wir vermögen nicht die ausschließliche Verantwortung dafür, wie das in allen Lagern des Westens üblich ist, in der Politik der Sowjets zu sehen, die vielmehr zu einem beträchtlichen Teil die Re aktion auf die gegenwärtige zwiespältige Politik des Westens ist, auf ihr Finassieren, auf ihre Intransigenz. Wir fürchten, bereits die Umrisse einer neuen „Eingrenzungs"-, ja „Rückroll"-Politik feststellen zu müssen, einer Politik nicht nur bis „an den Rand eines Atomkrieges", sondern mit dem voll einkalkulierten Risiko eines solchen. Wir sehen den Schatten einer Politik heraufsteigen, deren Risiken, gemessen an denen, die Dulles glaubte eingehen zu dürfen, unbedenklich erscheinen. Gewiß wird diese Politik umsichtiger, planvoller, weniger improvisiert, mit weniger Bluff in Gang gesetzt. Aber ihr entscheidender Zug ist wie bisher nicht die Verständigung mit dem bisherigen Gegner, sondern dessen Überwindung. Man kann vielleicht von dieser Politik noch nicht als von einem festen großen Plan — great design — sprechen. Sie befindet sich noch im status nascendi; manches ist noch in der Formulierung und Planung. Aber eins wird man mit Bestimmtheit sagen können: In diesem ersten Jahr ist trotz aller Verhandlungsbereitschaft eine entschiedene Versteifung im Sinne einer „härteren" Politik Sowjetrußland gegenüber eingetreten. Es ist zu keiner Grundlegung einer „Neuen Politik", die der Einzigartigkeit der Weltlage Rechnung trägt, gekommen, sondern nur zu einer Überholung der alten Politik mit dem Einsatz von zum Teil neuen Mitteln und Methoden.

Niemand wird abstreiten können, daß der Präsident in verschiedenen Krisen durch seine Mäßigung, seinen Friedenswillen und seine Einsicht gefährliche Entwicklungen oder vielleicht irreparable Katastrophen verhindert hat. In Kuba nach dem Scheitern des gegenrevolutionären Aktes durch die Ablehnung des von nicht wenigen Kreisen geforderten Einsatzes der Machtmittel der USA; in Laos; in Berlin, als ihm die Intervention und gewaltsame Verhinderung des Baues der „Mauer" nahegelegt wurde. Erst unlängst hat er seine nicht selten jedes Gefühl für die rechten Proportionen verlierende, ungeduldige Nation zur Mäßigung und Bescheidenheit in den Zielen ermahnt. Die Vereinigten Staaten seien weder allmächtig noch allwissend, führte er aus. Es könne keine amerikanische Lösung für jedes Weltproblem geben. Das amerikanische Volk umfasse nur 6% der Weltbevölkerung; es könne nicht jedes Unrecht ins Rechte kehren. „Es ist kein Grund, warum wir alles tun sollten".

Das sind erfreulich nüchterne und besonnene Worte. Des Präsidenten persönlicher Stil ist wesentlich diplomatischer, umsichtiger, vorsichtiger und reifer als der seiner erheblich älteren Vorgänger. Seine Politik ist pragmatisch; er ist jedem Dogmatismus in der Politik abhold, jedem Doktrinarismus. Daher ist sie elastischer. Er hat den Vorrang politischer Ziele und Methoden vor militärischen Gedankengängen, soweit das in einer Quasi-Kriegssituation möglich ist, wiederher-

gestellt und damit einen gefährlichen Einfluß auf die Entwicklung eingedämmt. Aber er hat es zu einem guten Teil d a d u r c h fertig gebracht, daß er sich die wesentlichen militärischen Forderungen und Gesichtspunkte zueigen machte und die militärischen Konzeptionen in seine politische Konzeption integrierte. Daher ist, bei allem Bestreben, einen Atomkrieg zu vermeiden, sein Hauptziel nicht die Stabilisierung des Friedens und die Grundlegung eines Gemeinwesens aller Nationen, sondern die Erhaltung einer hegemonialen Position der Vereinigten Staaten, ihres politischen, ökonomischen und ideologischen Vorranges in der Welt, getragen von dem Bewußtsein einer allen Völkern der Erde wohltätigen Weltmission. So hat der Präsident in seiner Botschaft an den Kongreß über den Stand der Nation auf die geschichtliche Verpflichtung Amerikas gegenüber der Idee der Freiheit und auf die Hoffnungen der Welt, daß Amerika dieser Verpflichtung nachlebe, hingewiesen. Solche allgemein gehaltenen Bekenntnisse eines hochgemuten Missionsbewußtseins sind uns allen verdächtig geworden, seit andere Völker, an deren Wesen, ihrem Glauben nach, die Welt genesen sollte, sie in Tränen, Blut und Untergang gestürzt haben. Wir lehnen sie als irreführend ab, sofern keine Klarheit über die konkreten Ziele und die Mittel ihrer Verwirklichung besteht.

Kein Einsichtiger wird das Wunder erwartet haben, daß der Winter unseres Mißvergnügens mit einem Schlage durch die Sonne des Boston-Irischen Geistes glorreicher Sommer werden könne. Wir sind mit Recht auch gegen jederlei „Geist" mißtrauisch geworden, sei es den von „Genf" oder „Camp David". Was wir erhofften und fürchten, nicht mehr erhoffen zu dürfen, sind keine großen Weltbeglückungspläne, keine gigantischen Konzeptionen, sondern winzige, aber konkrete Absprachen, Verständigungen, Regelungen vorläufiger Art, die gewiß keinen ewigen Frieden, kein Tausendjähriges Reich ewiger Harmonie begründen, aber in der Richtung auf eine Verbreiterung und Vertiefung einer Verständigung liegen, im ständigen trial-and-error-Verfahren — Versuch und Korrektur des Irrtums —; nicht aber eine solche abriegeln und ihr im Wege stehen. Somit gewiß eine vorwiegend pragmatische Politik, wie sie der Präsident bevorzugt. Wir sehen statt dessen die Szene des politischen Theaters mit neuen Requisiten, Sofitten und Prospekten für das alte Spiel der Politik der Stärke aufgebaut. Wir gewahren, daß sich der Präsident für miteinander unvereinbare Ziele einsetzt und dadurch in Widersprüche verwickelt, die ihm früher oder später über den Kopf wachsen und die Freiheit des Handelns beschränken werden.

2.

Kritiker bemängelten, daß das erste Jahr nach dem Aspekt des „elektrisierenden Absprunges", da in Washington so etwas wie eine Zuversicht vorherrschte, alle rPobleme seien lösbar, eine Antiklimax darstelle. Aber das wäre gewiß nicht als ein Negativum zu buchen. Es könnte, ja es kann als eine Reifung zu größerem Verantwortungsbewußtsein, zu nüchterner Erkenntnis der Schwierigkeit der Probleme interpretiert werden. Der Wille lockt die Taten nicht herbei, lernten wir einst schon in der Quarta (oder war es die Tertia). Das stark ausgeprägte Selbstvertrauen des Präsidenten hat einer reiferen Selbstsicherheit Platz gemacht. Man wird gerne der Charakterisierung Walter Lippmanns zustimmen, der J. F. Kennedy mit den beiden großen Roosevelts verglich und feststellte, daß er ernster als Franklin und in seinem Realismus Theodore verwandt, beiden aber weit überlegen durch seine Bildung, durch seine Kenntnisse und seine Disziplinierung sei. Seine Intelligenz, seine Fähigkeit, das Detail der Probleme in sich aufzunehmen, die Hauptpunkte schnell zu erfassen, sind ebenso ausgeprägt wie sein Arbeitsvolumen und -tempo. Sein persönlicher Charme, sein irischer Witz, seine Schlagfertigkeit sind unbestreitbare Qualitäten des persönlichen Er-

folges. Seine Popularität hat denn auch nach den neuesten Erhebungen einen beträchtlichen Zuwachs erfahren. 78% der Nation stehen gegenwärtig hinter ihm. Ganze, ihn anfänglich scharf ablehnende Staaten wie Oklahoma samt ihren politischen Vertretern haben sich geschlossen hinter ihn gestellt. So fruchtbar das für die parlamentarische Unterstützung der Regierung sein mag, so wird man diesen Popularitätserfolg nicht unbedingt als Erweis für die Angemessenheit der verfolgten Politik ansehen. Eher wird man geneigt sein, in einer kritischen Zeit, die schwerwiegende Änderungen in der Politik erfordert, die sich von allen Illusionen und lieb gewordenen Klischees befreien muß und unpopuläre Maßnahmen notwendig macht, einen vorübergehenden Popularitätsverlust als Zeichen einer politischen Sanierung und überlegenen Führung anzusehen. Es ist auffällig, daß eine ganze Reihe ehemaliger Gegner aus Wirtschaftskreisen zu entschiedenen Anhängern des Präsidenten geworden sind. Das ist gewiß zu einem großen Teil der Erkenntnis zuzuschreiben, daß Kennedy keineswegs, wie befürchtet wurde, dem Beispiel Franklin D. Roosevelts mit seinem New Deal folgend, eine neue „Revolution von oben" auf Kosten der Großwirtschaftskapitäne beabsichtige, sondern ihren besonderen Interessen Verständnis und pflegliche Behandlung entgegenbringt. Aber es ist auch der Ausdruck dafür, daß der Präsident keine grundlegende Änderung an der von diesen Gruppen bisher vertretenen Außenpolitik unternommen hat. Wenn so die Hoffnungen der radikalen Liberalen, die eine tatkräftige und breit angelegte Verständigung mit den Sowjets erwartet hatten, nicht erfüllt werden, so auch nicht die Befürchtungen der einen Krieg für unvermeidbar haltenden extremen Rechtskreise, daß es zu einem appeasement auf Kosten des Westens kommen würde. Man könnte das als den Erweis einer gesunden, mittleren politischen Linie ansehen. Zu jeder anderen Zeit träfe das zu. Nicht aber für unsere, in der es nur die Wahl zwischen zwei Alternativen gibt, die, sofern man sich für eine entschlossen hat, folgerichtig durchgeführt werden muß und nicht erlaubt, Anleihen bei der anderen zu machen: eine Alternative, an deren Ende mit Sicherheit der Krieg steht; eine andere, die vielleicht zum Frieden führt. Aber keine Politik, die es erlaubt, mit beiden zu jonglieren.

Das Steuern eines mittleren Kurses, Mäßigung und Besonnenheit können viel Unheil verhüten. Sie und eine pragmatische Politik, die sich darauf beschränkt, von Fall zu Fall die dringlichsten Probleme für den Augenblick zu lösen, reichen jedoch nicht aus, die Grundlage neuer und neuartiger Beziehungen zwischen den Nationen und den verschiedenen Sozialsystemen zu legen. Das aber war und ist die Aufgabe, die der Präsident noch als Bewerber um sein Amt als die vordringlichste erkannt und bekannt hatte. Das war schließlich der rationale Sinn jener politischen Mystik, die mit dem Ausdruck „New Frontier" ausgedrückt war, die Neuen Grenzen, nicht nur des amerikanischen Volkes, sondern einer Gemeinschaft aller Völker, die neuen Grenzen einer menschlichen Gesellschaft, die nicht mit den Mitteln der Machtpolitik, sondern durch schrittweise Überwindung der Strukturkrise und in geduldiger Anpassung an eine sich revolutionär umgestaltende politische und soziale Wirklichkeit zu erreichen sind. Vielleicht haben wir in diese Mystik einen Sinn gelegt, der nicht gemeint war. Vielleicht war sie aus der Illusion von Möglichkeiten geschöpft, die sich als nicht vorhanden erwiesen haben. Jedenfalls kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß diese Konzeption der „Neuen Grenzen" zu einer vieldeutigen Redewendung herabgesunken ist, hinter der kein realer politischer Wille mehr steht, daß ein vielleicht fruchtbarer politischer Impuls in bloßer Routine und politischem Pokerspiel verpuffen. Wir vermögen darin nicht eine heilsame Ernüchterung, wie andere Analysen es tun, zu sehen. Wir sehen darin vielmehr eine verhängnisvolle Wen-

dung, eine Resignation, die sich und andere damit zu trösten versucht, daß ein langes und beschwerliches Ringen in ständiger Gefahr äußerster Zerstörung und immer wacher Bereitschaft für das Schlimmste unser aller Schicksal sei. Wir werden die Gründe dieser Resignation, die ein neuer Zug im politischen Denken Kennedys ist, in persönlichen Erfahrungen des Präsidenten suchen müssen, die eine schockartige Wirkung auf ihn ausgeübt und ein Trauma hinterlassen haben, mit dem er nicht fertig zu werden imstande war.

In der Tat, es gibt solche Erfahrungen. Wir meinen hier nicht den tragischen Irrtum in Kuba, den der Präsident nicht verwunden hat. Wir werden vielmehr von dem dem Präsidenten nahestehenden Kolumnisten Joseph Alsop auf die Wirkung der Aussprache Kennedys mit Chrustschow in Wien im Sommer hingewiesen. J. F. Kennedy habe noch die Idee gehabt, die von Roosevelt stamme, daß ein etwas zähes, aber vernünftiges Gespräch eine allgemeine Bereinigung der Konflikte und Fragen, die zwischen Rußland und dem Westen bestünden, auf der Basis gegenseitigen Gebens und Nehmens ermöglichen würde. Er habe aber in Wien entdeckt, erläuterte Alsop, daß Chrustschow meinte, was er gelegentlich seines Besuches in USA öffentlich geäußert hatte: er werde die USA, das heißt das sozial-ökonomische System Amerikas, „begraben". Nun, was diese Äußerung anlangt, so war gewiß kein Grund, darüber schockiert zu sein, daß dies keine Redefloskel, sondern der Ausdruck des Glaubens an die Überlegenheit des kommunistischen Systems und an seinen Endsieg war. Wie sollte es anders sein? Glaubt nicht auch der Amerikaner an die Überlegenheit und den Weltsieg seiner politischen und sozialen Philosophie? Die sowjetische Politik setzt offensichtlich diesen Glauben bei ihren Gegnern voraus und hält es trotzdem für möglich, zu einer Ko-Existenz kommen zu können. Objektiv die unerläßliche Voraussetzung einer Entspannung, übrigens als möglich und fruchtbar bereits historisch erprobt (Westfälischer Friede). Es kann nicht dieser Glaube gewesen sein, der in dem Präsidenten einen Schock von so großen Folgen verursacht hat, daß er daraufhin seine politischen Konzeptionen änderte. Es wird vielmehr die Erkenntnis der von der Sowjetordnung erreichten Stabilität und Selbstsicherheit gewesen sein, die alle noch weit verbreiteten Hoffnungen auf eine „Liberalisierung" im westlichen Sinn als Illusionen und alle Erwartungen auf innere Schwierigkeiten, auf Diadochenkämpfe und den baldigen Zerfall als arge Täuschung erwiesen. Der Präsident sah sich vor die ihm neue Tatsache gestellt, daß mit dem Kommunismus als mit einem bleibenden Phänomen der menschlichen Geschichte zu rechnen sei, und ermaß erst jetzt die ganzen Schwierigkeiten, vor die er und der Westen gestellt waren.

Eine solche Erkenntnis muß allerdings von erschütternder Wirkung für den Amerikaner sein, der Schwierigkeiten hat, die Begrenztheit und Bedingtheit seiner eigenen Ordnung und politischen Philosophie zu akzeptieren, und geneigt ist, sie absolut und als das Maß der Dinge zu setzen. Die Gültigkeit eines anderen Ordnungssystems als gleichberechtigt anzuerkennen, eröffnete Perspektiven auf allen Gebieten des politischen Lebens, die schlechterdings unannehmbar erschienen. Wir irren uns kaum, wenn wir daraus den Schluß ziehen, daß es selbst dem jungen, dem intelligenten Amerika schwierig, wenn nicht unmöglich ist, sich mit einer Ko-Existenz des liberalen Westens und des kollektivistischen Ostens mit allen konkreten Folgerungen, die eine solche auferlegen würde, abzufinden. Da Amerika daraus nicht, wie das stalinistische China, die Unvermeidlichkeit eines Krieges zwischen Westen und Osten folgern will, so bleibt nur der Ausweg, abzuwarten, sich so stark als möglich zu machen, für alle Eventualitäten bereit zu sein, sich von dem Gegner abzugrenzen und ihn noch schärfer einzugrenzen, statt Pforten der Verbindung zu öffnen und Wege der Kooperation zu ebnen.

3.

Das dürfte die entscheidende Wendung in diesem ersten Jahr der Präsidentschaft J. F. Kennedy's sein; und die nachdrücklichsten Anstrengungen der Administration in ihm gelten dem Ziele, sich für den unvermeidlich weiter gehenden Kalten Krieg mit der damit verknüpften Gefahr eines Atomkrieges so stark als möglich zu machen, weil darin, nicht in einer Entspannung und Kooperation, die einzige Chance der Selbstbehauptung liege. Die New York Times drückten dies in ihrem Kommentar zu Kennedys erstem Jahr mit der Feststellung aus, daß es weder gelungen sei, den Kalten Krieg noch die Bedrohung durch atomare Vernichtung zu beseitigen, wohl aber habe der Präsident durch Stärkung des westlichen Bündnissystems und die Pflege freundschaftlicher Beziehung zu noch nicht entschiedenen Ländern die Chance etwas verbessert, die Ausbreitung des Sowjetimperialismus zu verhindern und eine dauerhafte Grundlage für den Frieden zu errichten. Eine Schlußfolgerung, die wir uns nicht nur nicht zueigen machen können, sondern der wir als einem gefährlichen Fehlurteil entschieden entgegentreten müssen. Denn jede Verstärkung des Allianzsystems des Westens, jeder Versuch einer Ausweitung des Macht- und Einflußbereiches des Westens muß entsprechende Maßnahmen auf der Gegenseite auslösen und die Rivalität in der Einbeziehung der bisher nicht gebundenen oder neutralen Länder in die beiderseitigen Kreise verschärfen und damit den Kalten Krieg unvermeidlich intensivieren. Die neuesten Tendenzen in der Richtung eines Zusammenschlusses der europäischen Westmächte mit den USA (wirtschaftlich, militärisch und institutionell) zu so etwas wie einem Atlantischen Gemeinwesen als Machtkern eines weltweiten Bündnissystems der „Freien" Nationen und als realistischem Ersatz der nutzlos gewordenen, unzulänglichen United Nations — wie dies etwa Senator Fulbright jüngst darlegte —, solche Bestrebungen müssen unvermeidlich zu einer weit engeren Symbiose zwischen Rußland und China als bisher führen und schließlich logisch zu der Wiederanerkennung der Doktrin der Unvermeidbarkeit eines Krieges zwischen den kapitalistischen und sozialistischen Mächten — mit allen verhängnisvollen Folgen einer solchen rückläufigen Entwicklung. Nicht die Chance eines dauerhaften Friedens wird, wie die N. Y. Times glauben, durch diese Politik des Präsidenten verbessert, sondern die Wahrscheinlichkeit erhöht, daß es im Zusammenhang mit der einen oder anderen neuen Krise zur atomaren Vernichtung kommt.

Es bei diesen kritischen Bemerkungen, die von unserem besonderen Blickpunkt der Sorge um den Frieden diktiert waren, bewenden zu lassen, kann nur ein unvollkommenes Bild von der immensen administrativen Arbeit und politischen Durchleuchtung der Lage zu Hause und in der Welt geben. Es wäre, um den Präsidenten objektiv zu würdigen, hier notwendig, die Entwicklung in den verschiedenen Sachgebieten zu verfolgen. Nur so kann man sich darüber Rechenschaft ablegen, daß es dem Präsidenten trotz mancher Rückschläge und Niederlagen im ganzen gelungen ist, was er sich als eines seiner Hauptziele gesetzt hat: die Vereinigten Staaten aus ihrer politisch wie ökonomisch etwas stagnierenden Lage und einer weit verbreiteten Selbstgefälligkeit herauszureißen und die Nation „auf Touren zu bringen". Es ist ihm gelungen (und in verstärktem Maße wird dies in dem neuen Jahr sich auswirken), die Kräfte der Nation zusammenzufassen und zu verstärken. Es wären hier die wirtschaftlichen Maßnahmen zu charakterisieren; es wäre das neue Rüstungsprogramm, die Umrüstung auf konventionelle Kriege, die Bereitstellung von Untergrund-Kampfgruppen und die Preisgabe des alten Konzeptes der „massiven Vergeltung" zu erwähnen. Aber wir müssen dies heute aus Mangel an Raum zurückstellen. Wir müssen uns hier mit der Feststellung begnügen, daß alle diese Maßnahmen dem Ziele dienen, die USA

innerlich wie nach außen, geistig wie physisch so gesund als möglich, sie widerstandsfähig, hart und diszipliniert zu machen, um den vorläufig unabsehbar langen Kampf mit dem Kommunismus durchzustehen. Ob ihm dies auf die Dauer gelingen wird, sei dahingestellt. Zur Zeit ist es ihm mit den Anfängen geglückt. Man wird das nicht aus den vielfach recht unfreundlichen einheimischen Pressestimmen zu seinem ersten Jahrestage ablesen können, insbesondere der Presse in den Staaten, die der Beeinflussung durch New York und Washington weniger unterliegen. Urteile wie, der Präsident sei in seinem Kampf gegen den Kommunismus schwach, unentschieden, inkonsequent, oder Stimmen, die seine „blasse graue Unentschlossenheit" in der Außenpolitik und seinen „blassen rosenroten Liberalismus" in der Innenpolitik rügen oder ihn durch das Kuba-Desaster demoralisiert finden, sind keine Ausnahmen. Es sind Symptome für die weit verbreitete Urteilslosigkeit über die eigentlich treibenden Kräfte und Entwicklungen in der Welt, und sie zeigen, mit welchen Schwierigkeiten der Präsident an der inneren Front zu rechnen hat. Kein Wunder, daß er selbst nicht geneigt ist, seiner Nation in der Einsicht über die eigentlichen Vorgänge hinter den bloßen „facts" noch weiter vorauszueilen.

Daß der Präsident selbst einen Atomkrieg vermeiden will, darf nicht bezweifelt werden. Aber er bezeichnet selbst die Aussichten für einen Frieden als trübe. Er kann im Grunde in der Sache des Friedens, nachdem er sich für den Ausbau und die Verstärkung der NATO und für einen engeren Zusammenschluß und eine gemeinsame Aktion aller Westmächte in der Gewinnung der „unentwickelten" Nationen entschlossen hat, nichts anderes tun, als es vermeiden, den Gegner in eine Ecke zu manövrieren, wo ihm nichts anderes übrig bleiben würde, als zu dem äußersten Mittel des Krieges zu greifen. Aber es fehlt an der Glaubwürdigkeit für die Überzeugung, daß die Existenz von Atomwaffen den Krieg überhaupt als Mittel der Politik ausschließt. Die Förderung des Atomschutzprogrammes und des Bunkerbaues durch ihn muß die Nation mit dem Gedanken vertraut machen, daß ein Krieg nach wie vor legitim sei, und sie daran gewöhnen, sich auch mit einem Atomkrieg abzufinden. Es fehlt der Politik Kennedys jede Initiative für, wie jede Konzeption über einen akzeptablen realistischen Frieden. Es ist versäumt worden, einen eigenen Vorschlag in der Frage der deutschen Zukunft und zur Regelung des Berliner Problems zu geben. Es scheint auch kein Platz in der politischen Vorstellungswelt für eine Initiative und eine Konzeption eines Universalen Friedens vorhanden zu sein, die mit etwas anderem rechnet als mit dem Endsieg des westlichen Ordnungssystems in der Welt und einer wohlwollenden Hegemonie der Westmächte über die Nationen der Erde.

4.

Was das Versäumnis der Westmächte anbetrifft, einen eigenen Friedensvorschlag zur Deutschlandfrage zu entwickeln, so liegt der offensichtliche Grund zu diesem Versäumnis in der Uneinigkeit der Westmächte selbst. Dazu noch ein paar abschließende Worte. In seinem politischen Roman „Peacemakers" läßt der bekannte amerikanische Kolumnist Marquis Childs eine akute Krise in Nordafrika, bei der ein Zusammenstoß westlicher und östlicher Truppen unmittelbar bevorsteht, im letzten Augenblick durch ein politisches Arrangement der Westmächte mit Sowjetrußland zu Lasten des Prestiges Frankreichs beilegen.

Als Kompensation der auch von den USA gemachten Zugeständnisse hat der amerikanische Außenminister Caleb den Präsidenten für einen neuen „großen Plan" gewonnen, der darauf hinausläuft, ganz Afrika zu vereinen und in den Kreis des Westens zu integrieren. Er legt dem befreundeten Außenminister Geoffrey Hawks dar, daß dies zwar eine neue direkte und unmittelbare Herausforde-

rung der Sowjets sei, aber soweit möglich in Kooperation mit den Afrikanern selbst durchgeführt werden würde. Der Brite antwortet, daß Amerika damit den Pfad eines tragischen und vermutlich unwiderruflichen Irrtums beschreite. „Sie schlagen vor, denselben Irrtum" (den J. F. Dulles in Indochina beging), „unter weit schwereren und zu einer weit fortgeschrittenen Stunde zu wiederholen". Es kommt darauf zu einer offenen Konfrontation des britischen und amerikanischen Standpunktes. Von vordringlichster Bedeutung habe er es gehalten, sagt der Brite, einen Punkt zu finden, von dem aus man mit den Russen in eine Beziehung beginnenden Vertrauens kommen könne. Er sehe in der Bereitwilligkeit der Sowjets, die jüngste Krise zu beenden, eine solche Gelegenheit. Wenn nun aber die USA einen Plan, Afrika zu vereinen, vorlegen würden, so könne das nur den Riß des Mißtrauens und Verdachtes vertiefen, und zwar unwiderruflich. Im weiteren Verlauf der Aussprache bekennt sich schließlich der Brite zu der Ansicht, daß im großen Zusammenhange der Völkerumwälzungen „Rußland ein Teil des Westens" sei und nur in einer die eigenen Ziele begrenzenden Harmonie der Westmächte mit Rußland die einzige Chance eines friedlichen Überganges des alten in einen neuen Ordnungszustand der Welt bestehe, statt eines sonst unvermeidlichen Zusammenstoßes, in dem Gewalt und Raub herrschten. „Da sind viele unter uns", kommt das Gespräch zum Ende, „die fühlen, ihr Amerikaner seid auf eine gefährliche Weise ruchlos und geneigt, das Dach auf unser aller Köpfe herunter zu bringen".

Es bedarf keines Kommentars, die Beziehung zu den tatsächlichen Problemen und politischen Bestrebungen zu finden. Aber das Aufschlußreichste sind nicht diese scheinbar so offenherzigen und vorurteilslosen Äußerungen des englischen Politikers über die amerikanische Politik. Es ist vielmehr die ahnungslose Art, mit der sich der politische Autor in den Vorurteilen und beschränkten Einsichten, in den billigen Klischees seines Volkes den Lebensbedürfnissen der alten europäischen Völker gegenüber, zu denen immerhin auch Rußland gehört, befangen zeigt. Er läßt durch seinen Staatssekretär Caleb das Friedensbedürfnis und den Wunsch, mit Rußland zusammenzugehen, als einen letzten Rest des alten Kolonialismus, als Abwehr des Einbruches der neuen Barbaren in das Römische Reich, als einen Nachklang des britischen Slogans von „the white man's burden", als Rassevorurteil verstehen. Er vergleicht England mit Montezuma, mit dem Exponenten einer kampflos abdankenden Ordnung. Er glaubt in dem Bestreben Englands, zu Hause die alte Ordnung einschließlich der Established Church wiederherzustellen und in der Außenpolitik zu einer Auffassung Rußlands wie zur Zeit der Entente Cordiale zurückzukehren, dieselbe Tendenz zurück zu einer alten Ordnung sehen zu sollen, und erklärt es als die Wirkung des großen Schockes, die die knapp vermiedene Niederlage Englands verursachte. Er sieht all dies, aber er sieht nicht, daß sein großer Plan in Afrika ein eigener, amerikanischer, ein neuer Kolonialismus ist und daß die Bestrebungen eines westlichen Weltgemeinwesens um den atlantischen Machtkern kaum anderes als eine neue Art Imperialismus sein werden.

Wir irren uns kaum in der Annahme, daß in der mutigen expansiven und aktivistischen Antwort Calebs auf die Herausforderung — die Challenge Mr. Toynbees —, die in der Geschichte der Zivilisation im Punkt ihrer höchsten Krise auftaucht, die Haltung und Auffassung des Präsidenten Kennedy sich widerspiegelt. Wo aber so tiefe Mißverständnisse obwalten, wo eine solche Kluft zwischen den Lebensinstinkten, nicht nur den Auffassungen, bestehen, wo sie nicht nur unter Gegnern, sondern unter befreundeten und verwandten Völkern, unter Verbündeten vorwalten, da ist die Aussicht auf einen Frieden der Verständigung und der Zusammenarbeit gering.

Arno Behrisch

Augen auf vor der Atlantik-AG

Nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, dem der Verfasser dieses Artikels seinerzeit als Mitglied des Bayerischen Landtages seine Zustimmung gab, ist das deutsche Volk „im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen". Die CSU hat damals g e g e n das Grundgesetz gestimmt, weil es ihr die Eigenheiten der deutschen Stämme zu wenig berücksichtigte und zu zentralistisch war. Nachdem die CSU seit 1949 in der Bundesregierung sitzt und ihre Minister das Grundgesetz beschworen haben, darf man annehmen, daß sie ihre Bedenken von einst überwunden hat und der in der Präambel bekundete Wille sie beseelt.

Dieser Wille konzentriert sich auf drei Aufgaben: Die als Folge des Hitlerkrieges vorhandene Teilung zu überwinden, unser Land in ein vereintes Europa einzubetten und dem Frieden der Welt zu dienen. Um der Einheit zu dienen, war es notwendig, das Gesetz von Ursache und Wirkung zu erkennen, die Weltgeschichte als das Weltgericht zu begreifen, einzusehen, daß bestimmte Taten bestimmte Folgen nach sich ziehen, und sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß ein Volk historische und moralische Rechte und Ansprüche durch eine falsche Politik verspielen kann. Genauer: da die Ausweisung der Deutschen aus dem Osten von a l l e n Siegermächten beschlossen wurde, die Menschen hier eingegliedert wurden und am Wirtschaftswunder wesentlich beteiligt sind, ist es wenig sinnvoll, ehemalige Träger von SS-Uniformen nun als Bundestagsabgeordnete Reden über Selbstbestimmung und Heimatrecht halten zu lassen. Und was die Grenzen betrifft, so liegen auch da einstimmige Beschlüsse vor. Die Phrase von der endgültigen Regelung im Friedensvertrag war doch nur ein Schokoladenüberguß auf eine bittere Pille.

Die Pille hatte Hitler uns gedreht. Was immer man über Ausweisung und Grenzziehung denken mag, es waren Folgen der größten Barbareninvasion der Weltgeschichte, die aus unserem Lande ihren Ausgang genommen hatte. Wer die deutsche Einheit will, muß Vertrauen im Westen, vor allem aber auch Vertrauen im O s t e n erwerben. Als der Bundeskanzler nach seiner Rückkehr aus Moskau am 22. 9. 1955 im Bundestag sprach, drückte er das klar aus: „Die Sowjetunion ist eine der vier Siegermächte, ohne deren Mitwirkung das vornehmste Anliegen unserer Politik, die Herstellung der Einheit unseres Landes, nicht verwirklicht werden kann." Leider hielt diese Einsicht des Regierungschefs nicht lange vor.

D i e W e i c h e n w a r e n l ä n g s t g e s t e l l t

In Wirklichkeit hatte Adenauer ja die Weichen längst schon gestellt. Am 7. Februar 1952 hatte er im Bundestag erklärt: „Lassen Sie mich einen Satz, auf den ich später zurückkomme, vorwegnehmen: Ich glaube, daß wir die Wiedervereinigung Deutschlands nur erreichen werden mit Hilfe der drei Westalliierten, niemals mit Hilfe der Sowjetunion." Als nach dem Kriege das Bündnis zwischen Amerika und Rußland brüchig wurde, hatte Adenauer schon 1947 durchblicken lassen: „Ein Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion ist unvermeidlich, und wir müssen auf der richtigen Seite dabei sein." Seither steuert Adenauer diesen Kurs.

Man darf nie vergessen, daß Adenauer es war, der sich längst, bevor über Wiederbewaffnung gesprochen wurde, von Hitlers Generälen Gutachten anferti-

gen ließ, der Blank unter völlig falscher Firmenbezeichnung mit der Vorbereitung der Aufrüstung betraute und der unter Umgehung des Kabinetts von sich aus den Westmächten deutsche Truppen anbot, was bekanntlich Dr. Heinemann zum Austritt aus der Regierung veranlaßte. Im Grunde lebt Adenauers Politik von so simplen Sprüchen, wie sie z. B. de Gaulle von sich gibt: „Ost ist Ost und West ist West, aber das Schwert ist noch immer die Achse der Welt." Womit bewiesen ist, wie recht Axel Oxenstierna hatte, als er seinem Sohne sagte: „Du anar icke med hur liten klokskap världen regeras." *)

Adenauer wußte, daß seine Politik die Wiedervereinigung in weite Ferne rükken mußte. Er wußte aber auch, daß Menschen ein Ziel brauchen, das erreichbar ist. Und er kannte die tiefe Sehnsucht des deutschen Volkes und der Nachbarn nach Verständigung und Versöhnung. Die zwei Weltkriege, die beide als europäische Bruderkriege begannen, hatten bei den Menschen den Wunsch aufkommen lassen, Europa von einer Hölle zu einer Heimat zu machen. Adenauer setzte sich an die Spitze dieses Sehnens und machte in Europa Politik, in europäischer Integration, EVG (Europäische Verteidigungsgemeinschaft) und EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) wurden Konrad Adenauers liebste Kinder. So lieb wurden sie ihm, daß er bereit war, für sie die Teilung Deutschlands hinzunehmen. Auf einer Pressekonferenz am 11. April 1953 in San Franzisko wurde das ganz deutlich. Nach einer UP-Meldung von damals sagte er, daß sich Deutschland nie aus der EVG zurückziehen werde, selbst wenn die Russen eine Wiedervereinigung des Landes zulassen würden. „Deutschland würde im Falle der Wiedervereinigung unseres Landes seine Rolle in der EVG nicht aufgeben, denn dies käme der Spaltung Westeuropas gleich."

Man beachte die Formulierung „Spaltung W e s t europas". Um diese zu verhindern, war es besser, die Spaltung Europas in seiner Mitte, in seinem Herzstück, in Deutschland hinzunehmen. Denn darum ging damals der Kampf. Es ging um den militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschlands. Die Russen waren nicht bereit, ihren Teil Deutschlands in die EVG (oder später NATO) zu entlassen. Adenauer aber verlangte Handlungsfreiheit in der Außenpolitik für ein wiedervereinigtes Deutschland, wohl wissend, daß die Russen das nicht tun konnten, ohne, wie Paul Sethe es ausdrückte, vorsätzlichen Landesverrat zu verüben. Welches Ränkespiel im Gange war, zeigt ein Interview, das Konrad Adenauer am 3. September 1954 einem Sonderkorrespondenten der „Times" gab: „Ich gab mir Mühe, darauf zu sehen, daß sich keine unnötigen Differenzen zwischen Herrn Mendés-France und mir selbst ergeben sollten, aber ich erhob natürlich die stärksten Einwendungen, wenn er verlangte, daß jeder Partner des Vertrages das Recht haben sollte, seinen Rücktritt aus der Verteidigungsgemeinschaft im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands zu erklären. Nach meiner und auch nach der Auffassung anderer war dies eine Einladung an Rußland, die Wiedervereinigung Deutschlands durch jedwede Mittel zu erwirken zu suchen und damit der EVG ein Ende zu bereiten." Man sieht, immer stehen Adenauer die Westverträge über der Wiedervereinigung.

Damit soll nicht gesagt sein, daß er sie überhaupt nicht wollte. Aber er wollte sie nicht zu den Bedingungen, die sich aus Hitlers Krieg und Niederlage zwangsweise ergaben. Adenauer hat 1955 im Kölner Gürzenich von den „Todfeinden" im Osten gesprochen. Er hielt schon 1947, wie wir sahen, den Krieg zwischen Amerika und Rußland für unausweichlich. In den Gewerkschaftlichen Monatsheften hat Helmut Lindemann vor einem Jahr vom „Natoismus" als der Haltung derer gesprochen, „die aus den Erfahrungen zweier Weltkriege, welche Deutsch-

*) Du ahnst nicht, mit wie wenig Klugheit die Welt regiert wird.

land verloren hat, den einzigen Schluß gezogen haben, daß es in einem dritten Weltkrieg endlich einmal auf der Seite der stärkeren Bataillone stehen wolle und müsse". Adenauer verschrieb sich der Politik der Stärke gegenüber Rußland. Mit seinem Freunde John Foster Dulles wollte er das Zurückrollen Rußlands und die „Befreiung" der Völker Osteuropas. Man darf getrost annehmen, daß er diesen Gedanken treu geblieben ist.

Damit ist Adenauers sogenannte Europa-Politik in der Anlage falsch, weil sie der bewußte Versuch ist, einen Teil Europas gegen den anderen politisch, wirtschaftlich und militärisch zu mobilisieren. Adenauers westliche Integrationspolitik ist zutiefst europafeindlich, überwindet die alten Gegensätze zu Frankreich, England und Italien nur, um sie auf eine höhere, weitaus gefährlichere Ebene zu heben und zu verlagern. Die Politik der Westintegration spaltet Europa, verfeindet es, vertieft die Spaltung Deutschlands und führt mit unerbittlicher Konsequenz zum bewaffneten Konflikt.

Die Unbelehrten und die Unbekehrten

Die Westintegration an sich müßte nicht gefährlich sein, wenn sie ehrlich gemeint wäre und mit der logischen Konsequenz der dauernden Spaltung Deutschlands hingenommen würde, etwa so, wie unsere westlichen Verbündeten in Europa sie verstehen und — entgegen allen Propagandareden — auch wollen. Natürlich ist die Teilung Deutschlands ein Trauerspiel, nicht zuletzt deshalb, weil sich die Deutschen selbst dem Spiel mit so viel Gründlichkeit und Hingabe widmen. Auf beiden Seiten, versteht sich. Sonst wäre ja diese Politik der Teilung nie möglich gewesen. Gegen den aktiven Willen eines Siebzig-Millionen-Volkes wäre eine solche Politik nie und nimmer auf die Dauer zu etablieren gewesen. Es waren und sind die Deutschen selbst, die der Machtpolitik der Sieger erst in ihrer jeweiligen Hälfte die „Ideologie" geliefert haben. Sehr richtig schreibt Golo Mann: „Falsch, die wahren Aufgaben überdeckend, ist letzhin auch der Weltkonflikt, der Kalte Krieg. Auch dies Schachspiel, so wichtig es seit 1945 gespielt wurde mit immer denselben Tricks, denselben Hinundherzügen, wird ohne König gespielt. Freie Welt gegen unfreie, Kapitalismus gegen Kommunismus, das sind fiktive, eben darum unauflösbare Gegensätze, wirklich nur dadurch, daß man sie sich einbildet. Wir können die unfreie Welt nicht frei machen. Allenfalls können wir einander umbringen."

Als der Chefredakteur der WELT, Hans Zehrer, noch nicht auf die elende Schaukel des Kalten Krieges gekrochen war, schrieb er just in diesem Sinne am 28. 2. 1959: „Die Deutschen brauchten nur sich selbst in Ordnung zu bringen, um die Ordnung der Welt zu fördern. Voraussetzung dafür wäre die Erkenntnis der eigenen Schuld und das Bemühen, sich von ihr zu lösen." Der erste Schritt auf diesem Wege wäre die Einsicht, daß wir Deutschen nicht den Kommunisten, sondern den Nazis Gelegenheit gegeben haben, unser Land zu zerstören und Europa, vor allem in seinem östlichen Teil, zu verwüsten. Was wir nach der tausendfach verdienten Niederlage auch erlitten haben und was uns auch zugemutet wurde, es sind alles Kinderspielereien, gemessen an dem, was Hitler und seine Hiwis aller Schattierungen und Grade anderen Menschen und Völkern zugefügt haben und zugedacht hatten.

Im Gespräch zwischen Präsident Kennedy und Alexej Adschubej hat der Russe schlicht gesagt, daß die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg keinen Russen ruhig schlafen läßt. Die Antwort des Präsidenten: „Immerhin haben wir genau wie Sie zwei Kriege in Europa erlebt", drückt doch ein geradezu niederschmetterndes Maß an Unvermögen aus, sich in die Situation des Gesprächspartners zu versetzen. Ganz abgesehen davon, daß es zwischen den menschlichen und ma-

teriellen Verlusten der Amerikaner und Russen überhaupt keinen Vergleich gibt, haben die in der Geschichte der Menschheit einmaligen industriellen Anlagen für Massenmord in Osteuropa gestanden, dort haben sie mit deutscher Perfektion funktioniert, und die Opfer waren neben den Juden die Völker Osteuropas.

Amerikas Präsident machte im Interview dann den Vorschlag, nicht über die Verhältnisse in Deutschland von vor zwanzig Jahren zu reden, sondern lieber darauf zu sehen, „wie sie heute sind". Warum sollte man das nicht tun? Der Russe schwieg dazu. Wir Deutschen haben die Pflicht, darüber zu reden, denn der Geist des Nazismus lebte in Deutschland schon vor Hitler, und er ist mit ihm nicht untergegangen. Es drängen sich, wie Prof. Gollwitzer zutreffend gesagt hat, bei uns „allenthalben unbelehrte und unbekehrte Menschen zu bestimmendem Einfluß, und die Geister, die wir endgültig hinter uns glaubten, machen sich wieder breit". Müssen Träger von SS-Uniformen und andere Handlanger des Braunauers im Bundestag sitzen? Und wäre es nicht überzeugend, wenn die reichlichen Mittel des Bundestages für Auslandsreisen dazu verwendet würden, jedem Abgeordneten einen Pflichtbesuch in Auschwitz und im Institut für Zeitgeschichte in Jerusalem aufzuerlegen? Das scheint sehr nötig, wenn man liest, daß die Neo-Antisemiten in Bonn die Karl-Marx-Straße umbenannten in Maxstraße. Das scheint nötig, wenn man weiß, daß ein Soldat der Bundeswehr in einer Versammlung bei Aufzählung der russischen Kriegsopfer zynisch rief: „Wem tuts weh?" Wahrlich, wahrlich: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!" Und wenn während einer Diskussion in einer Evangelischen Akademie Pfarrer Steinbauer demütig sagte, daß „wir in Kategorien gelebt haben, bei denen wir nicht vom Evangelium beraten waren", so muß man nicht besonders hellhörig sein, um festzustellen, daß unsere Politik den Einflüsterungen des Teufels zugänglicher zu sein scheint als der Beratung durch das Evangelium.

Die abscheuliche Ideologisierung unserer Politik (es gibt kaum noch eine Rede eines Christ-, Sozial- oder Freidemokraten, in der nicht die superdumme Phrase von der „kommunistischen Herausforderung" vorkommt, ohne daß sich einer der Redner bemühen würde, die Herausforderungen zu erwähnen, die hier am laufenden Band produziert werden), sollte doch allen denkenden Menschen eine einfache Wahrheit nicht verbergen, die Walter Lippmann so ausdrückte: „Die Intensität des Kampfes ist kein Maß für die Ungleichheit der Auffassungen der Kämpfer. Es sind viele bittere Kämpfe zwischen Sekten geführt worden, die dem gleichen Gott huldigten." Uns stünde es besser an, nach allem, was wir erlebt und angerichtet haben, in Demut zu einer christlichen Grundwahrheit zu gelangen: Die Freiheit gleicht der Liebe: je mehr wir davon anderen zukommen lassen und verschenken, desto mehr können wir sie selbst genießen.

Treffend haben unlängst einige Studenten auf eine Rundfrage erklärt, die Forderung nach Ideologisierung des Westens solle ersetzt werden durch den Ruf nach Realisierung von Demokratie und Freiheit. Tut doch nicht so, als ob Antikommunisten nicht Todfeinde von Demokratie und Freiheit sein könnten! Unsere Generation sollte aus bitterer Erfahrung heraus wissen, daß im Namen des Antikommunismus mehr mühsam errungene und mitbürgerliche Freiheiten zerstört worden sind als durch den Kommunismus selbst. Der Antibolschewismus ist der tölpelhafte Versuch, den bösen Geist auszutreiben: er kam mit sieben Kameraden zurück, jeder schlechter als er selbst. Wir haben das erlebt und erlitten!

Die fundamentalen Gesetze

Wir sollten also damit beginnen, uns „selbst in Ordnung zu bringen", und uns dann klar entscheiden, denn „immer richten Halbheiten und Unehrlichkeiten in

der Politik und im Leben mehr Schaden an als die energischen und scharfen Entschlüsse", wie Stefan Zweig das einmal ausdrückte. Entscheiden wir uns für eine wahrhafte und konsequente friedliche Wiedervereinigungspolitik, dann müssen wir der Blockpolitik in jeder Form entsagen, müssen wir unser Verhältnis zu den osteuropäischen Nachbarn endlich auf die Ebene einer vertrauensvollen Zusammenarbeit bringen und entideologisieren. Etwa so, wie Österreichs Vizekanzler Bruno Pittermann das im Juni 1958 für beide an der Regierung beteiligten Parteien ausdrückte: Der wirkliche Europa-Begriff deckt sich mit dem geographischen. Rußland gehört dazu. „Für uns hier in Wien sind die Slawen keine Barbaren! Das russische Volk ist ein europäisches Volk. Die Verwirrung hat begonnen mit dem Schlagwort vom christlichen Abendland. Dies gefährliche Wort trübt den Blick. Molotow hat seinerzeit sicherlich mit Absicht unterstrichen, daß Rußland ein europäischer Staat sei. Das hat man viel zu wenig beachtet. Schließlich werden die Grundlinien ja in Rußland wie überall nicht von den gegenwärtigen Machthabern bestimmt, sondern von fundamentalen Gesetzen."

Fundamentale Gesetze sind die der Geographie und Geschichte. Wer in der Schule gefehlt hat, als diese beiden umfangreichen und fesselnden Themen behandelt wurden, der sollte nicht gesamtdeutsche Politik machen wollen. Die Geographie sagt klar und deutlich: Der Russe ist unser Nachbar. Die Geschichte vermittelt uns Einblicke in die Deutschlandpolitik Iwans des III. und IV. und die „Herrschaft" der Deutschen in Rußland unter den Romanows, und sie lehrt uns schließlich, daß die heute in der Sowjetunion geltende Staatsidee des Marxismus-Leninismus deutsch ist in der Wurzel und in der Wirkung. Als Hans Zehrer noch mit dem Kopf und nicht mit den Fingern schrieb, forderte er, daß man „nicht wie bisher von der Einheit Europas, sondern von der Wiedervereinigung Europas, nämlich mit Einschluß der osteuropäischen Staaten, spricht und danach handelt und nach einem Weg sucht, der so beschaffen ist, daß ihn beide Weltmächte akzeptieren müssen".

Da bei uns alle Politik unter der von Pittermann verschmähten Phrase vom christlichen Abendland gemacht wird, scheint es ratsam, Nikolai Berdjajew als „Fachmann" das Wort zu geben: „Die Entstellung der Hierarchie der Werte vollzog sich bereits in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Der Vorrang der geistigen Werte vor den materiellen wurde von der bürgerlichen Lebensauffassung geleugnet. Der qualitative Abbau der Kultur wurde in der bürgerlichen Aera in die Wege geleitet. Die bürgerliche Welt hat sich bereits vor dem Mammon gebeugt. . . Das Christentum hat seine Wahrheit in der Fülle des Lebens nicht verwirklicht. . . Darum ist der Kommunismus erschienen, diese entstellte Verwirklichung der christlichen sozialen Wahrheit, als Strafe, Mahnung und Gericht. Nicht die christliche Wahrheit und Lehre, wohl aber die Christen, die sich so oft als Pseudochristen erwiesen haben, tragen die Schuld an der kommunistischen Erschütterung der modernen Welt."

Wenn wir also die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit wollen, dann müssen wir die Wiedervereinigung Europas mit den Russen wollen, dann müssen wir aufhören, uns pharisäerhaft ums Goldene Kalb zu bewegen und zugleich zur „geistigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus" rüsten, dann müssen wir, wie Prof. Harold Rasch sagt, „den törichten Sammelbegriff des Satellitenstaates" aus unserem Sprachgebrauch streichen, dann müssen wir aufhören, Machtpolitik zu machen, dann müssen vor allem auch die verantwortungslosen Reden der Minister und Parteiführer vor den Landsmannschaften verstummen. Können wir uns dazu nicht aufraffen, dann müssen wir uns zur Westintegration so bekennen, wie sie von unseren westeuropäischen Verbündeten betrieben und verstanden wird.

Es dürfte keinen verantwortlichen Staatsmann und Politiker in Westeuropa geben, der nicht Golo Manns Ausführungen dazu unterstreicht: „Je weiter die ‚Integration' Westeuropas fortschreitet, desto tiefer wird diese (deutsche) Teilungslinie. Die beiden Systeme, das westeuropäisch-amerikanische und das osteuropäisch-russische, sind gegeneinander gewachsen, eines hat immer das andere provoziert. Darum kann eine deutsche Politik, die sich vor allem der Einigung Westeuropas widmet, der Wiedervereinigung Deutschlands in Wahrheit nicht dienen. Sie kann wohl davon sprechen, sie kann wohl darum bitten, aber sie kann dafür nichts tun. Hier liegt ein durch kein Nachdenken zu lösender Widerspruch." Golo Mann führt dann weiter aus, daß nur die Bundesrepublik, „keine ganze Nation, sondern eben nur eine politisch zusammengefaßte bürgerliche Gesellschaft", den Weg nach Kleineuropa gehen konnte. Bei der Frage, ob die Bundesrepublik aus dem System der Westverträge zur Erlangung der deutschen Einheit austreten könne, folgert Golo Mann: „Die militärische Neutralisierung der deutschsprachigen Gebiete Europas wäre denkbar, dieser Preis könnte für die Befreiung Mitteldeutschlands von einer ihm fremden und widerlichen Herrschaft vielleicht bezahlt werden. Mehr nicht. Das Werk der Einigung Westeuropas muß bleiben und muß weitergetrieben werden."

Zu dieser Seite der Sache hat sich Konrad Adenauer am 22. Februar 1954 in einem Interview mit Ernst Friedländer geäußert. Er sagte: „Die außenpolitische Handlungsfreiheit eines gesamtdeutschen Staates ist staatsrechtlich und völkerrechtlich unbestreitbar. Sie ist aber eine weitgehend akademische Frage. In der praktischen Politik ist die Kraft der Tatsachen entscheidend. Steht die Europa-Armee erst einmal, so wird kein Staat mehr aus ihr austreten, auch kein gesamtdeutscher Staat. Das ist ja gerade der Sinn der Integration, daß sie Getrenntes fest und praktisch unauflöslich zusammenfügt." Damit ist der Kern frei. Da Adenauer auch ein wiedervereinigtes Deutschland militärisch im Westen festhalten will, ist die Wiedervereinigungspolitik leeres Gerede. Denn zu diesen Bedingungen gibt Rußland seinen Teil nicht her. Es bleibt also letztlich der unausgesprochene, aber sichtbar betriebene Versuch, den Russen Mitteldeutschland und die osteuropäischen Länder unter Druck abzunehmen.

Das aber erzeugt Gegendruck. Der Westintegration ist ja längst die Ostintegration gefolgt. Ist die Bundesrepublik wirtschaftlich und militärisch bereits die unumstrittene Führungsmacht in Westeuropa, so hat die DDR als fünftgrößtes Industrieland im Ostblock auch ihre Bedeutung und ihr Gewicht. Die deutschen Teilstaaten werden, je mehr Wettrüsten und Ideologisierung vorangetrieben werden, in den jeweiligen Blöcken unentbehrlich. Man könnte sie ohne schwere wirtschaftliche Erschütterungen für die Partner gar nicht aus den Wirtschaftsblöcken herausnehmen. Bei solch einem Stand der Dinge noch von Wiedervereinigungspolitik zu reden, heißt Märchen erzählen, wenn nicht Böseres. Am ernstesten aber scheint uns dies: Jetzt wird hier die Trommel gerührt für die „Opfer", die wir für diese grundverkehrte Europa-Politik bringen sollen. Es dürfte auch einem Kinde einleuchten, daß man „drüben" gar keine Wahl hat und auch „Opfer" verlangen muß. Da die Deutschen drüben aber ohne ihre Schuld dem vorläufig ärmeren Teil der Menschheit zugeschlagen worden sind, müssen die „Opfer" für sie natürlich spürbarer sein. Bei solcher Sachlage noch davon zu reden, daß man den „Brüdern und Schwestern" helfen will, ist Zynismus ohne Grenzen. Wenn aber die reichen Amerikaner schon gezwungen sind, für ihre wahrlich nicht für uns hier stationierten Truppen von uns Bezahlung zu verlangen, ist leicht auszurechnen, wie die Rechnung auf der Gegenseite aussieht. Die Pervertierung der Politik ist perfekt.

Der schon zitierte Helmut Lindemann hat einen vorzüglichen Gedanken in die Debatte gebracht, indem er sagt, es sei für Deutschland sinnlos geworden, weiter in Bündnisbegriffen zu denken. Er schlägt als Alternative zum Militärbündnis die Arbeitsgemeinschaft vor, da die zeitgemäße Erscheinungsform der internationalen Ordnung seiner Ansicht nach nicht mehr Herrschaft, sondern Zusammenarbeit heißt. Lindemann meint, es sei Sache der Deutschen, solche Arbeitsgemeinschaften zur Grundlage ihrer Politik zu machen, sie auf alle Gebiete auszudehnen und sie nicht nur in einer Himmelsrichtung zu praktizieren.

Gegensätze und ihre Ursachen

In der Welt, in der wir leben, lassen sich wirtschaftliche und militärische Blockpolitik nicht trennen. Deutlich zeigt sich das jetzt im Norden Europas. Schweden möchte sich aus handelspolitischen Erwägungen gern der EWG anschließen, zögert aber, weil es weiß, daß der weinende Dritte dabei das finnische Brudervolk wäre. (Finnen und Schweden sind mit Abstand weniger „Brüder" als West- und Ostdeutsche. Dennoch nimmt die schwedische Politik in einer Weise auf die schwierige Lage der Finnen Rücksicht, wie es für uns ein Vorbild sein sollte.) Die Russen sind der berechtigten Ansicht, daß jeder Zuwachs für die EWG potentiell eine Verstärkung der deutschen Rüstungsmöglichkeiten bedeutet. Da wir jeden Tag in die Welt schreien, daß wir stärker werden wollen (wir sagen noch viel mehr!), ist es selbstverständlich, daß die Russen mit Gegendruck antworten. In diesem Falle ist es Finnland.

Die Reaktion ist nicht uninteressant. Lange Jahre war die von Schwedens Großem Alten Mann, Per Albin Hansson, festgelegte Neutralitätspolitik in Schweden selbst umstritten, und es gab genug Leute, die den Beitritt Schwedens in die NATO verlangten. Diese Stimmen sind restlos verstummt. Im Gegenteil: durch die Vorgänge um Finnland und mehr noch durch die für schwedischen Geschmack unappetitliche Entwicklung des Militarismus in Deutschland wurde Finnlands Präsident Kekkonen gelobt, und man bedauert offen, daß sich Dänemark und Norwegen seinerzeit nicht Schwedens Neutralität angeschlossen haben, sondern der NATO beigetreten sind. Unmißverständlich sagte Ministerpräsident Tage Erlander am 22. August 1961: „Wir haben Anlaß, festzustellen, daß die Teilnehmer des Abkommens (EWG) ... von der Zielsetzung ausgegangen sind, daß das Romabkommen ein Schritt auf dem Wege in Richtung einer wirklichen Föderation ist. Wir können auch nicht daran vorbeigehen, daß das Romabkommen oft als eine Komplettierung und eine Verstärkung des Atlantikpaktes aufgefaßt wird." Diese „politische Absicht", so fuhr Erlander fort, „bedeutet für Schweden einen starken zurückhaltenden Faktor mit Rücksicht auf die außenpolitische Grundlinie des Landes". Die schwedische Zurückhaltung macht sich ja derzeit auch in Dänemark und Norwegen bemerkbar, wo man über die Zweckmäßigkeit des Beitritts zur EWG, so nützlich sie für die Wirtschaft beider Länder auch wäre, sehr geteilter Meinung ist.

Die Ursache dieser Gegensätze, die auch in Österreich zutage treten, sind w i r. Das forsche Auftreten der Deutschen in EWG und NATO ruft alte Erinnerungen wach. Es zeichnet sich eine Neuordnung Europas ab unter deutscher Hegemonie, und die von der deutschen Führungsmacht offen gezeigte Feindschaft gegenüber dem Osten läßt auf keine gute Entwicklung schließen. Handelt es sich wieder nur um eine Pause zwischen den Kriegen, in der die Deutschen sich nur umgruppieren? Sehr viele Leute in Europa stellen sich diese bange Frage. Sie wäre nie aufgekommen, wenn wir uns anders und besser verhalten würden. Aber wir halten an unserem Erbübel fest: Überbewertung des Militärischen. Und es gibt bei uns eine merkwürdige Neigung, Irrtümer und Fehler zu wiederholen.

Der christliche Sozialphilosoph Eugen Rosenstock-Huessy, in Berlin geboren, Offizier im Ersten Weltkrieg, Rechtshistoriker in Breslau und zum Dank dafür vom Braunauer in die Fremde getrieben, hielt 1957 als Gast in Bochum einen Vortrag. Er sagte: „Was haben wir Christen eigentlich mit der Christenheit angerichtet? Wir haben das doch untrennbare Gewand der Kirche zertrennt." Wir benehmen uns politisch genau so. Wir haben Westintegration betrieben unter dem Vorwand, damit die Einheit zu fördern. Wir haben damit die Spaltung vertieft. Jetzt zeigt es sich, daß Westeuropa allein zu schwach ist, um die Aufgaben zu erfüllen, die Adenauer und Strauß sich gestellt haben. Und so sind wir entschlossen, der definitiven Spaltung unseres Landes die definitive Spaltung Europas hinzuzufügen. Franz Josef Strauß fand die Formel dafür: Atlantische Union.

Wie ein Rausch ist es über die politischen Phantasten gekommen: Großraum Nordatlantik! Natürlich, Bescheidenheit war nie unsere Sache. Nobel soll die Welt zugrunde gehen. Man hat den Bleistift in der Hand und rechnet aus, was sich da um den Nordatlantik aufbaut. 262 Millionen Menschen im „freien" Europa plus 180 Millionen in USA. Da ist der Russe mit seinen 216 Millionen schon mal passé. Und wenn man dann die gemeinsame Produktion an Stahl, Kohle, Elektrizität, Getreide, Autos und Schiffen mit der des Russen vergleicht, muß man ihm nur noch die Statistiken zustellen, damit er einsieht, daß es besser ist, gleich aufzugeben. Das Ei des Kolumbus, der Stein der Weisen ist gefunden. Zumal Afrika durch Assoziation bald einbezogen sein wird. Welch eine Kraft, welch eine Macht, welch eine Wirtschaftskraft, welch eine Militärmacht! Vielleicht kann uns ein afrikanisches Sprichwort noch zur Besinnung bringen: „Geschärfte Schwerter tanzen allein zum Feind."

Die Opferung der Einheit Europas

Doch die „Atlantika"-Idee hat noch eine andere Seite, und das scheint die wichtigere zu sein. Die Sache war, wie man in Schweden sagt, im Sack, bevor sie in die Tüte kam. Die Idee mit der Atlantischen Union stammt aus Amerika, Strauß durfte sie nur in die Welt posaunen. Seit sich abzuzeichnen beginnt, daß Großbritannien der EWG beitreten will, ist für die Amerikaner klar, daß sich in Europa ein so mächtiger Wirtschaftsraum entwickelt, daß man sich irgendwie in einer für Amerika vorteilhaften Weise arrangieren muß. Denn ein Zollkrieg innerhalb der NATO wäre ja keine sehr eindrucksvolle Angelegenheit. Amerika will und muß in das sich abzeichnende Geschäft kommen. Strauß mußte an die Front.

„Nur an der Seite Amerikas kann Europa frei bleiben", verkündete er und opferte damit die Einheit Europas, wie er vorher die Einheit Deutschlands seinen westlichen Rüstungsplänen geopfert hatte. Denn es dreht sich ja nur um Westeuropa. Aber wir müssen den Weg, „den Geschichte und Schicksal von uns verlangen", gehen, meint Strauß. Er meint, daß die einzelnen Mitglieder der Atlantischen Union auf einen Teil ihrer Souveränitätsrechte verzichten müssen, wogegen nichts einzuwenden wäre, wenn dieser Verzicht zugunsten einer Weltorganisation, etwa der UNO, erfolgen würde. Aber worauf die Formel von Strauß hinausgeht, ist unschwer zu erkennen: Es dreht sich um einen Machtzuwachs der führenden Militärs und Wirtschaftskräfte in Europa und Amerika. Indem Strauß davon erzählt, daß der Kalte Krieg wahrscheinlich unsere Generation überleben wird, macht er sich zum Sprecher der wahren Hintermänner seiner Union. Wir sollten sie aus der Abschiedsrede Eisenhowers kennen. Cui bono? fragt der Lateiner. Eisenhower, unter dessen achtjähriger Präsidentschaft 350 Milliarden Dollar für die Rüstung ausgegeben wurden, sagte am 17. Januar 1961: „Für unsere militärische Sicherheit geben wir jährlich einen höheren Betrag aus, als dem Reingewinn aller Wirtschaftsunternehmen der Vereinigten Staaten ent-

spricht. Diese Verbindung riesiger militärischer Einrichtungen mit einer großen Rüstungsindustrie ist eine neue Erfahrung für Amerika. Die Gesamtheit ihres Einflusses — wirtschaftlicher, politischer und selbst geistiger Art — ist in jeder Stadt, jedem Parlament, jedem Amt der Bundesregierung spürbar. Wir erkennen die zwingende Notwendigkeit dieser Entwicklung an. Dennoch dürfen wir es nicht versäumen, die ernsten Folgerungen, die sich ergeben, zu begreifen. Unser Schaffen, unsere Hilfsquellen und unser ganzes Leben sind mit betroffen, ebenso wie die Struktur unserer Gesellschaft selbst. Unsere Regierungsstellen müssen vor jedem übermäßigen, gewollten oder unbeabsichtigten, Einfluß von seiten der Militärs und der Industrie auf der Hut sein. Die Voraussetzung für ein katastrophales Anwachsen falschverteilter Macht existiert und wird weiterhin vorhanden sein. Wir dürfen unsere demokratischen Freiheiten durch eine derartige Gewichtsverlagerung nicht in Gefahr bringen."

Da dürfte nicht mehr viel in Gefahr zu bringen sein. Nach einem Bericht eines Parlaments-Ausschusses in Amerika wurde festgestellt, daß 1400 ehemalige Offiziere in der Industrie untergetaucht sind. Und sie sammeln mittels ihrer alten Verbindungen Aufträge für die Rüstung und sind bestimmt nicht der Ansicht, die Eisenhower am 16. April 1953 so ausdrückte: „Jedes Geschütz, das wir herstellen, jedes Schiff, das vom Stapel läuft, jede Rakete, die wir abfeuern, ist letzten Endes nichts anders als Diebstahl an jenen, die da hungern und nicht genährt werden, die da frieren und nicht gekleidet werden."

Es war kein Zufall, daß sich die westeuropäische Integration von der Schwerindustrie und den Militärs her entwickelte. Der Motor der Atlantischen Union sind die gleichen Kräfte. Hier steht nicht im Mittelpunkt eine Integration mit dem Ziel der Entwicklung zum Weltmarkt hin, sondern hier soll, wie Kennedy in New York vor Industriellen sagte, ein „neues und kühnes Programm" durch Zusammenfügen der Wirtschaftsmacht Amerikas und Westeuropas zur Einkreisung des Kommunismus zur Durchführung kommen. In der gleichen Richtung äußerte sich vor dem Wirtschaftsklub in Chicago Kennedys politischer Chefberater McGeorge Bundy. Indem die NATO das Rückgrat der Atlantischen Union sein soll, wird eine unerhörte Verschärfung und Ausdehnung des Kalten Krieges die Folge sein. Die Blockpolitik, die Spaltung, wird auf allen Linien vorangetrieben werden. Den Amerikanern schwebt vor, Nordamerika, Kanada, Westeuropa und Japan zu einem Wirtschaftsblock zu verschmelzen. Die höchstentwickelten Länder sollen so den Kampf um die sogenannten unterentwickelten Länder in Lateinamerika, Afrika und Asien aufnehmen. Die Spaltung der Welt in drei Wirtschaftsblöcke ist damit vollzogen, wobei die unterentwickelten Länder als die Rohstofflieferanten einem diskriminierenden Preisdruck ausgesetzt sein werden. Schon heute ist ja ihr Anteil am Welthandel in einem Zeitraum, in dem er sich verdoppelte, zurückgegangen. Der aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten erforderlichen Koordination und Zusammenarbeit auf der Grundlage internationaler Arbeitsteilung auf der ganzen Welt wird durch die Atlantische Union die Polarisierung der Wirtschafts- und Militärblöcke entgegengestellt. Die von der Weltherrschaft des Kommunismus reden, erstreben selbst die Weltherrschaft. Ein Jagdrevier für Wirtschaftshaie eröffnet sich hier, wie es die Welt noch nicht gesehen hat. Und die Großen werden, wie in der EWG, sehr fett werden auf Kosten der Kleinen.

Früher sangen die Arbeiter: „Völker, hört die Signale, auf zum letzten Gefecht!" Das singen jetzt bald mit anderer Zielsetzung und Sinngebung die Manager in der Atlantik-AG. Es ist große Gefahr im Anzug. Wenn gewisse „Demokraten" vorgeben, Freiheit und Demokratie so schützen zu wollen, so muß man

ihnen mit Leon Blum sagen: „Die Demokratie braucht keinen Advokaten mehr; ihre Sorge ist es eher, sich vor Übereifer zu schützen und unter ihren Anhängern eine Auswahl zu treffen". Die Menschheit ist trotz aller Gegensätze verschiedenster Art eine Einheit. D a s gilt es ins Bewußtsein zu rücken und in Institutionen auszudrücken. „Denn die menschliche Gemeinschaft der Solidarität", sagt Ferdinand Lassalle, „läßt sich verkennen, aber sie läßt sich nicht aufheben." Danach gilt es zu handeln.

Konni Zilliacus, M. P.

Die Vereinten Nationen in der Perspektive

Mr. Zilliacus, Mitglied der Labour-Partei und Labour-Fraktion, den Lesern der „Blätter" schon aus mehreren Aufsätzen bekannt, war von Dezember 1919 bis Januar 1939 Mitglied der Informationsabteilung im Sekretariat des Völkerbundes. Er gibt heute in Rückblick und Ausschau eine Übersicht über die Vereinten Nationen. D. Red.

1.

Bei der Gründung der Vereinten Nationen war beabsichtigt, den erneuten Aufbau einer umfassenden Weltorganisation in einem besseren und größeren Rahmen vorzunehmen als seinerzeit bei der Gründung des Völkerbundes. Es war der zweite Anlauf, von dem man hoffte, daß er erfolgreich sein werde, weil man aus den Fehlern des ersten gelernt zu haben glaubte.

Wie der Völkerbund, sind die Vereinten Nationen eine Gemeinschaft souveräner Staaten, die einen Vertrag unterzeichnet haben, in dem sie sich verpflichten, ihre Gegensätze mit friedlichen Mitteln auszutragen, gemeinsame Maßnahmen zur Sicherung des Friedens zu ergreifen und zusammenzuarbeiten zur Erreichung ihrer gemeinsamen Interessen. Deshalb sind die UN, wie vorher der Völkerbund, keine kosmopolitische Einheit, die außerhalb und unabhängig von den Staaten funktionierte, die sie bilden. Sie sind diese Staaten plus die gemeinsamen Vertragsverpflichtungen, die sie eingegangen sind, und die internationale Maschinerie der Konferenzen und Komitees, eines Gerichtshofs und eines Sekretariats, die sie eingerichtet haben, um ihre gemeinsamen Absichten zu verwirklichen.

Tun und Lassen der Vereinten Nationen ist deshalb immer das Resultat der Politik der Länder, die sie bilden, insbesondere jener Großmächte, die den meisten Einfluß auf die internationale Entwicklung haben. Die am 15. Januar herausgegebene Erklärung der USA zu den Gesprächen, die zwischen britischen und amerikanischen Vertretern jüngst in Washington stattgefunden haben, bestätigt diese Grundwahrheit, wenn sie sagt, daß „die Vereinten Nationen das sind, was ihre Mitglieder, alle unter ihnen, daraus machen. Deshalb können wir im Rahmen der Vereinten Nationen nicht mehr tun, um den Frieden zu erhalten oder Frieden zu schaffen, als was von der großen Mehrheit der Mitglieder unterstützt wird".

Weil es sich um eine Gemeinschaft souveräner Staaten handelt, hängt die Art und Weise, wie die Vereinten Nationen arbeiten, ebenso wie seinerzeit beim Völkerbund, davon ab, wie die Mitgliedstaaten, insbesondere die Großmächte,

ihre Vertragsverpflichtungen interpretieren. Sie müssen dies nach Treu und Glauben tun, d. h. in dem Bestreben, sie wirksam werden zu lassen.

Die „Satzung" des Völkerbundes beruhte früher und die „Charta" der UN beruht heute auf der Voraussetzung, daß dieses Bestreben bei kritischen Gelegenheiten stark genug wäre, die Politik der Mitgliedstaaten, und insbesondere der Großmächte, entscheidend zu beeinflussen. Aber diese Voraussetzung schlug sich in der „Satzung" anders als in der „Charta" nieder; und es ist diese Differenz, die in der Tat den Hauptunterschied zwischen „Satzung" und „Charta" bildet:

Die politischen Organe der UN sind, wie die des Völkerbundes, eine Vollversammlung, in der alle Mitgliedstaaten mit je einer Stimme vertreten sind und die einmal im Jahr zusammentritt, und ein Rat, der in Abständen zusammenkommt, in dem die (fünf) Großmächte ständige Mitglieder sind und zu dem die Versammlung periodisch (sechs) weitere Mitglieder auf Zeit hinzuwählt. Es gibt zwar ein Überschneiden zwischen der Kompetenz der zwei Gremien, grundsätzlich aber befaßt sich die Vollversammlung mit finanziellen, ökonomischen, sozialen, kulturellen und allgemeinen Fragen, während der Rat in der Beilegung von Streitigkeiten und Angelegenheiten der Erhaltung des Friedens den Vorrang hat. Außer der Verabschiedung des Budgets und bei der Besetzung der verschiedenen Komitees haben die Beschlüsse der Vollversammlung, die mit einer $^4/_5$-Mehrheit gefaßt werden müssen, nur die Kraft von Empfehlungen, während der Rat die Macht hat, bindende Beschlüsse zu fassen. (Im Rat des Völkerbundes bedurfte es der Einstimmigkeit, im Sicherheitsrat ist Einstimmigkeit der fünf ständigen Vertreter, also der Großmächte, plus der Zustimmung von zwei der sechs auf Zeit gewählten Mitglieder erforderlich, außer in Verfahrensfragen, wo eine einfache Mehrheit genügt.)

Der Völkerbund war in der Theorie und die Vereinten Nationen sind in der Praxis eine ökumenische, universale und weltweite Organisation (mit den bemerkenswerten Ausnahmen Deutschland und China). Zwischen den beiden Weltkriegen haben die USA ihre Mitgliedschaft im Völkerbund zurückgezogen, als sich der Senat weigerte, den Versailler Vertrag zu ratifizieren, dessen Teil die Völkerbundssatzung war, die Sowjetunion trat erst spät (1936) bei, in China herrschte Unordnung, westlicher und japanischer Imperialismus beherrschten Asien und Afrika, mit einigen geringen Ausnahmen, und Latein-Amerika zählte noch nicht in der internationalen Politik (und stand außerdem ziemlich stark unter dem Druck der Vereinigten Staaten). Europa war noch der politische und ökonomische Schwerpunkt der Welt.

Diesmal sind die USA und die UdSSR Gründungsmitglieder der Vereinten Nationen, und sie sind die beiden einzigen erstrangigen Weltmächte, in Wohlstand, Hilfsquellen, Bevölkerung und militärischer Stärke Großbritannien weit überlegen, gar nicht zu reden von Frankreich, Italien, Westdeutschland oder Japan. Der Zusammenbruch des Imperialismus im Mittleren und Fernen Osten ist fast komplett, in Afrika steht er unmittelbar bevor. Schon ist in beiden Kontinenten ein Schwarm neuer Nationen entstanden. Latein-Amerikas wirtschaftliche und politische Bedeutung wächst zusehends, und die Auflehnung gegen die Herrschaft des nordamerikanischen big business und dessen Unterstützung für reaktionäre Regimes ist in vollem Gange, kräftig angeregt durch die kubanische Revolution.

Ebenso wie seinerzeit der Völkerbund, verfügen heute auch die Vereinten Nationen über ein kollektives System zur Sicherung des Friedens. Der Grundgedanke dieses Systems ist, Disput und Frieden miteinander zu verbinden und beide von der politischen Seite her anzugehen: Streitende Parteien sind verpflichtet, ihre Meinungsverschiedenheiten mit friedlichen Mitteln zu begleichen und

die guten Dienste der internationalen Gemeinschaft anzunehmen, falls eine der beteiligten Parteien darum ersucht. Nur wenn die streitenden Parteien sich dazu verstehen, kann der strittige Gegenstand verhandelt oder vor den Internationalen Gerichtshof gebracht werden. Sie können also von der Weltorganisation nicht dazu gezwungen werden. Deshalb ist es verkehrt, die UN als eine Art Tribunal anzusehen, das Rechte zuspricht und Gerechtigkeit verteilt. Es wäre zynisch, zu sagen, daß das politische Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten nichts mit Gerechtigkeit zu tun hätte, aber das Hauptanliegen ist Frieden, nicht Gerechtigkeit.

Die internationale Gemeinschaft, d. h. die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, ist außerdem verpflichtet, gemeinsame Maßnahmen zu ergreifen, um eine Partei daran zu hindern, einen Disput oder Zusammenstoß dadurch zu lösen, daß sie der anderen Partei ihren Willen, d. h. ihre eigene Ansicht von ihren Rechten, aufdrängt oder Gewalt anwendet.

Das ist das System kollektiver Sicherheit. Es war als Gegenteil zum „Gleichgewicht der Kräfte" gedacht und sollte dieses ersetzen. Unter dem Gleichgewicht der Kräfte ist jeder Staat nur auf sein eigenes Recht bedacht. Und die Regierungen sind nicht nur berechtigt, sondern man erwartet von ihnen geradezu, daß sie ‚ihre Rechte gegen . . . verteidigen', d. h. anderen Staaten ihren Willen durch Betrug oder Gewalt aufzwingen. So wird auch die „Souveränität" dahingehend verstanden, daß Staatsraison und nationale Interessen höchsten Vorrang haben. Es gibt kein umfassendes gemeinsames Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens oder der Beachtung gewisser internationaler Spielregeln. Jeder Staat versucht, stärker als der mögliche Gegner zu sein, um ‚seine Rechte zu verteidigen', d. h., seinen Willen erfolgreich durchzusetzen. Darum haben internationale Anarchie und Machtpolitik den gleichen Ursprung, sie sind gleichgerichtet und offenbaren sich in rivalisierenden Bündnissen, die das Gleichgewicht der Kräfte durch Wettrüsten aufrechterhalten.

Die Verpflichtung, Sanktionen aufzuerlegen, wie sie in der „Charta" und auch in der „Satzung" niedergelegt sind, kann nur im wirtschaftlichen oder ökonomischen Sinne verstanden werden. Es gibt also keine Verpflichtung, auf militärische Maßnahmen zurückzugreifen, es sei denn, der betroffene Staat hat von sich aus eingewilligt.

2.

An diesem Punkt wird der entscheidende Unterschied zwischen der „Satzung" und der „Charta" deutlich: Nach der „Satzung" stand es jedem Mitgliedstaat frei, für sich selbst zu entscheiden, ob der ‚casus foederis' eingetreten sei oder nicht, d. h., ob die Situation die Beantragung der in der „Satzung" vorgesehenen ökonomischen Sanktionen erforderlich machte. Eine Beratung zwischen Mitgliedstaaten war satzungsmäßig nicht vorgesehen, auch gab es keine Beratung seitens des Rates (obgleich das erstere während des italienisch-abessinischen Konfliktes improvisiert wurde und das letztere in einer Ergänzung zur „Satzung" vorgeschlagen wurde). Dem kollektiven System des Völkerbundes lag der Gedanke zugrunde, daß eine wirkungsvolle Mehrheit von Staaten dann, wenn es darauf ankäme, es als im höheren nationalen Interesse liegend ansehen würde, die Regeln des Rechts aufrechtzuerhalten und gegen die rechtlose Gewalt eines Aggressors die wirtschaftlichen Sanktionen der „Satzung" einzusetzen.

Die Schöpfer der „Charta" hingegen befanden, daß der Fehlschlag des Völkerbundes der Tatsache zuzuschreiben war, daß „jedermanns Sache eben niemandes Sache ist"; die kleinen Staaten waren nicht bereit, das Risiko wirtschaftlicher Sanktionen gegen einen mächtigen Aggressor zu übernehmen, ein Risiko, das

durch die mangelnde Universalität des Völkerbundes (vor allem die Abwesenheit der USA) noch vergrößert wurde.

Die Begründer der „Charta" verpflichteten deshalb alle Mitgliedstaaten, wirtschaftliche Sanktionen, wie sie in der „Charta" vorgesehen sind, aufgrund einer Entscheidung des Sicherheitsrates zu ergreifen. Man sah aber gleichzeitig vor, daß eine Entscheidung „in bezug auf eine Bedrohung des Friedens, Bruch des Friedens und Angriffshandlung" (Präambel zu Kapitel VII der „Charta") die Stimmen aller fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates erforderte, zu denen noch zwei der auf Zeit gewählten Sicherheitsrats-Mitglieder hinzukommen müssen.

Der Kommentar des britischen Auswärtigen Amtes, 1945 veröffentlicht, erläutert, daß die Vorschrift der Einstimmigkeit für alle Entscheidungen im Sinne von Kapitel VII notwendig war, weil a) auf den Großmächten im Falle von Sanktionen das Schwergewicht der Verantwortung liege und es sich keine Großmacht leisten könne, auf Grund der Stimmen anderer Staaten in einen Krieg verwickelt zu werden, und b), weil, wenn eine Entscheidung ohne die Einstimmigkeit der Großmächte getroffen würde, die Mitgliedsstaaten in einen Konflikt mit einer „größeren Macht" geraten könnten, der sich in einen Weltkrieg ausweiten könnte. Wenn das aber geschähe, so zeigt der Kommentar mit typisch englischer Untertreibung auf, „dann hätten die Vereinten Nationen ihren Zweck verfehlt." Später machte es die schwedische Regierung nochmals klar, als sie die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen beantragte, daß Schweden und andere kleine Staaten die Vorschrift der Einstimmigkeit als eine Sicherung ansahen, die wesentlich sei für die Anerkennung ihrer Verpflichtung, Beschlüsse des Sicherheitsrates über die Verhängung wirtschaftlicher Sanktionen zu befolgen. Denn da keine derartige Entscheidung ohne das Zusammengehen aller großen Mächte getroffen werden konnte, gab es keine Gefahr, daß die kleinen Staaten in irgendeinen größeren Konflikt verwickelt werden konnten.

Der Gedanke, der dem kollektiven Friedens-System der UN-Charta zugrunde liegt, ist daher, daß die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, die im Kriege Alliierte waren, auch weiterhin ein überragendes Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens anerkennen würden. Generalsekretär Trygve Lie hat diesen Gedanken in seinem ersten Jahresbericht an die Vollversammlung wie folgt definiert: „Die Charta war begründet auf der Voraussetzung, daß in den wichtigen Angelegenheiten Übereinstimmung zwischen den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates besteht. Die Tatsache, daß die Charta jedem dieser ständigen Mitglieder ein Vetorecht einräumt, erlegt ihnen die Verpflichtung auf, Übereinstimmung untereinander zu suchen. Ich würde meiner Verpflichtung, diesen Bericht vorzulegen, nicht gerecht werden, würde ich nicht die absolute Notwendigkeit betonen, daß die Mächte untereinander Übereinstimmung zu erlangen suchen in einem Geiste gegenseitigen Verständnisses und einem Willen zum Kompromiß, und daß sie ihre Bemühungen nicht eher aufgeben, als bis solche Übereinkommen erzielt sind."

Warum nun haben die führenden Mitglieder der Vereinten Nationen die Charta zu einem Fetzen Papier reduziert und die Welt an den Rand des Krieges gezerrt, indem sie die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates in rivalisierende Militärblöcke eingeordnet haben, durch die sie sich gegenseitig als potentielle Gegner behandeln? Warum haben sie sich jenem Fehlschluß des „si vis pacem, para bellum" ausgerechnet zu einer Zeit hingegeben, wo nukleare Waffen diese Erkenntnis buchstäblich tödlich werden lassen?

Die Antwort darauf ist: Aus denselben Gründen, aus denen einst der Völkerbund zusammengebrochen ist und der völlig unnötige Zweite Weltkrieg, der

immer wieder hätte vermieden werden können, unausweichlich wurde, wenn wir zu unseren Verpflichtungen aus der „Satzung" gestanden hätten:

Als die japanischen Militaristen China angriffen, waren die USA bereit, mit all den Mitgliedern des Völkerbundes eng zusammenzuarbeiten, die wirklich etwas gegen diese Aggression unternehmen wollten. Die Amerikaner standen unter dem Neun-Mächte-Vertrag, der Rest von uns unter der „Satzung". Wir hatten daher die territoriale Unversehrheit und politische Unabhängikeit Chinas aufrechtzuerhalten. Aber das hätte ja den Triumph des chinesischen Nationalismus bedeutet und den Anfang vom Ende des japanischen und westlichen Imperialismus in und um China herum. Also versuchte der damalige britische Außenminister, Sir John Simon, ein Geschäft zu machen zwischen dem britischen und japanischen Imperialismus.

Als Mussolini Abessinien angriff, war Präsident Roosevelt bereit, sich an einem Ölembargo zu beteiligen (von dem der Duce selbst sagte, daß es ihn innerhalb von 6 Wochen zum Stillstand gebracht hätte). Aber das hätte Äthiopien in ein schwarzes Piemont verwandelt und ein afrikanisches „Risorgimento" schon vor 20 Jahren begonnen. Baron Aloisi, der italienische Delegierte in Genf, ist damals herumgerannt, um den Delegierten klar zu machen, daß „il Duce" gesagt habe, das Prestige seines Regimes hänge an seinem äthiopischen Krieg, und es würde zusammenbrechen, würde es dort eine Niederlage erleiden. „Sie wollen doch sicher auch kein rotes Italien?" beschwor er die Westmächte. Laval und Chamberlain wollten es bestimmt nicht. In ihren Augen war dieser Preis zu hoch für die Erhaltung des Friedens. Statt dessen versuchten sie, sich mit Mussolini zusammenzutun, um sich in den abessinischen Kolonialkuchen zu teilen (das Hoare-Laval-Abkommen), was ja gründlich daneben ging.

Wenn wir unsere Pflicht getan hätten, wie es in der „Satzung" festgelegt war, um dem republikanischen Spanien zu helfen, sich gegen den Rebellen Franco und seine faschistischen und Nazi-Helfershelfer zu wehren, oder wenn wir ihm nur erlaubt hätten, das ihm zustehende Recht von Waffenkäufen zur Selbstverteidigung auszuüben, hätten wir auch da den Frieden retten können, aber zum Preise eines sicherlich rosa, vielleicht auch roten Spaniens.

Im Falle der Tschechoslowakei wies Chamberlain damals das Angebot der Sowjet-Union zurück, ein Bündnis zwischen den im Völkerbund vertretenen Großmächten zu schließen (mit dem auch Roosevelt zusammengearbeitet hätte), um weiteren faschistischen Aggressionen Einhalt zu gebieten. Chamberlain begründete dies damit, daß es „Europa spalten" würde. Statt dessen ‚vereinigte er Europa', indem er mit Daladier nach München flog und die Tschechoslowakei für Hitler auf dem Hackklotz festhielt.

Das war dann das Ende der Politik der Verteidiger der alten Ordnung, die die Herrscher der westlichen Welt waren; ihnen war auf Kosten der Demokratie und der „Satzung" nichts zu teuer, und sie befriedigten unter jeglichem Risiko für den Frieden Hitler den ganzen Weg lang bis in den Beginn des Zweiten Weltkrieges hinein. Diese Politik begann mit direkter militärischer Intervention in Rußland, die allerdings ihr Ziel verfehlte, sie setzte sich fort mit wirtschaftlicher, diplomatischer und indirekter militärischer Einmischung in Europa, die unglücklicherweise Erfolg hatte, sie gab der Rechten in Deutschland (eben auch der extremen Rechten) Rückendeckung gegen die Linke, und als diese Politik half, den Faschismus und Hitler zu schaffen, duldete man sein vertragsbrüchiges Aufrüsten stillschweigend und entschuldigte seine Aggressionen.

3.

Ehe der daraus resultierende Weltkrieg zu Ende war, waren die gleichen Kräfte, die immer noch die westliche Welt beherrschen, wieder im Geschäft, aber seit

März 1946 unter amerikanischem Management und in einem weltweiten Maßstab. Und diesmal hatten sie, anstatt faschistische Mächte als „Bollwerke gegen den Kommunismus" zu befriedigen, ihre eigene Anti-Komintern-Achse aufzubauen. Und so stellen sie also ein Auswahl-Sortiment zur Schau von militärischen, royalistischen oder feudalen Diktaturen und reaktionären Regierungen, die alle ‚den Kommunismus bekämpfen'. Sie setzen ihre Hoffnungen auf eine Konsolidierung des kapitalistischen Rumpfes von Europa in NATO und im Gemeinsamen Markt, zahlen dafür mit dem Aufkommen westdeutscher Unnachgiebigkeit, nehmen Militarismus und Irredentismus in Kauf, heißen de Gaulle's Kolonialkrieg in Algerien, den faschistisch-portugiesischen Mord in Angola (beide mit NATO-Waffen) und die anglo-französisch-belgische Unterstützung für den „Union-Minière"-Krieg in Katanga gut. Zu all dem muß noch Präsident Kennedys Attacke gegen Kuba gezählt werden und seine Interventionspolitik im Dienste der reaktionären Puppendiktatoren auf chinesischem Territorium (Formosa und die Pescadores, Matsu und Quemoi), in Südkorea, Südvietnam. Die anglo-amerikanischen Verstrickungen in die Affären ähnlicher Regimes im Mittleren Osten seien gar nicht erst ausführlich erwähnt.

Aber die Länder der sozialen Revolution sind jetzt verantwortlich für 1/3 der Industrieproduktion der Welt, und sie streben an, bald die Hälfte der Weltproduktion zu erzeugen. Militärisch sind sie so stark — und nukleare Waffen sind so tödlich geworden —, daß der Krieg kein Mittel zur Lösung von politischen Differenzen mehr ist. Die meisten der Nationen, die das Joch des Kolonialismus abgeschüttelt haben, ob mit oder ohne Hilfe ihrer Kolonialherren, sind jetzt in den Vereinten Nationen vertreten und bestehen darauf, daß ihre Ansichten, die auf eine baldige Abschaffung des Kolonialismus und auf eine Beseitigung der miltärischen Allianzen und Atomwaffen zielen, durchgesetzt werden. Sie wollen die Prinzipien, Zwecke und Verpflichtungen der UN-Charta für die Beziehungen a l l e r Staaten miteinander beherrschend machen, der großen und kleinen, der sozialistischen und kapitalistischen und auch der Staaten mit gemischten Wirtschaftsformen.

Die Westmächte, die nach dem Kriege die Initiative hatten und die ihre Vorherrschaft in der UN zu dem Versuch benutzten, die Institution ihrer Politik dienstbar zu machen, um die alte Ordnung aufrechtzuerhalten, verfügen nicht mehr länger über die Mehrheit in der Vollversammlung, wo das Gleichgewicht nunmehr von den überwiegend neutralistischen Afro-Asiaten und anderen nicht blockgebundenen Nationen gehalten wird. Diese Staaten sind sehr stark antikolonialistisch, worin sie von den Latein-Amerikanern unterstützt werden.

Kürzlich hat die Vollversammlung einstimmig eine Resolution verabschiedet, die eine baldige Unabhängigkeit für alle noch verbliebenen Kolonien fordert. Die USA stimmten dafür, England, Frankreich, Portugal, Belgien und Südafrika enthielten sich der Stimme. Vom Standpunkt der Afroasiaten aus hat die indische Regierung nur diese Resolution befolgt, als sie die portugiesischen Kolonialisten aus Goa vertrieb, die sich 15 Jahre lang geweigert haben, zu verhandeln, und die jegliche Art von Selbstregierung, gar nicht zu reden von Selbstbestimmung, verweigert haben. Als Mussolini Abessinien angriff, beschwerte er sich u. a. darüber, daß die äthiopische Herrschaft eine Art Usurpation gewesen sei. Es verletzte sein Gefühl, Schwarze ihr eigenes Land auf einem Kontinent regieren zu sehen, der von weißen Imperialisten „betrieben" wurde! Jetzt sitzt der Stiefel am anderen Fuß, und niemand kann länger darüber im Zweifel sein, wie die Afro-Asiaten über die Fortsetzung der Kolonialherrschaft denken, wo auch immer eine solche noch besteht. Und die Latein-Amerikaner teilen diese Gedanken in zunehmendem Maße.

Noch schlimmer: es sieht so aus, als ob die westliche Welt auch im Sicherheitsrat nicht mehr lange die Mehrheit dadurch behalten kann, daß sie die Volkrepublik China von dem ihr zugedachten ständigen Sitz im Sicherheitsrat fernhält, unter der Vorgabe, daß die amerikanische Marionette Tschiang Kai Schek, den die USA in Formosa am Leben erhalten, China repräsentiere. Am schlimmsten von allem aber ist, daß die Völker der NATO-Länder in zunehmendem Maße ihr Widerstreben gegen die ständig zunehmenden Rüstungslasten zeigen. Gleichzeitig wird immer klarer, daß die Positionen ihrer gegenwärtigen Regierungen unreal, unpopulär und unhaltbar sind und von Zeit und Ereignissen unterminiert werden. Ein groteskes Beispiel dafür ist General de Gaulle's majestätische Weigerung, mit der Sowjetunion zu verhandeln, — und dies auf dem Hintergrund seiner offensichtlichen Unfähigkeit, den algerischen Krieg zu beenden, der stückweisen Übernahme seines Regimes durch die OAS (mit der Aussicht auf einen Prozeß, der schließlich an irgendeinem Punkte zum Bürgerkrieg drängt), der farcenhaften Natur seiner Bestrebungen, Frankreich zu einer Atommacht zu machen, und der kürzlich durch eine Gallup-Umfrage enthüllten Tatsache, daß nur 4% der französischen Bevölkerung bereit sind, zu tun, was man „Sterben für Berlin" zu nennen pflegt. (Gallup-Umfragen in England haben gezeigt, daß nur einer unter acht Befragten bereit ist, für Berlin einen Krieg zu riskieren, aber das ist nur so, weil die meisten Leute in England ziemlich sicher sind, daß die Regierung trotz all ihrer Reden, ebenso wie 90% der britischen Bevölkerung, kein solches Risiko eingehen wird.)

Die Verteidiger der alten Ordnung haben sich als äußerst unfähig erwiesen, zu verstehen, daß sie ihre Voraussetzungen, Methoden, ihre ganze Politik ändern müssen. Stattdessen versuchen sie — und der Versuch ist schon zum Scheitern verdammt —, die Herrschaft über die Vollversammlung, die sie verloren haben, wiederzugewinnen, und machen blindlings den Plunder des Kalten Krieges in Europa weiter. Sie setzen ihre Unterstützung reaktionärer Diktaturen und der letzten Überbleibsel des Kolonialismus in Afrika und Asien fort. Auf dieser Linie werden sie in der Welt eine Niederlage nach der anderen erleiden, bis sie schließlich selbst von ihren eigenen Völkern geschlagen werden.

Manfred Forster

Im Bunker stirbt man etwas später

Luftschutz: Selbstbetrug

Das obligate Ziel beschwingt-beschwipster Betriebsausflüge mit obligatem Strohhut und Remidemi, das weinselige Tal der Ahr, ist neuerdings und unversehens um eine Attraktion reicher geworden. Populärer freilich wird es deswegen kaum werden. Denn diesmal ist es alles andere als der fröhliche Dreiklang von Wein, Weib und Gesang, der diese rebenverhangene Felsenlandschaft vor der Tür des Industriereviers an Rhein und Ruhr interessant macht. Die Ahr birgt ein „Staatsgeheimnis". Was alle Auslandsmissionen gewiß längst gewußt haben und folglich in ihren Hauptstädten längst aktenkundig ist — weil es bereits im „Parlamentarisch-Politischen Pressedienst" in Bonn veröffentlicht und dazu im „Hamburger Abendblatt" in einer Auflage von einigen hunderttausend Exem-

planen detailliert berichtet worden war —, das hat nun die tollpatschige Beschlagnahmeaktion gegen den Bildbericht einer westdeutschen Illustrierten mit einem Paukenschlag auch der gesamten Öffentlichkeit der Bundesrepublik zum Bewußtsein gebracht: Unter den freundlichen Rebenhügeln der Ahr, in 50 Meter Felsentiefe, baut die Bundesregierung einen Befehlsbunker für den Atomkrieg!

Daß Bonn solche Anlagen plant und die Mittel dazu beantragt hat, kann man im amtlichen Bundeshaushalt — käuflich in jeder westdeutschen Buchhandlung — ungehindert nachlesen. Da rede man uns doch nicht von Staatsgeheimnis und „fahrlässigem Landesverrat". Was kann denn schon im Staatsinteresse Wahrungswichtiges an einer Sache sein, die sogar dank amtlicher Veröffentlichung soweit bekannt wurde, daß die Moskauer Spatzen es sicherlich bereits vor Wochen von allen Dächern des Kreml pfeifen konnten? Ein ganz anderer Effekt der illustrierten Bildserie über den Bonner Befehlsbunker hat vermutlich jene „hohen Bundesbehörden" so arg aus dem Häuschen gebracht, daß im Morgengrauen Polizistenschwärme mit der Zensurschere die westdeutschen Kioske nach zwei Bildseiten abgrasen mußten: Die Bundesregierung als Bauherr des Befehlsbunkers an der Ahr sah sich vor dem eigenen Volk öffentlich ertappt auf den Pfaden einer Politik am Rande des Abgrundes. Das paßte natürlich gar zu schlecht in das Konzept einer psychologischen Kriegsführung, die allen historischen Grund hat, uns nicht gleich mit der Tür ins Haus zu fallen. Die Überlebenden des Zweiten Weltkrieges im ganzen Deutschland werden kaum Verständnis für eine Politik aufbringen, die sechzehn Jahre nach dem letzten Völkermorden nichts Besseres zu tun weiß, als sich nun auf den Atomkrieg vorzubereiten und sich „luftschutzmäßig" einzugraben. Luftschutz und Befehlsbunker, diese Dinge setzen Krieg voraus. An solchem Wahnwitz haben wir Deutschen uns schon zweimal mehr als die Finger verbrannt. Luftschutz, das ist die Erinnerung an die endlosen Nächte hilflosen Grauens in Bombenkellern und Bunkern, an das Flammenmeer über ganzen Straßenzügen und Stadtvierteln, an die unter Gebirgen schwelender Trümmer rettungslos Begrabenen, — trotz Feuerpatsche und Sandsäcken, trotz Luftschutzwart und Volksbunker. Wer diesem infernalischen Irrsinn entfesselter menschlicher Vernichtungswut und organisierter Ohnmacht noch einmal entronnen war, schwor sich damals: Nie wieder! Ohne den überzeugten Glauben an dieses „Nie wieder!" hätte es das viel berufene westdeutsche „Wunder" niemals gegeben, hätten auch die Amerikaner ihren Dollarsegen vergebens an uns verschwendet, denn woher sonst hätten die Menschen inmitten des deutschen Nachkriegschaos die Zuversicht und Kraft hernehmen sollen, um in anderthalb Jahrzehnten wieder aufzubauen, was der Terror der Bomben in Stunden, oft sogar in Minuten zerstörte, so gründlich, daß es eigentlich für eine ganze Generation reichen sollte. In unseren wiedererstandenen, wirtschaftsblühenden Städten fristeten bis heute die übriggebliebenenBunker als widerwärtige Zeugen einer verbrecherisch-nutzlosen Durchhalte-Ideologie ihre gescheiterte Existenz als Quartier für Asoziale und — zur Schande unseres Wohlstandsrenommees — als letzte Zuflucht der Ärmsten unter den immer noch Wohnungslosen.

Das ist nun freilich inzwischen alles anders geworden. Die Bunker sind — nicht allein an der Ahr — amtlich wieder zu Ehren gelangt; der langjährigen „zweckfremden" Verwertung als immerhin friedliches Notobdach oder als Lager- und Ausstellungshallen wird nun endgültig durch Kündigung und Räumung ein Ende gemacht. Und wer sich damit befaßt, diese lichtlosen Betongehäuse der Angst ihrer ursprünglichen Bestimmung wieder zuzuführen, darf sogar damit rechnen, für diese Beschäftigung öffentlich dekoriert zu werden. Präsident a. D. Sautier, Amtsvorgänger des gegenwärtigen Präsidenten des Bundesluftschutzverbandes (BLSV), Dr. Erich Walter Lotz, wurde als Erster der neuen Luftschutzelite vom

Bundespräsidenten mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Den Glanzrahmen für diese Ordensverleihung lieferte ein Festakt (!) im Camphaussaal der Kölner Industrie- und Handelskammer am 14. Oktober 1960, als die Umwandlung des Bundesluftschutzverbandes (BLSV) aus einem gewöhnlichen „eingetragenen Verein" in eine bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts vollzogen wurde. Festredner Ritter von Lex, damaliger Staatssekretär im Bundesinnenministerium, dem rühmend nachgesagt wird, daß er bereits 1950 (anfangs der Korea-Krise) „die ersten organisatorischen Grundlagen für einen zivilen Bevölkerungsschutz gelegt" und „frühzeitig die Notwendigkeit einer über den zivilen Bevölkerungsschutz hinausgehenden allgemeinen zivilen Notstandsplanung erkannt" habe, feierte in Köln den Luftschutz als „eine der wichtigsten Staatsaufgaben unserer so friedlosen Zeit".

Vom Duffesbach nach Karlsruhe

Man spürt zwischen den Zeilen den bescheidenen Stolz des alten Kämpfers (im Luftschutz), wenn man in dem Rechenschaftsbericht des Luftschutzpräsidenten Dr. Lotz „Schwer war der Weg" (in Nr. 12/60 der regierungsamtlichen Monatszeitschrift „Ziviler Bevölkerungsschutz. Z. B.") der erstaunlichen Entwicklung dieser Institution folgt, — von der Gründung des „Bundesluftschutzverbandes" im November 1951 (trotz eindeutig bestehenden Luftschutzverbotes nach Kontrollratsgesetz Nr. 23!), vom ersten Unterschlupf als „private Organisation" auf einem Hinterhof „Am Duffesbach" im damals noch zerbombten Köln, bis hin zur heutigen Residenz des Präsidiums des BLSV in Karlsruhe. „Manches begann sich zu ändern", so verriet Dr. Lotz in diesem Zusammenhang, „als im Mai 1952 ein Schreiben der drei westlichen Alliierten das strikte Verbot jeder Betätigung auf dem Gebiet Luftschutz — wenn auch zunächst noch in recht zaghafter Form — zurückzog". Ein langer und dorniger Weg mag es für die Ungeduld der Luftschutzbeflissenen gewesen sein „vom Duffesbach nach Karlsruhe" (räumlich kürzer jedenfalls war es vergleichsweise „vom Kaiserhof zur Reichskanzlei"). Gewiß muß sich aber auf diesem Wege erschreckend vieles geändert haben, bevor es möglich war, daß der Luftschutz unseligen deutschen Angedenkens aus der Asche des Nürnberger Verbotes munterer als je aufsteigen konnte zur neuerdings „wichtigsten Staatsaufgabe".

Wie hochwichtig man in Bonn diese Staatsaufgabe zu nehmen gewillt ist, läßt sich an Ausmaß, Aufwand und Taktik jener Propagandakampagne „Luftschutz" ermessen, die inzwischen, gleichsam als Auftakt zur neuen Regierungsperiode, gegen die aufhorchende bundesdeutsche Bevölkerung eröffnet wurde. In Vorträgen, Ausstellungen, Filmen, Leitartikeln und Rundfunk-Fernsehgesprächen wird mit verteilten Rollen und in dosierter Steigerung die „Aufklärung" der Öffentlichkeit vorangetrieben. Pausenlos wird unbefangenen Bürgern zunächst das Drohende der Gefahren unserer gewiß „friedlosen Zeit" eingebleut, bis sie reif sind zu der verschreckten Frage: „Wie kann ich das alles überleben?" Die Antwort darauf hat sich unser Staat etwas kosten lassen: Über zwei Millionen DM hat die Bundesregierung ausgeworfen, um eine Broschüre herauszugeben und in 16 Millionen Exemplaren an alle Haushaltungen kostenlos zu verteilen, die den Titel trägt: „Jeder hat eine Chance."

Spekulation mit der Naivität

Diese Schrift macht uns lakonisch mit der Möglichkeit eines zukünftigen Krieges, sogar „mit atomaren biologischen und chemischen Waffen", vertraut. „So verheerend die Wirkung solcher Waffen ist" (mehr von dieser schrecklichen Wirklichkeit zu sagen, hielten die Verfasser nicht für geraten), so erschütternd

lächerlich mutet schließlich der Versuch an, die Leser anzuweisen, wie sie sich „in Familie, Haus und Betrieb schützen können." Ob nun die Regierung auf ihre propagandistischen Kosten kommen wird, erscheint noch höchst zweifelhaft. Auf die Naivität und Gedankenträgheit der „breiten Masse" zu setzen, zahlt sich nicht immer in politischem Erfolg aus; dies ließ die erste Reaktion des kleinen Mannes auf die Bonner Postwurfsendung exemplarisch ahnen, der sie mit Spott und Hohn quittierte, weil sie ihm nicht mehr hinterläßt als eine fatale Ratlosigkeit.

Wer nicht mit völlig verschlossenen Augen und Ohren durch unsere Welt geht, weiß heute mehr von den furchtbaren Ziffern der nuklearen Vernichtungspotenzen, die den beiden großen Weltmächten zur Verfügung stehen, als seinen Luftschutzratgebern lieb sein kann. Die Übriggebliebenen von Hiroshima und Nagasaki haben dafür gesorgt, daß der Untergang ihrer Städte uns allen zum Begriff des atomaren Schreckens wurde. Er wurde zum untrüglichen Maßstab des zu erwartenden Infernos in einem Zukunftskrieg beim gegenwärtigen waffentechnischen Stand des internationalen Wettrüstens. Es ist bekannt, daß die Hiroshima-Bombe eine Sprengkraft von etwa 15 000 Tonnen Trinitrotoluol (TNT) besaß, das heißt, die zusammengeballte Energie eines der schlimmsten Explosionsmittel, die in der Lage war, eine Großstadt völlig zu vernichten. Es ist interessant, zum Vergleich hierzu wissenschaftlich fundierte Daten von heute heranzuziehen. Im Rahmen einer Betrachtung über die „Allgemeine und totale Abrüstung", veröffentlicht im November-Heft 1961 dieser „Blätter", versichert der amerikanische Wissenschaftler und Chemie-Nobelpreisträger Prof. Dr. Linus Pauling eindringlich: „Es ist möglich, die Größe der über uns schwebenden Gefahr einigermaßen genau abzuschätzen. Ich glaube, daß die Vereinigten Staaten von Amerika gegenwärtig einen Vorrat von Atombomben von insgesamt 100 000 Megatonnen besitzen. Das ist eine Menge, die fünf Millionen mal so groß ist wie die, die während des Zweiten Weltkrieges für die Zerstörung einer großen Stadt, wie etwa Hamburg, eingesetzt wurde." Die letzthin erprobte Superbombe der Sowjetunion hatte allein 50 Megatonnen,das sind 50 Millionen Tonnen gewöhnlichen TNT-Sprengstoffes. Demnach ist die Sprengkraft einer einzigen sowjetischen Superbombe dieser Größenordnung mehr als 2500mal so groß wie die Bombe von Hiroshima. Im übrigen ist den Sowjets nach ihren Verlautbarungen auch die Herstellung von 100-Megatonnen-Bomben kein Problem mehr. Wir sollten uns also keiner Täuschung darüber hingeben, daß die Sowjetunion im Kriegsfalle technisch durchaus in der Lage sein dürfte, „ganze Länder zu vernichten, die ihr Gebiet für amerikanische Militärstützpunkte rings um die Sowjetunion und um sonstige sozialistische Länder zur Verfügung stellen", wie es der sowjetische Verteidigungsminister Marschall Malinowski gemäß FAZ-Bericht vom 24. Januar wörtlich in einem „Prawda"-Interview ausgesprochen hat.

Es ist sicher, auf beiden Seiten unserer in Ost und West zerrissenen Welt lagern Atomwaffenvorräte von unvorstellbarer Vernichtungspotenz, — und unaufhaltsam wird weiter wettgerüstet! Es wäre widersinnig, zu hoffen, daß hier oder dort an den Vorräten von Supervernichtungsmitteln gespart werden würde, wenn es wirklich zum „Ernstfall" kommen sollte. Für diesen Ernstfall kalkulierte schon 1956 die NATO-Übung „Carte blanche" stocknüchtern etwa 150 „feindliche Atombomben" auf deutsche Städte ein. Zerstörungswirkung, umgerechnet auf die Bomben heutigen Kalibers, siehe oben . . . Wenn unser Bundeskanzler es dennoch fertig gebracht hat, diese Bomben der Menschheitsvernichtung als eine „Art weiterentwickelter Artillerie" zu verniedlichen, so kann man das Urteil über eine solche Äußerung wohl kommentarlos jedem Leser überlassen. Dem potentiellen Obersten Kriegsherrn Westdeutschlands wäre überdies anzuraten, sich von Peter von Eckardt, Sohn des Bundespressechefs, berichten zu lassen, wie

Menschen denken und sprechen, die einmal — nur zur Probe — ein Exemplar dieser „Art weiterentwickelter Artillerie" näher kennen gelernt haben. Als Journalist hat von Eckardt gemeinsam mit US-Soldaten einen Atomtest 5 km vom Explosionsherd entfernt in einem Betonbunker erlebt. Von Eckardt, der die Reaktion der Soldaten nach der Explosion geschildert hat, wird in dem Aufsatz des Bundestagsmitglieders Professor Karl Bechert, „Ist Bevölkerungsschutz im Atomkrieg möglich?" (Heft 1/1958 der „Blätter"), wie folgt zitiert: „Keiner weiß etwas zu sagen. Da gibt es nichts mehr zu sagen. Nur ein Hauptmann meint: ‚Boys, we better quit and become Christians again!' (Jungs, besser wir hören auf und werden wieder Christen!)."

. . . bedeutet die totale Vernichtung

So also empfinden Menschen, harte Soldaten, die immerhin unter optimalen Schutz- und Sicherungsbedingungen rein „studienhalber" die Explosionswirkung einer gewöhnlichen Atombombe (und keiner Superbombe heutiger Produktion!) zu spüren bekommen haben. Verglichen mit diesen A-Waffen bedeuten dagegen gemäß wissenschaftlicher Einschätzung die H-Waffen das Maximum an Zerstörungspotenz, praktisch die totale Vernichtung. So vertrat Professor Bechert schon 1958 in seinem vorerwähnten Aufsatz in den „Blättern" den Standpunkt, die Wirkungen der Wasserstoffbomben seien (hinsichtlich Druckwirkung, Hitze, radioaktiver Strahlung und Verseuchung) grundsätzlich zwar von derselben Art wie bei der Kernspaltung, nur im Ausmaß viel schrecklicher. Wörtlicher heißt es in diesem Zusammenhang: „Die Standard-Wasserstoffbombe hat eine Energieentwicklung, die tausendmal größer ist als die Standard-Atombombe, sie entspricht 20 Millionen Tonnen TNT, das ist $^1/_{50}$ der gesamten Erzeugung an elektrischer Energie auf der Erde im Jahr, freigemacht durch die Explosion einer einzigen solchen Bombe in einem winzigen Bruchteil einer Sekunde!" Bechert beschließt seine Ausführungen über die zerstörungstechnischen Effekte der H-Bomben mit der Feststellung: „Dies alles ist die Wirkung einer einzigen Wasserstoffbombe. Fällt sie auf eine Großstadt, so ist mit Millionen von Toten zu rechnen. Die Stabsübung ‚Schwarzer Löwe' vom Frühjahr 1957 setzte voraus, daß auf Mitteleuropa 100 Wasserstoffbomben gefallen seien. Mit den Kreisen tödlicher Verseuchung von sechs (!) geeignet gesetzten Wasserstoffbomben kann man aber schon die ganze Bundesrepublik bedecken!" Soweit waren wir nach Professor Bechert bereits 1958, vor heute vier Jahren. Inzwischen ist aber die Entwicklung der nuklearen Vernichtungstechnik hüben und drüben nicht stehen geblieben . . . So wie die Dinge heute stehen, meint der bereits oben zitierte kalifornische Wissenschaftler Linus Pauling in der illustrierten Wochenzeitschrift „Stern": „Einen Monat nach Ausbruch eines Atomkrieges werden in den USA und in der Sowjetunion noch je 10 Millionen Menschen leben — und auch die nur noch kurze Zeit. 170 Millionen Amerikaner sind sofort tot." Pauling zieht daher aus diesem entsetzlichen Ergebnis seiner wissenschaftlichen Überlegungen die einzig logische (und menschenwürdige) Konsequenz, wenn er sagt: „Unser Bunkerbau fordert die Russen geradezu heraus, ihre Atombombenvorräte zu vergrößern. Wir sollten also keine Bunker bauen, sondern unsere Energie und unser Geld dafür einsetzen, die totale Abrüstung voranzutreiben — solange wir noch Zeit haben." Der Ernst dieser unausweichlichen Schlußfolgerung (wenn wir wirklich überleben wollen) wird wohl kaum gemildert werden können durch die Tatsache, daß selbst der US-Verteidigungsminister McNamara vor dem Unterausschuß des Abgeordnetenhauses für Militäroperationen die Meinung vertreten hat, bei einem Großangriff mit Wasserstoffbomben auf die USA müsse damit gerechnet werden, daß mindestens 50 Millionen Amerikaner getötet und etwa

20 Millionen schwer verletzt werden. Mit „nur" 70 Millionen Bombenopfern in seinem eigenen Lande, bei einem einzigen Angriff, rechnet also selbst McNamara, der amerikanische Kollege unseres Bundesverteidigungsministers Strauß.

Chaos unter dem Atompilz

Aber „wichtigste Staatsaufgabe" in der Bundesrepublik ist ungeachtet all dessen nicht etwa Abrüstung, Abbau aller strategischen und politischen Gefahrenherde, Räumung unseres Landes von explosiven NATO-Stützpunkten und Atomsprengkopf-Lagern, sondern — Luftschutz! Man macht uns den Luftschutzbunker fast attraktiv: ausgestattet wenigstens mit der behelfsmäßigen Mindestgarnitur von Sitz- oder Liegemobiliar, Wolldecken, Verbandspäckchen, Hausapotheke und anderem, wie gehabt; dazu für Fortgeschrittene den originellen „Eichhörnchen"-Freßkorb und, nicht zu vergessen, einen Flaschenöffner (. . . und darauf einen Dujardin!). Was bleibt von dieser Gartenlauben-Idylle eines atomgeschützten Bunkerplätzchens mit Liegestuhl und Hausapotheke, wenn man sich ein Bild von den voraussichtlichen Realitäten eines echten Atomfalles zu machen versucht? „Die Welt stirbt in vier Sekunden", so überschrieb die „Revue" im November 1961 ihre Bildserie über Superbombe und Luftschutz. Die Probe darauf, ob diese Rechnung auf die Sekunde genau stimmt, möge der Menschheit erspart bleiben. Unbestritten ist jedenfalls heute schon, daß der Zeitunterschied zwischen Abschuß und Detonation der todbringenden Atomrakete nur noch eine Frage von Minuten ist. Es ist absurd, sich vorzustellen, daß in diesem relativ winzigen Spielraum von Zeit die Gefahr erkannt, das Warnsystem in Gang gesetzt, die angstgepeitschte Riesenmasse einer Großstadtbevölkerung (bei Nacht oder mitten aus der Tagesarbeit heraus) in die „rettenden" Bunker dirigiert werden soll, — vorausgesetzt überhaupt, daß die Warn- und Luftschutzeinrichtungen technisch noch funktionieren oder im Einsatzfalle personell tatsächlich besetzt sind und bedient werden! Von den Toten des Detonationszentrums ganz abgesehen — nicht ein verschwindender Bruchteil der Bevölkerung würde lebend die öffentlichen Luftschutzräume erreichen. Wer je etwas von den Schreckensszenen im Feuersturm über Dresden und Hamburg — ausgelöst durch lediglich „herkömmliche" Waffen — gehört hat, wird wissen, daß diese Minuten vor dem atomaren Pilz über den Dächern jede Stadt schon vor ihrem Untergang in ein Chaos ohne Beispiel verwandeln würden.

Und die Restbevölkerung, die sich trotz allem zum nächsten Bunker durchgekämpft und sich schließlich auch noch mit Erfolg durch den Tumult am Eingang hindurchgeboxt und -gebissen hat, was hat sie nun erreicht? Sie ist gerettet, sagen die professionellen Optimisten, und verweisen stolz auf die meterdicken Stahlbeton-Wände, auf Luftschleusen, künstliche Belüftung und Entgasung. Die Optimisten vergessen aber in ihrem Eifer, davon zu reden, daß ein solcher Muster-Bunker allenfalls gegen die ungeheure Druckwelle der Explosion und gegen die ihr folgenden Trümmer und Brände einen entsprechenden Schutz bietet. Der ersten Druck- und Hitzewelle und der radioaktiven Strahlung folgt die radioaktive Verseuchung, und diese ist bei der H-Bombe noch weitreichender, noch intensiver und schrecklicher als bei der A-Bombe. Die Luftschutzprospekte empfehlen allgemein, sich auf einen eventuellen Bunkeraufenthalt von zwei Wochen einzurichten. Die existenzgefährdende Verseuchung der Luft, der pflanzlichen und tierischen Lebensmittel, des Bodens kann aber nach derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnissen Monate, auch Jahre fortdauern. Die „Geretteten" werden also die Wahl zwischen zwei Risiken haben: Entweder auf unbestimmte Zeit im Bunker auszuhalten, möglicherweise jahrelang, höchstens allerdings so lange, wie Sauerstoff, Lebensmittel, Wasser, Heizung, Licht ausreichen, wenn nicht der

Ausbruch von Seuchen, Massenwahnsinn, Mord und Totschlag in einem auf engstem Raum unter unvorstellbar primitiven Bedingungen zusammengepferchten Menschenhaufen das Ende des „Schutzaufenthaltes" vorverlegen, — oder aber den Bunker vorzeitig zu verlassen, um im Freien zugrunde zu gehen. Freilich, eines kann man den am Reißbrett fieberhaft schaffenden Luftschutzbaumeistern objektiverweise nicht absprechen: Im Bunker stirbt man etwas später! Um so früher sind aber diejenigen dran, die sich nach der Gebrauchsanweisung „Jeder hat eine Chance" ein vorschriftsmäßiges Deckungsloch (1,60×0,60 m) geschaufelt haben, behelfsmäßig unter den Tisch des Hauses kriechen oder gar kaltblütig mit der Aktentasche über dem Kopf dem Inferno trotzen sollen.

Geschäfte mit der Bunkerhysterie

Mag also auch der Idealbunker am Katastrophentage nicht mehr Sinn haben als der klassische Strohhalm für den Ertrinkenden, so darf es nicht wundern, wenn Menschen im geeigneten Stadium der Atom-Panik aller Vernunft zuwider selbst nach jenem gedroschenen Stroh greifen, das von dem Slogan „Sicherheit durch Luftschutz" übrig bleibt. In Amerika (immer noch das führende Land des Westens) ist es bereits soweit. Präsident Kennedy erklärte am 25. Juli 1961 im amerikanischen Fernsehen, die Regierung werde jeden Bürger wissen lassen, „welche Maßnahmen er unverzüglich ergreifen kann, um seine Familie im Falle eines Angriffs zu schützen". Hysterische Artikel folgten darauf in den großen amerikanischen Illustrierten, mit den naivsten Verhaltensmaßregeln „im Falle eines Angriffs". Schlagartig war auf Parties und Supermärkten „die Bombe" das Gespräch. Das Problem des Strahlenschutzes beherrscht seitdem das Land. Allein in einem Staat der Ostküste wurde innerhalb von drei Tagen eine Auflage von 200 000 Flugblättern über den Bau von Luftschutzkellern unters Volk gebracht. Walter Lippmann, der amerikanische Publizist, gab diesem Phänomen den passenden Kommentar: „Das ist der Weg, wie eine Panik ausgebrütet wird." Es muß schon schlimm sein, wenn sogar die in Kritik an den USA zurückhaltende Frankfurter Allgemeine (vom 14. 11. 1961) findet, daß dort „die Diskussion um die Vorbereitung auf die Bombe Züge der Hysterie" zeigt.

Die besten Nerven in diesem Irrsinnstreiben um die Chance des Überlebens hatten jedenfalls jene Geschäftsleute, die alsbald im Anzeigenwald der New Yorker Zeitungen den „Fall-out Shelter", den Luftschutzkeller, in allen Preislagen auf den Markt brachten, vom Eigenbau bis zu dem mit Bar und Fernsehtruhe veredelten Luxusappartement unter Tage. Der clevere Instinkt fürs Große Geschäft bat die Hysterie zur Kasse, und sie zahlt jeden Preis. Die Umsatzziffern sind nicht von Pappe. Woche für Woche würden über 5000 strahlensichere Fertigbunker gekauft, wußte die Fernseh-Zeitschrift „Hör zu" im November zu berichten. Man liest von Preisen zwischen 600—2000 Dollar je Bunker. Auch in der Bundesrepublik ist das Geschäft mit der Angst nach amerikanischem Vorbild inzwischen angelaufen. Nach einer Notiz in der FAZ (18. 12. 61) wurden u. a. bisher in Bayern und Nordrhein-Westfalen insgesamt acht Schutzbunker gebaut, je Stück für 15 000 bis 18 000 DM. Ihre Besitzer seien Industrielle, ein Opernsänger und ein hoher Politiker. Kein Grund zum Neid für die Masse der bundesdeutschen Durchschnitts-Staatsbürger: auch die Millionäre und die Prominenten von Politik und Bühne hätten vom Tage X ab keine andere Chance, als etwas später zu sterben.

Der Wahnsinn kostet unser Geld

Nicht nur von den Prominenten-Aufträgen wird bei den Bunkerbaufirmen und -ausstattern bald der Kamin rauchen: Das ganz große Geschäft wird das kom-

mende Gesetz über den Schutzraumbau, das Bundesinnenminister Höcherl in diesen Tagen im Bundestag einbringen will. Danach muß damit gerechnet werden, daß vom Frühjahr 1962 an der Einbau von Luftschutzräumen zur P f l i c h t gemacht wird. Nach einer Meldung der „Deutschen Zeitung" (25. 11. 61) soll der Bundesluftschutzverband die Kosten der ersten Phase des Schutzraumbaues — soweit die Finanzierung von der öffentlichen Hand übernommen wird — auf 10 Milliarden DM geschätzt haben. Das allein gibt jedoch noch keine Vorstellung von den voraussichtlichen Gesamtkosten dieses Projektes, da nicht bekannt ist, wieviele Bauphasen im ganzen benötigt werden. Andere Schätzungen sprechen jedenfalls konkreter von mindestens 300 Milliarden DM, die für die Versorgung der westdeutschen Großstadtbevölkerung mit Atombunkern zur Verfügung stehen müßten. Rechnet man diesem Posten die weiteren vielen Milliarden für das erforderliche komplette Arsenal an Warn- und Schutzeinrichtungen, Strahlmeßstellen, Funk- und Sendedienststellen, für Notkrankenhäuser, Hilfsfeuerwehren, Arznei- und Lebensmitteldepots, Fahrzeugparks, Geräte, Ausrüstung und schließlich das ganze Personal hinzu, dann ergeben sich für die bankrotte Idee „Luftschutz im Atomzeitalter" phantastische Unsummen an Totalkosten. Der Steuerzahler wird vermutlich nicht lange auf die Rechnung zu warten brauchen, die ihn seine eingebildete „Überlebenschance" in Bundesdeutschland kosten wird.

Die westdeutsche Öffentlichkeit verdankt der bajuwarischen Ungezwungenheit des SPD-Fraktionsvorsitzenden Dr. Wilhelm Hoegner ein beachtenswert offenes Wort, der gemäß „Freie Presse" vom 10. 11. 61 vor dem Rechts- und Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages rund heraus erklärt hat: „Das ist alles für die Katz und das Geld hinausgeworfen." Der Bau von Luftschutzräumen habe nur einen Sinn für Leute, „die diese Schutzräume für 10 000 Mark und mehr verkaufen". Es sei „ein Verbrechen, das Volk zu belügen". Man könne nur immer wiederholen, daß im Atomkrieg jeder Luftschutz sinnlos sei, „da kommt keine Maus durch, geschweige denn ein Mensch". Das ist nichts als die ungeschminkte Wahrheit, und der Name Hoegner bürgt ja wohl dafür, daß sie nicht aus dem Munde eines „subversiven Kommunisten" stammt, sondern von einem bis zur Stunde gänzlich „unverdächtigen" führenden Politiker. Daß dieser mutige Mann freilich bislang als einziger innerhalb seiner politisch-parlamentarischen Größenordnung in der Bundesrepublik mit so unverblümter Schärfe Kritik an dem gefährlichen Unfug der westdeutschen Luftschutz-Politik geübt hat, ist im übrigen ein Armutszeugnis für das Schweigen oder gar Mitmachen aller anderen, das sich weder seine namhaften Parteifreunde noch seine parlamentarischen Kollegen auf Landes- und Bundesebene gern hinter den Spiegel stecken werden.

L u f t s c h u t z a l s k a l t e M i l i t a r i s i e r u n g

Es ist nach allen wissenschaftlich bekannten Tatsachen über die totale Aussichtslosigkeit eines sinnvollen technischen Bevölkerungsschutzes nicht mehr anzunehmen, daß es an maßgebender Stelle in Regierung und Parlament Westdeutschlands noch irgend jemand gibt, der selbst ernsthaft an den „Atomluftschutz" glaubt, mit dem man — um mit Hoegner zu sprechen — „das Volk belügt". Unter diesen Umständen muß aber mehr und mehr der Verdacht zur Gewißheit werden, daß, wer „Luftschutz" predigt, in Wirklichkeit die psychologische Aufrüstung der Bevölkerung meint. Seit rund zwölf Jahren hören wir aus Bonn die ewig gleichen Beschwörungsformeln: Wir müssen stark sein gegen die Bedrohung aus dem Osten. Soldaten, Waffen, Atomsprengköpfe (und natürlich Geld) brauchen wir, um das Abendland, die Freiheit und den Frieden zu schützen. Wir waren demnach schon seit Jahr und Tag aus dem Osten bedroht (anno 1939 und früher schon konnte man es ähnlich in Goebbels' Leitartikeln

lesen). Aber wer hat bis vor kaum einem halben Jahr vom Bundesluftschutzverband etwa mehr als den eingetragenen Vereinsnamen gekannt? Warum wird nun binnen Wochen plötzlich der „Luftschutz" mit soviel Hast und Aufwand aus seinem langjährigen Hintergrunddasein in den politischen Vordergrund manövriert? Muß es nicht stutzig machen, daß bei uns Kräfte am Werk sind, denen die Fakten des Kalten Krieges — mal die sowjetischen Atomtests, mal die Berlin-Krise, mal die „Mauer" — offenbar gerade gut genug sind, die westdeutsche Öffentlichkeit Schritt für Schritt in eine panische Atomangst und Bunkerpsychose hineinzusteigern? Schon seit Jahren verfügen die Russen über ein ansehnliches Atomwaffenlager. Und eine Volksarmee gab es jenseits der „Mauer" auch schon vor dem 13. August 1961. Aber jetzt erst hat Bonn sich entschlossen, die „Notwendigkeit des zivilen Bevölkerungsschutzes" in dem ganzen Ausmaß ihrer offenbar unaufschiebbaren Dringlichkeit zu entdecken. Nein, hier stimmt etwas nicht. An der spektakulären Staatsaktion „Luftschutz" ist etwas faul.

Ein neuer Milliarden-Rekord für die Rüstung

Der Gedanke des Luftschutzes kann im Ernst nur jenen Kreisen dienen, denen die totale Aufrüstung Selbstzweck und wichtiger als alles andere ist. In das machtpolitische Programm dieser Leute paßt eine weltweite Entspannung nicht hinein, die sich die Menschheit von kommenden internationalen Verhandlungen brennend erhofft. Nicht ein Volk, das sich der Möglichkeit echter Verständigung bewußt ist, sondern nur ein Volk, dem man klar macht, daß möglicherweise ein unausweichlicher Krieg ausbrechen könnte, ist in seiner Panik bereit, auch zu den schwersten Opfern für die Aufrüstung Ja zu sagen (oder mindestens zu schweigen). Allein für die Verteidigung sind im neuen Etat 16,5 Milliarden DM, rund 50% der Gesamtausgaben, veranschlagt. Gibt es dazu schließlich noch einen kompletten „zivilen Bevölkerungsschutz", dann ist das Wettrüsten und selbst die Gefahr eines Atomkrieges doch nur „halb so schlimm": Wenns wirklich schief geht, dann hat doch im nächsten Bunker „jeder eine Chance". — Hier gilt für unsere westdeutsche Situation, was Professor Linus Pauling in einer amerikanischen Fernsehsendung zum Luftschutz und zur Vorbereitung der Zivilbevölkerung auf den Atomkrieg in den USA ablehnend sagte: „Diese Bemühungen sind Teil des Militarismus und der psychologischen Kriegführung."

Und ein Maulkorb für die Kritik

Um diese Form der Militarisierung unserer öffentlichen Meinung mit dem nötigen Tempo und auf größter Breite voranzutreiben, will man es in der Bundesrepublik an deutscher Gründlichkeit sichtlich nicht fehlen lassen. Wie schon in der Presse verlautet, hält Bundesinnenminister Höcherl schon ein ganzes Bündel von Gesetzentwürfen „für Notzeiten" bereit; sie sollen zu Beginn dieses Jahres noch über die parlamentarische Bühne gehen; darunter sind das Schutzraumgesetz, das Selbstschutzgesetz, das Evakuierungsgesetz und, in einem Aufräumen, das längst präparierte Notstandsgesetz. Höcherl will die verpönte Bezeichnung „Notstandsgesetz" in „Gesetz für die innere Sicherheit" umtaufen. Es ist nicht bekannt, ob der Minister damit möglicherweise zum Ausdruck bringen will, daß es sich hier um eine gesetzliche Handhabe solcher Art handelt, die ihn in Zukunft wirksamer gegen „innere" Kritik und Opposition sichern soll. Es wäre jedenfalls nicht auszudenken, wohin es bald führen müßte, wenn sich unter der Peitsche eines solchen Gesetzes wieder einmal das große Schweigen bei uns ausbreiten würde. Dann gäbe es auch in absehbarer Zeit wieder hier die „Marschierer" und dort die „Defaitisten" (die nicht mitmachen wollen). Klingt es nicht heute schon wieder ganz nach „übler Defaitist!", was in den Zwischentönen

des folgenden Zitats unheilbringend mitschwingt: „Wer keinen Anteil nimmt, der ist bei uns kein stiller Bürger, der ist ein schlechter Bürger. Wer gleichgültig beiseite steht, macht sich schuldig!" So nämlich sprach schon im Oktober 1960 Präsident Dr. Lotz in Köln an der Spitze seines Luftschutzverbandes von den Menschen, die in punkto Luftschutz anderer Meinung sind.

Aber noch sollte uns nichts hindern, in aller Deutlichkeit zu sagen: Dr. Lotz und seine Luftschutzpolitiker sind auf dem falschen Wege. Sie führen das Volk in die Irre. Luftschutz gibt ebenso wenig Sicherheit wie der pathologische Krampf des ewigen Wettrüstens. Sicher will auch das russische Volk „überleben". Warum aber gibt es in der ganzen Sowjetunion, wie es heißt, keinen einzigen Bunker (auch keinen Befehlsbunker)? Sollen wir uns von den Sowjets an nüchterner Einschätzung der Perspektiven des Atomkrieges übertreffen lassen? So wie der Atomkrieg ein ausgemachter verbrecherischer Wahnsinn wäre, so ist heute der Luftschutz und der zivile Bevölkerungsschutz ein organisierter Selbstbetrug. Unsere einzige Chance zu überleben ist nicht der Bunker, sondern der Frieden, aber nicht der täglich bis zum Erbrechen zum Fenster hinaus deklamierte. Es ist der Frieden als reales Produkt eines entschlossenen und allgemeinen Umdenkens in den Kategorien der Außenpolitik zwischen Ost und West, der Frieden ehrlich gewollter internationaler Verständigung. Dann brauchen die läppischen 6000 Luftschutzsirenen über Westdeutschlands Dächern sicherlich niemals mehr zu heulen.

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

Notizen aus Norwegen

In unserer Zeit, wo die Presse auch in den demokratischen Staaten oft sehr einseitig ist, kann es von Bedeutung sein, Mitteilungen und Gesichtspunkte von Personen zu hören, die die öffentliche Auffassung nicht vertreten.

Ich will versuchen, den Lesern der „Blätter für deutsche und internationale Politik" etwas über Norwegen zu erzählen, das den Deutschen vielleicht nicht bekannt ist. Wir in Norwegen kennen die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland fast nur durch die NATO-Presse, und es ist wahrscheinlich auch umgekehrt so, daß das Bild von Norwegen, das die Deutschen haben, ebenfalls von NATO-Zeitungen gemalt ist.

Ein norwegischer Pfarrer, der viele Jahre lang nach dem Kriege in Deutschland gearbeitet hat, sagte hier in Oslo in einem öffentlichen Vortrag: „Es scheint mir, als wünschte man hier in Norwegen nicht, wirkliche Informationen über die Verhältnisse in Deutschland zu bekommen." Er dachte dabei speziell an den Einfluß der alten Nazisten.

Lassen Sie mich zuerst an unsere Stellung gegenüber der NATO denken. Beim Lesen fast aller norwegischen Zeitungen kann man den Eindruck bekommen, als wäre die ganze Bevölkerung Norwegens überzeugte NATO-Anhänger. Nur die sehr kleine kommunistische Zeitung „Die Freiheit" und die kleine Wochenzeitung „Orientering" sind offizielle NATO-Gegner. In unserem Reichstag (Stortinget) scheinen 148 von den 150 Mitgliedern NATO-Anhänger zu sein.

Dies gibt aber kein richtiges Bild der Situation. Leitende Politiker haben gesagt, sie seien überzeugt, daß die Mehrzahl des Volkes NATO-Anhänger sind, und unsere einseitige Presse vermittelt den Eindruck, als wenn das wirklich so wäre. Aber ich meine, daß mindestens 40 % der Bevölkerung jetzt Gegner des NATO-Anschlusses sind. Auch eine Gallup-Untersuchung deutet darauf hin.

In unserem Reichstag haben die Sozialdemokraten („Die norwegische Arbeiterpartei") jahrelang die Mehrheit gehabt. Im vergangenen Herbst geschah aber etwas ganz Bemerkenswertes. Vor den Reichstagswahlen, die jedes vierte Jahr stattfinden, wurde eine kleine neue Partei gegründet. Dies machten einige jüngere Menschen, die aus der großen Arbeiterpartei ausgetreten waren, und viele andere, die mit der Politik der Arbeiterpartei unzufrieden waren. Sie gründeten die „Sozialistische Volkspartei". Allgemein glaubte man, diese Partei würde natürlich nicht einen einzigen Repräsentanten in den Reichstag bekommen, und selbst unser kluger Staatsminister sagte, es liege ganz außerhalb der Möglichkeiten, daß die „Sozialistische Volkspartei" auch nur einen einzigen Vertreter im Storting bekommen könnte.

Trotz aller Wahrsagungen wurden dann doch zwei Abgeordnete der „Sozialistischen Volkspartei" gewählt. Und das machte, daß die große Arbeiterpartei ihre absolute Mehrheit verlor. Das Verhältnis nach den Wahlen sieht so aus: 74 verschiedene bürgerliche Repräsentanten, 74 Arbeiterparteileute und zwei Vertreter der „Sozialistischen Volkspartei".

Die Mehrheit der Arbeiter ist also gesichert, aber die neue Partei stimmt im Reichstag gegen NATO und gegen neue Bewilligungen für Militärausgaben, und sie verlangt den Austritt Norwegens aus der NATO. Ich glaube, daß die neue Partei immer stärker werden wird. Sie hatte diesmal nur in einigen Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt. Das einzige kommunistische Mitglied des bisherigen Reichstages, ein sehr angesehener Mann, verlor seinen Platz.

Anfang Mai 1961 hatten wir in Oslo die NATO-Versammlung mit dem portugiesischen Außenminister als Präsident. Gleichzeitig war der bekannte amerikanische Nobelpreisträger Prof. Linus Pauling in Oslo, um Vorträge gegen Atomaufrüstung zu halten. Tausende wollten ihm gern huldigen, und man arrangierte ihm zu Ehren einen Fackelzug. Dabei geschah etwas Possierliches: Als der Fackelzug am Grand-Hotel vorüberging und Prof. Pauling grüßte, glaubte der Generalsekretär der NATO, Dirk Stikker, daß der Gruß ihm gelte, aber bald verstand er, daß das nicht der Fall war. Im Gegenteil — gerade in den Tagen der Versammlung wurden mehrere Demonstrationen gegen die NATO arrangiert.

Im vergangenen Frühling hatten wir auch die große Unterschriften-Kampagne gegen Atomwaffen in Norwegen. Diese Aktion, organisiert von „Den 13", einer Gruppe sehr bekannter und unbescholtener Bürger, sammelte über 200 000 Unterschriften in unserem kleinen Land. Ich glaube, das machte einen tiefen Eindruck auf den Reichstag. Trotz starker Beeinflussung durch die NATO hat die Regierung es bis jetzt nicht gewagt, Atomwaffen in Norwegen einzuführen.

Auf verschiedene Weise merkt man, daß in unserem Volk das Interesse für Politik, speziell für Außenpolitik, geweckt ist. Das zeigt sich besonders an den verschiedenen Demonstrationen. Als die Sowjetunion im vergangenen Herbst ihre Experimente mit Atombomben durchführte, fand unter anderem eine große „Sit-down"-Demonstration vor der sowjetischen Botschaft statt. Als der deutsche NATO-General Speidel vor längerer Zeit Norwegen besuchte, wagte man nicht, sein Flugzeug auf dem Flugplatz Oslo landen zu lassen, und dasselbe geschah, als Franz Josef Strauß vor kurzer Zeit unser Gast war.

Von Strauß kann man sagen, daß er von Protest-Demonstrationen verfolgt wurde. Als er im Auto nach Oslo fuhr, versperrten ihm viele junge und ältere Männer und Frauen den Weg. Man mußte die Polizei holen und viele von den Demonstranten mit Gewalt von der Straße tragen. Erst nach einer halben Stunde konnte Strauß seine Fahrt fortsetzen. Der Minister war sehr zornig, und er sagte zu Journalisten, die Demonstranten seien Kommunisten gewesen. Das war aber nicht der Fall, und die Teilnehmer protestierten öffentlich gegen seine Worte.

Neulich hatten wir hier in Oslo den Südafrikaner Albert Luthuli zu Gast. Er bekam den Nobel-Friedenspreis für seinen großen Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit in Afrika. Und — notabene — für seinen waffenlosen Kampf. Er ist ein überzeugter

christlicher Pazifist. Seit den Tagen, als Dr. Albert Schweitzer vor einigen Jahren in Oslo den Nobel-Friedenspreis empfing, hat man eine solche Begeisterung und Huldigung nicht mehr erlebt. Eine Menschenmenge von mindestens 15 000, davon etwa 5000 mit Fackeln, grüßte Luthuli vor dem Rathaus, und als er am letzten Tage seines Besuches im Osloer Dom predigte, mußten die meisten Besucher wieder gehen, ohne einen Platz bekommen zu haben.

Ich hoffe und glaube, daß das erweckte Interesse für die Friedensarbeit in diesem Jahr weiter wachsen und die neutralistischen Kräfte stärken wird.

Man wird vielleicht fragen: „Welche Gefühle haben die Norweger gegen die Deutschen?"

Man muß daran erinnern, daß die meisten von uns in verschiedener Weise stark unter der fünfjährigen deutschen Okkupation gelitten haben. Und es ist nicht möglich, das zu vergessen. Viele litten tagtäglich unter den Folgen dieser Okkupation. Doch wollen wir gern mit einem friedlichen Deutschland zusammenarbeiten, und wir haben zahlreiche deutsche Freunde, die wir lieben und bewundern. Ich denke speziell an Kirchenpräsident Martin Niemöller, der allen Norwegern bekannt ist.

Aber Leute wie Strauß und andere Staatsmänner, die für Aufrüstung, ja für Deutschlands Bewaffnung mit Atomwaffen arbeiten, fürchten wir. Sie erwecken den alten Widerwillen gegen die Deutschen zu neuem Leben.

Ich glaube, daß die große Mehrzahl der norwegischen Bevölkerung trotz ihrem Schreck vor der Sowjetunion keine Waffenbrüderschaft mit den Deutschen haben will. Persönlich teile ich diesen Schreck nicht. Ich bin überzeugt, daß die Sowjetunion, genau wie die USA, fast um jeden Preis den Frieden wünscht und daß wahrscheinlich nur ein Unfall den uns alle zerstörenden Krieg bringen wird. Damit dieser Unfall nicht passieren kann, arbeiten meine Freunde und ich, Pazifisten und andere Vorkämpfer für den Frieden, für eine neutrale Zone zwischen Ost und West und sind Anhänger des Rapacki-Planes.

Ich hoffe, daß der Weg, den Christus uns gezeigt hat, der Weg nach Frieden, Gerechtigkeit und Brüderschaft aller Menschen, sowohl von den Staatsmännern wie auch von der Kirche immer ernster genommen wird.

Dompfarrer Ragnar Forbech, Oslo

Der Weg zur Freiheit ist mit Büchern gepflastert

Die jährliche Produktionsrate westdeutscher Verlage beläuft sich derzeit auf über 20 000 Titel. In der Büchererzeugung hält die Bundesrepublik hinter der Sowjetunion, Japan und Großbritannien den vierten Platz. Die penetrante Etikettierung der Deutschen als „Volk der Dichter und Denker" scheint wieder einmal gerechtfertigt. Zur gleichen Zeit aber ist — wie Meinungsforscher erkundeten— ein Drittel aller Haushalte in Westdeutschland ohne ein einziges Buch; nur jeder zweite erwachsene Bundesbürger besitzt irgendwelche Bücher, und von den Buchbesitzern nennt lediglich jeder vierte mehr als fünfzig Bände sein eigen.

Unter den „bücherbesitzenden Haushalten" sind zudem gewiß einige, in denen der Literaturschatz durch ein Kochbuch repräsentiert wird. Man kann also folgern, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung nie oder nur ganz selten ein Buch liest, das einen Zugang zu den Quellen gehobener Bildung öffnet.

Beschränkte Gelehrte

Einem Kalauer zufolge hatte Goethe es leichter als wir: Er brauchte noch nichts über Goethe zu lernen. Tatsächlich schwillt der Lehrstoff, der lediglich die Grundlage einer allgemeinen Bildung schaffen soll, von Generation zu Generation lawinenartig an. Daher gibt es heute einseitig entwickelte Akademiker, die im Grunde ungebildet (auf ihr Fachgebiet „beschränkt" sind). Und auf der anderen Seite steht das Millionenheer der durch Presse, Rundfunk, Fernsehen orientierten Menschen, die „von allem etwas" verstehen, aber nichts richtig vertieft haben.

Die breite Streuung von Wissenselementen erzeugt also noch keine Bildung, sondern fördert häufig sogar den Hang zu Oberflächlichkeit. Vieles erfassen, heißt nämlich noch nicht, etwas begreifen. Wer aber keine Zusammenhänge kennt, kann sich kein Urteil bilden; wo jegliches Grundwissen fehlt, da sind auch keine „Aufhänger" für neue Eindrücke vorhanden. Ein völlig unausgebildeter Geist ist infolgedessen weder fähig, eine halbwegs anspruchsvolle Lektüre zu verstehen, noch aus ihr zu lernen oder daran Genuß zu empfinden.

Mit dem Denkvermögen ist es wie mit dem Geld: Wo viel ist, kommt immer mehr dazu; wo nichts ist, bleibt auch weniges nicht haften. Auch das geistige Kapital ten-

diert zur Monopolisierung. Überlegen wir nur einmal, wie viele Menschen mangels einfachster staatsbürgerlicher Begriffe mit der Politik nicht mehr „mitkommen" und wie andererseits „Experten" sogar Regierungsmacht ausüben, die ihnen durch kein Mandat zugebilligt wurde.

Nun hört man häufig das Trostwort, das in Mode gekommene Fernsehen zum Beispiel sei bemüht, das Bildungsgefälle einzuebnen. Gerade dieses Massenmedium — schimpfen seine Gegner — sei ein Instrument der Volksverdummung. Es kommt, wie immer, auf den Blickpunkt des Betrachters an: Zweifellos vermittelt das Fernsehen Kenntnisse; wer keine Bücher, sondern nur Illustrierte liest, weiß immer noch mehr als einer, der überhaupt nichts liest. Aber: Wäre der weise Diogenes noch weiser gewesen, wenn er täglich eine Zeitung gelesen hätte? Mit anderen Worten: Fördert Zeitunglesen das Denken?

Presse, Fernsehen, Rundfunk sind nicht in erster Linie Bildungs-, sondern Informationsmittel. Doch auch in dieser Funktion dienen sie vornehmlich solchem Publikum, das über das nötige Allgemeinwissen verfügt, um sich aus einer Vielzahl zusammenhangloser Nachrichten ein Bild von der Lage zu machen. Wie für den Analphabeten Buchstaben nichts „bedeuten", so erhält der Illiterat aus der Mehrzahl aller Meldungen des Tages keinerlei Aufschluß. Jemanden, der die Erscheinungen des Daseins nicht ordnen kann, vermag nichts recht zu fesseln. Darum sucht der chaotische Verstand ja auch nur „Zerstreuung".

Da die Massenpublikationsmittel bei uns überwiegend von der Gunst der Konsumenten leben und die breiteste Verbraucherschicht dann erfaßt wird, wenn man das unterste Bildungsniveau anspricht, haben sich die meisten Zeitungs- und Zeitschriftenverleger beinahe ausschließlich der Zerstreuung, also der Unterhaltung verschrieben.

Werbung für das Lernen

Die Volksschule ist nicht mehr in der Lage, den gewaltigen Wissensstoff zu vermitteln, der nötig wäre, um sich in der modernen Welt zurechtzufinden. Sogar die Universitäten klagen, daß vielfach selbst die Abiturienten zu wenig Allgemeinbildung für das Studium mitbringen. Unser Schulwesen bedürfte dringend einer Entwicklungshilfe, vor allem einer Reform der Lehrpläne, einer Verlängerung der Grundschulausbildung, des Ausbaus der Hochschulen und einer Studentenförderung auf breiter Grundlage.

Darüber hinaus brauchten wir jedoch eine großangelegte Werbung fürs Lernen, die sich sämtlicher Publikationsmittel bediente, um auch die Erwachsenenbildung ständig anzuregen. Diese Aufgabe könnte eine Fördergemeinschaft übernehmen, die nach Art der Volkshochschulen staatliche Hilfe erhalten sollte. Sie müßte die „Medien" unserer Massengesellschaft mit kostenlosen, unterhaltenden und gleichwohl belehrenden Beiträgen sowie mit indirekten Werbeappellen für einen höheren Bildungsstandard versehen. Damit könnte sich auch eine Förderung der ernsthaften Autoren verbinden, deren Einkommen sich häufig reziprok zu ihrer Qualität verhält.

Selbstverständlich begründet staatliche Unterstützung die Gefahr staatlicher Einflußnahme auf die Bildungsarbeit. Es müßte der geistigen Souveränität der Mitarbeiter dieser Fördergemeinschaft überlassen bleiben, ideologische Zumutungen abzuwehren. Dummheit jedenfalls erzeugt einen schlimmeren Konformismus als jegliche Staatspropaganda.

In dieser tröstlichen Gewißheit sollten wir auch die Bildungsarbeit der kommunistischen Länder beobachten. Zwar erhalten die Menschen dort — gleichgültig, was sie studieren — nebenher gratis marxistische Dogmen. Wesentlicher als der Propagandagehalt des Lehrstoffes ist aber der Umstand, daß die Geistesbildung in den Ostblockstaaten — übrigens ganz im Gegensatz zur Praxis des Nationalsozialismus — mit viel Eifer und Aufwand vorangetrieben wird. Groß angelegte Reklameaktionen haben in Polen das Buch so populär gemacht, wie es bei uns der Fußball ist. Rundfunk und Fernsehen stehen im sogenannten sozialistischen Lager weitgehend im Dienste der Massenbelehrung. So überträgt der (ost-) Deutsche Fernsehfunk aus Berlin-Adlershof z. B. regelrechte Universitätsseminare, und die im Heimstudium erworbenen Kenntnisse werden sogar diplomiert. An den Moskauer Straßenecken sucht man Gaststätten meist vergeblich, findet aber in Mengen Verkaufsstellen für Bücher. Mit Büchern statt Zeitungen vor der Nase stehen die Leute auf den Rolltreppen der Moskauer U-Bahn. Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, solche Tatsachen zu ignorieren oder zu bagatellisieren. Gelingt es nämlich, den Atomkrieg zu vermeiden, dann wird sich die Entscheidung zwischen den politi-

schen Systemen eher auf der Schulbank als an der Theke vollziehen.

Es wird eingewandt, fleißige Menschen könnten es auch ohne öffentliche Förderung zu etwas bringen. Gewiß, Wunderkinder an Intelligenz und Energie setzen sich immer durch. Es geht ja aber gerade darum, die Allgemeinbildung auf breiter Grundlage zu verwirklichen, also auch mittlere Begabungen zu fördern und den Lerneifer der Trägen anzukurbeln. Mit Besorgnis verfolgt man in den Vereinigten Staaten das Ansteigen der Absolventenzahl sowjetischer Hochschulen. Sind die Sowjets klüger und fleißiger als die Amerikaner? Wohl kaum. Aber die UdSSR bietet allen Bürgern kostenlose und nahezu unbegrenzte Ausbildungsmöglichkeiten und propagiert sie von Staats wegen.

Das „höhere Streben" der Massen hängt in erster Linie von seiner materiellen Subvention ab, aber nicht einzig und allein. Eine geschickte „Werbung für das Lernen" muß hinzukommen. Zwar wird bei uns für die Steigerung der Fachkenntnisse Reklame gemacht — meist von freien Unternehmern: Privatschulen, Verlagen, Fernlehrinstituten —, jedoch durchweg unter dem Slogan „Mehr können — mehr verdienen". Aber seltsam: Obwohl immer behauptet wird, das Gewinnstreben sei der elementarste Trieb des Menschen, erweist sich die Lokkung eines höheren Verdienstes als so zugkräftig nicht.

Auch Lernen ist nämlich Arbeit; und wer seinen Broterwerb als Fron empfindet, überträgt den „Ekel vor der Arbeit" auch auf das Lernen. Nach Feierabend will er also lieber feiern, sich nicht konzentrieren, sondern „zerstreuen". In breiten Bevölkerungskreisen wäre erst einmal die Einsicht zu wecken, daß Arbeit eigentlich schön ist und daß Lernen, das Gewinnen neuer Kenntnisse und Erkenntnisse, beglückt. So gilt es auch die Bücherfeinde darüber aufzuklären, daß eine anspruchsvolle Lektüre weit unterhaltender ist als die Witzbeilage einer Sonntagszeitung.

Bildung sollte darum mehr als Selbstzweck propagiert werden; andernfalls wird eher die Abwehrreaktion gefördert: Das Lernen ist offenbar so bitter, daß es einem durch die Aussicht auf Gehaltserhöhung verzuckert werden muß.

Dummheit und Demokratie

Übrigens hat der demokratische Staat durchaus die Pflicht, für die Bildung seiner Bürger zu sorgen. Das scheint wohl nicht so selbstverständlich, wie es ist. Oft hört man, jeder müsse die Freiheit haben, so dumm zu sein, wie er wolle; der Staat solle sich da nicht auch noch einmischen. Aber Demokratie heißt doch „Volksherrschaft"! Wie nun kann das Volk herrschen, wenn es mangels Urteilsvermögens auf jeden Phrasendrescher, Scharlatan und Demagogen hereinfällt? Übrigens bestreitet heute kein gesitteter Mensch dem Staate das Recht auf Durchsetzung der Grundschulpflicht. Bildung ist also schon lange nicht mehr Privatsache. Die Dummen sind ja nicht irgendwelche Leute, die im Halbschlaf ihres Verstandes dahinvegetieren und uns nichts angehen. Im Gegenteil! Sie wählen, sie bilden die „öffentliche Meinung", sie geben dem Staat sein Gesicht, sie terrorisieren durch ihre Ignoranz die intelligente Minderheit des Volkes, und schließlich sind diejenigen „die Dummen", die unter den Dummen zu leiden haben!

Ein Meinungsforschungsinstitut ermittelte 1958 in einer Umfrage, daß 72% eines repräsentativen Querschnittes der westdeutschen Bevölkerung die Frage „Kann die Regierung Gesetze machen, wie sie will, oder wer macht die Gesetze?" falsch beantworteten oder überhaupt nicht beantworten konnten. Und diese 72%, die von politischen Vorgängen keine Ahnung haben, sind alle wahlberechtigt, obwohl sie die Konsequenzen ihrer Wahl nicht im entferntesten ermessen! Bei dieser Gelegenheit stellte das demokoptische Institut fest, daß lediglich 10% der Bevölkerung über politische Dinge gut informiert sind.

Politische Unbedarftheit ist nicht an Berufsgruppen gebunden. An einer Technischen Hochschule der Vereinigten Staaten konnten 10% der Studierenden nicht erklären, wem die Hauptstadt Washington ihren Namen verdankt. Wie gefährlich Unwissenheit werden kann, wird offensichtlich, wenn 16% derselben Studenten im unklaren waren, ob in den USA noch die Leibeigenschaft für Neger besteht oder nicht.

Neuerdings wird vielfach die Ansicht geäußert, die Verkürzung der Arbeitszeit erzeuge epidemische Langeweile und Neurosen. Leider ist das keine reine Verleumdung. Aber außer der kostspieligen und nur mäßig propagierten Volkshochschule wird von offizieller Seite ja auch wenig zur Weiterbildung der Arbeitnehmer getan. In der freien Welt vertraut man zu sehr der

Eigeninitiative des „freien Menschen", der, sofern ungebildet, eben in Wirklichkeit unfrei ist. Und was unter der Bezeichnung „Kultur" an die Massen herangebracht wird, ist doch meist nichts anderes als der von der Unterhaltungsindustrie kommerzialisierte Kitsch.

Die „Werbung für das Lernen" müßte betonen, daß Mangel an Wissen eine Benachteiligung im Genuß des Daseins ist. Wessen geistige Nahrung in den armseligen Magazinen und Schundheften besteht, der ist infolge psychischer Unterernährung in der freien Entfaltung seiner Persönlichkeit gehemmt. Wer frei von Wissen ist, ist im Turm geistiger Finsternis gefangen. Wer ohne Buch lebt, lebt nur halb.

Wolfgang Baranowsky

ANDORRA — eine Moralität

I.

Am 20. Januar 1962 fand zugleich in den Münchner Kammerspielen, in Düsseldorf und Frankfurt die deutsche Erstaufführung des neuesten Stückes von Max Frisch: ANDORRA statt, das am 2. November 1961 in Zürich uraufgeführt worden war. In der anschließenden Woche inszenierten es weitere fünf deutsche Bühnen. Soll man glauben, daß das Bekenntnis zu diesem Stück ein Morgenrot in Deutschland wäre? Tagt es in Deutschland? Dies ist Tatsache: der Dichter Max Frisch ist die Morgenröte am deutschen Dramatikerhimmel. Aber ist die Tatsache, daß acht deutsche Bühnen gleichzeitig ein Drama deutscher Selbstanschauung spielen, ebenso eine Morgenröte deutscher Selbsterkenntnis? Wird der 20. Januar 1962 nicht nur in Literatur- und Theatersphären ein denkwürdiger Tag heißen? Wird das Stück durch das Medium der Zuschauer die deutsche Volksseele beeindrucken?

II.

„Der Deutsche nimmt schwer teil, er ‚sieht sich die Sache mal mit an'. Er fühlt sich so selten getroffen — er will sich nicht getroffen fühlen, außer, wenn man ihm schmeichelt. . . Schade, daß man kein Theaterpublikum fotografieren kann. . . Dann sähe man nämlich diesen scharfen Zug um die Nase, der da besagt: ‚Bis hierher und nicht weiter.' Der besagt: ‚Ja, aber i c h doch nicht!' Der besagt: ‚Ich sitze hier, bin richtig und tadellos angezogen und gewaschen und rasiert; ich habe eine mir zustehende Fünfzimmerwohnung, und es ist überhaupt soweit alles in Ordnung. Nun macht wir was vor . . .' "

Warum wir Tucholsky zitieren. . .? Um zu bestätigen, daß seit 1928 am deutschen Theaterpublikum sich nichts änderte — obwohl in Deutschland sich einiges änderte —, weil wir Deutsche uns nicht ändern und so wenig, wie das deutsche Theaterpublikum sich geändert hat, uns ändern werden.

IV.

Aber Max Frisch betitelt sein Stück: „Andorra" — nicht wahr? Schreibt ausdrücklich „Andorra ist der Name für ein M o d e l l" — nicht wahr? Also müssen doch Sie sich nicht, muß ich mich nicht betroffen fühlen — nicht wahr? Denn Max Frisch schreibt sogar: „Bei der Uniform der Schwarzen ist jeder Anklang an die Uniform der Vergangenheit zu vermeiden." Na also! Wo die dann doch so verbohrt sind und diesen Anklang partout nicht vermeiden wollen und die „Schwarzen", wie da neulich in den Kammerspielen, eben gerade der SS doch verdammt ähnlich sehen: — *verdammt!, — dann machste eben 'ne böse* Miene zum guten Spiel und gibst es eben einfach zu, . . . daß damals diese SS, ja eben doch damals wie die Schweine sich damals benommen haben, . . . basta. Damals und basta! Wir bewältigen eben trotz Anklang die Vergangenheit und sehen eben getrost in die Zukunft. So sind wir nun eben mal! *Nicht wahr?*

V.

„Bei den Uniformen der Schwarzen ist j e d e r Anklang . . . zu vermeiden", schrieb sogar Max Frisch. Drum eben!

VI.

Über das Stück ANDORRA wurde schon viel geredet. Wird viel geredet werden. Deshalb reden auch wir. Aber wir reden, damit nicht nur darüber geredet werde. Auch Frisch redete nicht nur, um zu reden. Zu verändern, — um zu bessern!

VII.

„Das Andorra dieses Stücks hat nichts zu tun mit dem wirklichen Kleinstaat dieses Namens . . .; Andorra ist der Name für ein Modell" . . .

VIII.

Ein Modell aber doch der Schweiz? Ein Modell aber doch NS-Deutschlands? Modell einer durch NS-Deutschland einstmals bedrohten Schweiz? Modell für gestern? Für heute nicht?? Dann für morgen. Dieses Modell ist ein passe-partout!

IX.

Man hat viel schon geredet über das Stück. Büchnerstil. . . Was besagt das? Hat nämlich der Dichter den Büchnerpreis bekommen. Bekommt vielleicht den Brechtpreis gar, einstmals . . .! Der Einäugige im Königreich der Blinden . . . Das besagt etwas! Dieses Auge sieht das Wesen hinter dem Schein — das ist: die Blindheit hinter dem Gesicht der Zeit. Man hat wohl von Menschen schon gelesen, bei Musil vielleicht: — von Menschen wie einem in diesem Stück, die so wurden, wie die andern sie sahen. Nur das s i n d, was alle s a h e n. So wie die „Wirklichkeit" auch soviel nur ist, wieviel man sieht. Nicht das Sein — das Bild gilt, das der Mensch sich macht. Oder das ihm gemacht wird. Das Bild ist suggerierbar, manipulierbar. Und ist Reflex der Augen, und die Augen können kurzsichtig sein, halbblind, böse und dumm. Ist's fertig, das Bild, etikettiert man's. Verleiht ihm einen Namen. Der ist dann die einzige Eigenschaft, die (für die anderen) ein Mensch fürderhin hat. Mit dem Namen hat man ihn in Besitz. Zum Beispiel . . . aber habt acht!, das ist nur ein Symbol: — den J u d.

X.

Die Fabel des Stücks lasen wir vor manchen Jahren schon im TAGEBUCH des Max Frisch: — „In Andorra lebte ein junger Mann, den man für einen Juden hielt. Zu erzählen wäre die vermeintliche Geschichte seiner Herkunft: das fertige Bildnis, das ihn überall erwartet . . ., — bis zu seinem Tode, der grausam gewesen ist . . . Die anderen . . . beklagen ihn eigentlich nicht . . .: sie vermißten ihn nicht — sie empörten sich nur über jene, die ihn getötet hatten, und über die Art, wie das geschehen war, vor allem die Art . . . Bis sich eines Tages zeigt, was er selber nicht hat wissen können, der Verstorbene: daß er ein Findelkind gewesen, dessen Eltern man später entdeckt hat, ein Andorraner wie unsereiner."

XI.

Die beklemmend parabolische Fabel hat Frisch ins Stück abgewandelt, erweitert, vertieft. „Verfremdungsszenen" unterbrechen den szenischen Ablauf. Aus der theatralischen Szenerie treten Mitspieler an die Rampe, — vor die Zeugenschranke eines imaginären . . . nein, nicht eines i m a g i n ä r e n . . . vor das T r i b u n a l d e r Z u s c h a u e r:

XII.

„Ich möchte mich kurz fassen, obschon vieles zu berichtigen wäre, was heute geredet wird. Nachher ist es immer leicht zu wissen, wie man sich hätte verhalten sollen, abgesehen davon, daß ich, was meine Person betrifft, wirklich nicht weiß, warum ich mich anders hätte verhalten sollen. Was hat unsereiner denn eigentlich getan? Überhaupt nichts . . . Wir haben uns damals alle getäuscht . . . Ich kann nur sagen, daß es nicht meine Schuld ist, einmal abgesehen davon, daß sein Benehmen (was man leider nicht verschweigen kann) mehr und mehr (sagen wir es offen) etwas Jüdisches hatte . . . Was meine Person betrifft, habe ich nie an Mißhandlungen teilgenommen oder irgend jemand dazu aufgefordert . . . Eine tragische Geschichte, kein Zweifel. Ich bin nicht schuld, daß es dazu gekommen ist. Ich glaube im Namen aller zu sprechen, wenn ich, um zum Schluß zu kommen, nochmals wiederhole, daß wir den Lauf der Dinge — damals — nur bedauern können."

XIII.

Der Schauspieler hatte das so gespielt, daß der Aufruhr der Erinnerung mir in die Hände zuckte. Ich war zu feige zu klatschen. Ich hatte Angst, allein zu bleiben. Ich glaube, ich hatte recht, Angst zu haben.

XIV.

Der Inszenator der Münchner Aufführung machte die szenische Realität höchst schaubar und dennoch hinlänglich transparent für die ihr immanente Symbolik. Die Schauspieler spielten ganz die realistisch porträtierten I n d i v i d u a l i t ä t e n aus, — welche dennoch als T y p e n sich decouvrierten. Als die Genretypen nicht des „Arztes", des „Wirtes", des „Lehrers", „Tischlers", des „Paters", sondern als die Typen des Mitläufers, des niemals verantwortlichen Biedermanns, des großmäuligen Eskapisten, des Ich-weiß-von-nichts: — das Modell. Der vorgebliche Jud war der tragisch Vergewaltigte, gemacht dazu: vereinzelt-einzige und selbstgeprägte I n d i v i d u a l i t ä t zu sein, „seinen Namen in die Luft zu werfen wie eine Mütze"; — verdammt dazu: fremdgeprägter und sich selbst entfremdeter, umzirkelter T y p zu sein — der zu werden, den gewalttätig oktroyierter Name zu werden ihm befiehlt.

XV.

Modell. MODELL. Wofür? Jeder möge das „wofür" herauslesen, welches er hineinliest in dieses Stück.

XVI.

Etwa solches: — „Die, denen ein Recht auf Überlegenheit gegeben wurde, haben kein Recht auf Gleichheit. — Die Geschichte dieses (jüdischen) Volkes ist eine heimliche Provokation, ähnlich wie die Biograghien aller großen Menschen" (Witold Gombrowicz, Tagebuch).

XVII.

Das Stück könnte ein Lehrstück sein. Es belehrte, es klärte, erklärte, klärte auf. Das wäre viel. Das Stück kann ein Modell (stück) sein. Es kann gelten. Es obliegt der Phantasie, zu entdecken: für wen — für was — für wann (für dereinst oder . . . dereinst?). Das ist mehr.

XVIII.

In der letzten Szene des Stücks steht ein einzelnes Paar Schuhe auf der Bühne: nur dies, was zurückblieb vom erschlagenen Jud. Der letzte Satz der letzten Szene und des Stücks lautet:

„Hier sind seine Schuh. Rührt sie nicht an! Wenn er wiederkommt, das hier sind seine Schuh."

XIX.

Vorhang. Applaus. Garderobengeplänkel. Zugegeben! . . . daß damals diese SS, ja eben doch damals wie die Schweine sich damals . . . Beefsteak Tartar, 'ne Moass, Kaviar, Toast, Henkell rosée.

XX.

Wenn er wiederkommt . . .

Guntram Solnemann

Buchbesprechungen

Ein Ziel — Zwei Wege
Literatur zum Thema Indien und China

Schon seit langem befaßt man sich mit der Gegenüberstellung der indischen und chinesischen Entwicklung, die man in einer Art Wettlauf miteinander verstrickt sieht. Beide Länder stehen vor den vergleichbaren Problemen der Befreiung von den Überresten westlicher Bevormundung, der Industrialisierung und der Hebung des Niveaus einer primitiven Landwirtschaft. Sind die Ziele in beiden ostasiatischen Reichen im großen ganzen die gleichen, so sind die angewandten Methoden verschieden. China geht den kommunistischen Weg, Indien den kapitalistischen. Nun wäre die Vorstellung irrig, als handele es sich um zwei Läufer, die an nichts anderes denken, als den Konkurrenten zu überflügeln. In beiden Ländern hat — das ergibt sich aus der Dringlichkeit der Probleme selbst — die Innenpolitik den Vorrang und nicht die äußere Machtpolitik. Für Indien handelt es sich nicht darum, China zu überrunden, sondern seinen hungernden Massen Nahrung zu geben, mit dem Problem des Geburtenüberschusses fertigzuwerden usw. Das gleiche gilt für China. Obwohl wir es also mit keinem klassischen Wettlauf zu tun haben, dürfte das praktische Resultat nichtsdestoweniger ähnlich sein. Wenn auch heute innere Wirtschaftsfragen hier und dort den Vorrang haben, so werden sie sich morgen in außenpolitische Potenz umsetzen. Das heißt: Erfolg oder Mißerfolg werden über das Ansehen der kommunistischen oder kapitalistischen Methode entscheiden. So ist die Bedeutung der Entwicklung der beiden großen Länder Ostasiens kaum zu übertreiben.

„Indien oder China" ist der Titel eines von Heinrich Bechtoldt, dem Chefredakteur der Zeitschrift „Außenpolitik", herausgegebenen Buches (Deutsche Verlags-Anstalt). Sein Untertitel lautet: „Die Alternative in Asien". Nach dem, was wir sagten, wird man ihn gewiß nicht als falsch bezeichnen können. So richtig es ist, auf lange Sicht eine Alternative zwischen Indien und China aus den konkreten Bedingungen und der verfolgten Politik jedes Landes zu entwickeln, so verhängnisvoll ist es, von der These der Alternative aus — die vor allem für die Zukunft gelten wird — jedes Teilgebiet der Gegenwart färben zu wollen. Der gehobene Feuilletonstil des Buches enthüllt sogleich auf der er-

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wortlaut des am 27. 12. 1961 dem Botschafter der Bundesrepublik in Moskau überreichten Memorandums

„Die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland sind die größten Staaten Europas, und der Stand ihrer Beziehungen zueinander kann für niemand, der wirklich bestrebt ist, den Völkern eine friedliche Zukunft zu sichern, gleichgültig sein. Die Sowjetunion und die Bundesrepublik entwickeln sich auf verschiedenen sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen. Unsere Länder vertreten verschiedene Standpunkte und haben in vielen wichtigen internationalen Fragen verschiedene Auffassungen. An einem aber müssen heute die Sowjetunion und die Bundesrepublik gleich stark interessiert sein, nämlich daran, einen neuen Krieg zu verhindern und den Frieden zu festigen.

1. Wir haben in diesem Jahrhundert zweimal Krieg gegen Deutschland führen müssen. Beide Kriege wurden der Sowjetunion aufgezwungen, wir selbst haben niemals angegriffen. Besonders hart war der letzte Krieg, der von Hitler mit dem Ziel entfesselt wurde, den sozialistischen Sowjetstaat zu vernichten und seine Bevölkerung auszurotten oder zu versklaven. Dieser Krieg hat dem Sowjetvolk mit nichts zu vergleichende Leiden und Verluste gebracht.

Die Politik des Militarismus und der Aggression ist Deutschland selbst, wie übrigens auch seinen Verbündeten, teuer zu stehen gekommen. Durch den Krieg und die Niederlage hat Deutschland viel verloren. Es wäre aber sehr bedauerlich, wenn die heutigen deutschen Staatsmänner nach allem, was im zweiten Weltkrieg geschehen ist, die anderen Völker fast als so etwas wie ihre Schuldner betrachteten und nach Wegen suchten, die verlorenen Gebiete und Positionen zurückzugewinnen, anstatt zur Schaffung von Verhältnissen beizutragen, die die Möglichkeit neuer kriegerischer Erschütterungen in Europa ausschließen, da diese für viele Länder zum wahrhaftigen Verhängnis werden könnten.

Das Leben hat 1945 nicht aufgehört. Die historische Entwicklung ist weitergegangen, und vieles hat sich verändert, in einigen Fällen vielleicht auch gegen Willen und Wunsch der regierenden Kreise mancher Länder. Die Vergangenheit, wie hart und schwer sie auch gewesen sein mag, darf uns deshalb nicht die Zukunft verbauen und nicht die Möglichkeit versperren, zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Beziehungen zu entwickeln, die für unsere beiden Staaten akzeptabel und vorteilhaft sind.

2. Wie ist die Lage zur Zeit? Die Friedensregelung ist nicht abgeschlossen. Europa ist gespalten. An Stelle des ehemaligen Deutschen Reiches sind die Bundesrepublik, die Deutsche Demokratische Republik und das Sondergebilde Westberlin entstanden, über das in der Frage seiner Konstituierung als freie Stadt bald ein Beschluß gefaßt werden muß.

Ein paar neutrale Länder in Europa bilden seltene Oasen. Die zwei verschiedenen sozialen Systemen angehörenden Staaten, die einander im Kalten Krieg als Gegner gegenüberstehen, haben sich zu je einem Block zusammengeschlossen — dem Nordatlantikpakt und der viel später gegründeten Warschauer Gemeinschaft. Diese beiden Weltgruppierungen üben in Europa und weit darüber hinaus die Vorherrschaft aus. Zwischen ihnen findet in der Hauptsache auch das Wettrüsten statt, und das, obwohl die Geschichte mehr als einmal bewiesen hat, daß ein Wettrüsten letzten Endes zum Kriege führt. Auch heutzutage können wir die Möglichkeit eines solchen für die Völker unheilvollen Ausgangs nicht ausschließen.

Der Zusammenschluß der Länder des Warschauer Vertrags war eine Gegenmaßnahme gegen die Gründung des NATO-Militärblocks, der von Anfang an eine antisozialistische Spitze hatte, was seine Organisatoren auch ganz offen ausgesprochen haben. Die Sowjetunion und die anderen Mitglieder des Warschauer Vertrags waren gezwungen, sich zum Schutz ihrer Interessen zu einem Militärbündnis zusammenzuschließen. Gleichzeitig haben sie zu wiederholten Malen erklärt, daß es vernünftig wäre, diese Militärblocks abzuschaffen, sich über die Abrüstung zu einigen, alle Streitfragen auf friedlichem Wege zu lösen und sich im Verhältnis der Staaten untereinander von den Verpflichtungen leiten zu lassen, die jeder Staat beim Eintritt in die Organisation der Vereinten Nationen auf

sich nimmt, nämlich den Grundsätzen der UNO-Satzung. Es ist nicht unsere Schuld, wenn es bisher nicht gelungen ist, in dieser Hinsicht Fortschritte zu erzielen, und man muß deshalb die Dinge so nehmen, wie sie sind.

Die Westmächte lassen sich in keiner dieser Fragen auf eine Vereinbarung ein. Sie wollen kein Abrüstungsabkommen und sie verhindern den Abschluß eines deutschen Friedensvertrags und eine darauf gegründete Lösung der West-Berlin-Frage und werden dies wohl auch weiter tun. Und das nicht etwa, weil ihnen die nationalen Belange der Deutschen oder die Rechte der westdeutschen Bevölkerung am Herzen lägen. Nein. Sie brauchen die ungeregelten Nachkriegszustände in Europa, sie brauchen West-Berlin in seinem heutigen völlig unnormalen Zustand als eine Quelle der Spannung in der Welt und im Verhältnis der Staaten untereinander, um den Kessel am Sieden und die Nerven in Hochspannung zu halten und die anderen Länder, die der NATO angehören, aber ihre Politik nicht maßgeblich mitbestimmen, in Furcht und Abhängigkeit verharren zu lassen.

„Kalter Krieg" nicht im Interesse der Bundesrepublik

Gewisse Politiker in den mit der Bundesrepublik verbündeten Ländern erklären, Zugeständnisse machen (man sagt Zugeständnisse, wenn es darum geht, den gesunden Menschenverstand zu gebrauchen und 16½ Jahre nach Kriegsende einen deutschen Friedensvertrag zu unterzeichnen) bedeute, die Bande lockern, mit denen die Bundesrepublik mit der NATO verbunden ist, hieße, die Bundesrepublik von sich stoßen. Aber das westdeutsche Gebiet und sein militärisches und wirtschaftliches Potential bildeten ja schon einen Grundpfeiler des Nordeatlantikblocks, als die Bundesrepublik noch gar nicht geboren war, ohne diesen Pfeiler geriete das ganze scheinbar so feste NATO-Gebäude ins Wanken. Eine neutrale Bundesrepublik, geschweige denn ein vereintes friedliebendes neutrales Deutschland mit geringen Militärausgaben und einer mächtigen, leistungsfähigen Wirtschaft ist ja auch gar nicht das, was in den Hauptstädten der Westmächte gefallen könnte, nicht das, wonach man dort trachtet. Die Spannung wird also keineswegs im Interesse Deutschlands, sondern um der eigenen beschränkten Belange willen aufrechterhalten, um die Bundesrepublik bei sich zu halten.

Dadurch, daß die Westmächte am ‚Kalten Krieg' festhalten, verhindern sie, daß auch nur eine einzige Frage gelöst wird. Obwohl sie wissen, wie absurd so etwas bei den heutigen Kräfteverhältnissen ist, versuchen sie trotzdem, sich die nationalen Gefühle der Deutschen zunutze zu machen und schüren die revanchistischen Bestrebungen bestimmter westdeutscher Kreise. Die darin liegende Gefahr, daß ein Krieg ausbricht, durch den alle Länder und am stärksten die Bundesrepublik betroffen würden, diese Gefahr sehen die Westmächte durchaus.

Liegt der ‚Kalte Krieg' im Interesse des deutschen Volkes, im Interesse der Bundesrepublik? Dadurch, daß man ständig Drohungen an die Nachbarstaaten richtet und absichtlich ein unnormales Verhältnis zur Sowjetunion aufrechterhält, lassen sich Fragen um keinen Schritt einer Lösung näherbringen. Nur auf der Grundlage gesunder Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion können die Interessen der Deutschen gesichert werden. Das deutsche Volk und das sowjetische Volk, die Völker aller sozialistischen und westlichen Länder würden hiervon profitieren.

NATO-Mitgliedschaft zu teuer bezahlt

3. Wollen wir noch einmal sachlich prüfen, wo die Interessen der Bundesrepublik liegen und welche Möglichkeiten für das sowjetisch-westdeutsche Verhältnis in Zukunft gegeben sind. Selbstverständlich werden wir — das verhehlen wir nicht — dabei von unserem sowjetischen Standpunkt ausgehen.

Was hat die Bundesrepublik seinerzeit in die NATO geführt? Es war dies offensichtlich die zwischen ihr und den anderen Teilnehmern an diesem Bündnis bestehende Gemeinsamkeit der Zielsetzung, die vor allem in der ‚Zurückdrängung' des Sozialismus und in der Beseitigung der sozialistischen Ordnung in den europäischen Ländern bestand. Diese Politik wurde von John Foster Dulles offen verkündet. Sie fand in den westlichen Ländern bei einer Reihe weiterer Politiker Unterstützung, deren Sinn durch den Haß gegen den Sozialismus und den Willen zu seiner Vernichtung getrübt war. Auch Bundeskanzler Adenauer, der glaubte, gestützt auf die NATO, als erstes Ziel die Deutsche Demokratische Republik schlucken zu können, erklärte sich mit dieser Politik solidarisch.

Durch den Eintritt in die NATO erhielt die Bundesrepublik das Recht, eine starke Bundeswehr aufzubauen, und sie rechnet jetzt damit, diese Streitkräfte mit Kernwaffen ausrüsten zu können. In dieser Hinsicht hat die Beteiligung der Bundesrepublik an der NATO ihr, zumindest vom Standpunkt einiger westdeutscher Politiker aus gesehen, gewisse Vorteile gebracht. Sind diese Vorteile aber nicht zu teuer bezahlt? Durch den Eintritt in die NATO und die Wiederaufrüstung ist die Bundesrepublik weiter als je davon entfernt, alle jene nationalen deutschen Ziele zu erreichen, die ihre Regierung als Hauptanliegen ihrer Politik verkündet hat. Die Spaltung des Landes ist tiefer und die Vereinigung Deutschlands unvergleichbar schwieriger geworden und in weitere Ferne gerückt. Was die Hoffnung betrifft, die Deutsche Demokratische Republik schlucken und dadurch den kapitalistischen deutschen Staat stärken zu können, so entbehrete sie schon in der Vergangenheit jeder realen Grundlage, und auch, wer sich heute oder morgen oder im weiteren einer solchen Hoffnung hingeben sollte, ist von einer nüchternen Einschätzung der Lage himmelweit entfernt.

So ergibt sich also, daß die Beteiligung der Bundesrepublik an der NATO zwar ihre Position im Verhältnis zu den Westmächten in gewissem Grade gestärkt, ihre politische Stellung im Verhältnis zu den östlichen Mächten aber nicht nur nicht stärker gemacht, sondern entscheidend geschwächt hat. Das ist die Bilanz. Was wiegt schwerer? Das Positive oder das Negative? Diese Frage läßt sich nur dann beantworten, wenn sich erkennen läßt, worauf die deutschen Politiker größeren Wert legen, auf die Lösung der deutschen nationalen Probleme oder auf die Verwirklichung der „kollektiven Aufgaben" der NATO, d. h. der Politik des Antikommunismus.

In der Politik tut man gewöhnlich nichts aus reiner Sympathie. Wer glaubt, daß etwa die Hartnäckigkeit, mit der Frankreich die Bundesrepublik nach wie vor enger an die NATO zu ketten versucht, nur einer besonders herzlichen Zuneigung zu Westdeutschland entspringt, der dürfte sich irren.

Die führenden französischen Politiker und insbesondere General de Gaulle kennen die Grenzen ihrer eigenen Möglichkeiten und sind wahrscheinlich sehr wohl in der Lage, Deutschlands Möglichkeiten einzuschätzen. Sie sind wegen der weiteren Entwicklung beunruhigt und versuchen, das wenige, was Frankreich an Möglichkeiten der Kontrolle über die Bundesrepublik aus der Besatzungszeit verblieben ist und was es durch das System der Pariser Verträge zu verlängern bestrebt war, soweit es geht zu behalten. Das Werben um Westdeutschland durch Frankreich und seinen Präsidenten entspringt deshalb nicht besonderer Liebe, es ist lediglich Ausdruck des Wunsches, einen starken Partner bei sich zu haben beziehungsweise sich selbst in seiner Nähe zu halten.

Es mag auch Leute geben, die glauben, Großbritannien fördere die Aufrüstung der Bundesrepublik deshalb, weil seine Regierung wirklich mit der Möglichkeit eines Krieges gegen die Sowjetunion rechne oder daran interessiert sei, das Deutsche Reich mit seinem ganzen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Gewicht wiedererstehen zu lassen. Aber man braucht nur etwas aufmerksamer auf das zu hören, was in London an Dingen gesagt wird, die nicht für die Presse bestimmt sind, um sich darüber klar zu werden, daß England in seiner tatsächlichen Politik vor allem eine Sorge hat, nämlich wie es seinen westdeutschen Konkurrenten wirtschaftlich schwächen kann.

Wenn deutsche Gelder mobilisiert, wenn das vorhandene Menschenmaterial in die Armee und in die Rüstungsproduktion gesteckt wird, mit einem Wort, wenn Haushalt und Wirtschaft der Bundesrepublik durch das Wettrüsten der Auszehrung verfallen, so ist das bestimmten Kreisen der Vereinigten Staaten von Amerika nur allzu recht. Der ehemalige amerikanische Präsident Eisenhower hat in seinen Gesprächen mit N. S. Chrustschow auseinandergesetzt, es seien die wirtschaftliche Macht der Bundesrepublik und ihre Fähigkeit, die Westmächte, vor allem auch die Vereinigten Staaten, auf den Weltmärkten wirksam zu bedrängen, gewesen, die die amerikanische Regierung veranlaßt hätten, Westdeutschland zum Ausbau seiner Streitkräfte und zur Aufrüstung zu bewegen. Wenn die Bundesrepublik nicht in das Wettrüsten einbezogen werde, erklärte Eisenhower, so werde sie ihr wirtschaftliches Potential weiter stärken und zum Schaden ihrer NATO-Verbündeten noch vorteilhaftere Positionen im Welthandel erobern. Und ist das nicht auch so? Das alles ist natürlich der Regierung der Bundesrepublik Deutschland ebenso gut bekannt wie der Sowjetunion. Anscheinend sind für sie aber mit der NATO-Mit-

gliedschaft und mit der politischen und militärischen Unterstützung, die sie von den Vereinigten Staaten, England und Frankreich erhält, auch weiterhin bestimmte Pläne verbunden.

4. Der Nordatlantikblock wurde in der Hoffnung geschaffen, es würde den Westmächten gelingen, ihre militärische Überlegenheit über die sozialistischen Länder aufrechtzuerhalten, und die auf dem Atommonopol beruhende Atomdiplomatie würde die Sowjetunion und andere nichtkapitalistische Länder zwingen, ihre Grundsätze preiszugeben und ihre Politik nach den Forderungen der NATO-Mitglieder auszurichten. Die Dinge aber nahmen ihren Lauf, und die Geschichte stand nicht still. Heute kann nur ein Wahnsinniger, der keiner nüchternen Einschätzung der Tatsachen mehr fähig ist, glauben, man könne die sozialistische Ordnung in einem Staat, wo sie herrscht, g e w a l t s a m beseitigen. Noch unvernünftiger wäre es, auf die Beseitigung der sozialistischen Ordnung in a l l e n sozialistischen Ländern zu hoffen, das heißt zu glauben, der sozialistische Weg der Entwicklung der Gesellschaft als solcher lasse sich liquidieren. ‚Die Politik der Stärke' hat sich in der Tat als eine Politik der Scheinstärke und der Scheinüberlegenheit erwiesen, und die Vereinigten Staaten und die anderen Westmächte erkennen auch bereits an und sagen es sogar öffentlich, daß die Kräfte gleich sind. Wenn aber das Kräfteverhältnis bekannt ist und feststeht, daß die Kräfte mindestens ausgeglichen sind, wird kein vernünftiger Staatsmann einen Krieg beginnen, denn ein Aggressor fängt nur dann Krieg an, wenn er glaubt, überlegen zu sein.

Gehen wir aber von der These vom Gleichgewicht der Kräfte aus — und wir wollen dagegen eigentlich auch nichts sagen, obwohl wir der Meinung sind, daß die sozialistischen Länder stärker sind als die kapitalistischen —, so folgt notwendig, daß die Politik von allem befreit werden muß, was dem heutigen Entwicklungsstand der Kriegstechnik nicht entspricht, was die Gefahr militärischer Konflikte und einer Verschlechterung der ohnehin gespannten Weltlage in sich birgt. Die sozialistischen Länder verfolgen keine aggressiven Ziele und sind nicht auf Eroberungen aus. Sie sind jederzeit bereit, unter strengster internationaler Kontrolle abzurüsten. Wenn man so will, dient deshalb der in Wirklichkeit zu unseren Gunsten bestehende Machtsaldo dem Frieden und nicht dem Krieg.

Die Entwicklung hat also endgültig alle Hoffnung zuschanden gemacht, das Problem der Existenz der sozialistischen Länder sei durch Krieg zu lösen. Diese Länder werden ihren Weg auch weitergehen. Deshalb muß man, weil die Wirklichkeit, ob es einem nun paßt oder nicht, und ob man davon redet oder nicht, nun einmal so beschaffen ist, von dem Grundsatz ausgehen, daß in der Welt zwei Systeme existieren, das kapitalistische und das sozialistische. Das ist das historische Fazit, das von der Mehrheit der Länder, darunter auch von NATO-Ländern, auch bereits zugegeben wird. Sollte also jemand noch hoffen, Vergangenes, geschichtlich Überholtes ließe sich wiederherstellen, so ist dies keineswegs auf eine tiefschürfende Analyse seinerseits, sondern einfach auf seinen Starrsinn zurückzuführen.

V e r z i c h t a u f d a s W e t t r ü s t e n

5. Die Verhältnisse haben in den letzten Jahrzehnten starke Veränderungen erfahren, und sicherlich wäre es angebracht, die gegenwärtige Situation unter diesem Gesichtswinkel zu betrachten und zu sehen, wie sie für die Bundesrepublik Deutschland und für die ganze Welt am besten zu gestalten wäre.

Liegt es denn nicht im Interesse der Bundesrepublik selbst, zu allen Staaten in West und Ost gute Beziehungen herzustellen? Schadet die Konservierung der Überbleibsel des Zweiten Weltkrieges der Bundesrepublik etwa weniger als den anderen Staaten? Das ist doch nicht wahr. Die durch den übermäßig verzögerten Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und die ungelöste Westberlin-Frage hervorgerufene Spannung wirkt sich ganz unmittelbar auf das Leben der westdeutschen Bevölkerung aus. Macht denn das Wettrüsten, macht die Fortsetzung des Kalten Krieges die NATO-Mitglieder, sei es einzeln oder gemeinsam, letzten Endes stärker? Sollte man nicht eher annehmen, daß es ihre Lebenskraft erschöpft?

Unterstellen wir, die Westmächte hätten gewisse Gründe für die Annahme, das Wettrüsten sei für die sozialistischen Länder besonders nachteilig, weil sie mit Bezug auf ihre

wirtschaftliche Entwicklung oder richtiger ihren Produktionsumfang die kapitalistischen Länder noch nicht überholt haben. Aber andererseits wird heute niemand bestreiten wollen, daß sich dieser Abstand stark verringert hat und die sozialistischen Länder in einigen Jahren in allen wirtschaftlichen Grundpositionen an der Spitze stehen werden. Was dann? Dabei ist das doch keine künstliche Annahme, sondern steht in naher Zukunft bevor.

Man kann erwidern, das alles sei Zukunftsmusik, und es lasse sich schwer voraussagen, welche Wendung die Dinge wirklich nehmen werden. Bitte sehr, bleiben wir also bei der Gegenwart! Das heutige Kräfteverhältnis und die schon vorhandenen Vernichtungsmittel haben den Krieg zu einem offensichtlich untauglichen Mittel für die Lösung internationaler Probleme werden lassen. Wenn dem so ist, so fragt man sich, wozu man Berge von Waffen aufhäufen soll? Ist es nicht an der Zeit, die Mittel des Krieges zu vernichten, bevor sie die Menschen vernichten? Zwei Wege gibt es also, den Weg, der zum Kriege führen kann, oder eine Entwicklung, die die Staaten zwingt, auf das Wettrüsten zu verzichten, und das Ende der Militärblöcke herbeiführt, welche das Leben auf unserem Planeten zu einem Leben der Ängste und Gefahren gemacht haben. Sind Kriege zwischen Staaten nicht mehr zulässig, so sind Bündnisse für den Krieg sinnlos, das heißt, die Staaten müssen den Weg der friedlichen Koexistenz beschreiten, und jedes System möge dann zeigen, was es vermag, um das Leben der Menschen zu verbessern, statt es zu vernichten.

Es müssen jetzt, wie schwer das auch sein mag, gemeinsam Wege gefunden werden, damit diese Waffen, solange sie noch nicht als nutzlos verschrottet worden sind, nicht zu sprechen beginnen, damit zwischen Ost und West und zwischen unseren beiden Staaten eine Möglichkeit zur gegenseitigen Verständigung gefunden wird. Ohne einigermaßen normale Beziehungen zwischen unseren Ländern ist kaum mit einem festen, dauerhaften Frieden zu rechnen. Es braucht natürlich nicht unbedingt ein neuer Krieg auszubrechen. Aber die Kriegsgefahr wird ständig in der Luft hängen, und ein zufälliges Zusammentreffen von Umständen kann den gesamten Mechanismus der Militärblöcke, hinter denen die unerhörte Macht der gegenwärtigen Vernichtungsmittel steht, ins Rollen bringen.

Falls auch die Bundesrepublik den bewaffneten Zusammenstoß in Europa vermeiden will und angesichts der Tatsache, daß Streitfragen unmöglich durch militärische Mittel entschieden werden können, ist es für die Bundesrepublik sicherlich das Richtigste und Vernünftigste, ihre aggressiven Revanchepläne gegen den Osten fallen zu lassen — von einer Neutralitätspolitik wollen wir nicht sprechen — und sich ernsthaft der Verbesserung ihrer Beziehungen zu den sozialistischen Ländern zuzuwenden. Die derzeitige Situation ist nur für diejenigen Kräfte von Interesse und Vorteil, die der Welt Angst einjagen und dadurch die NATO stärken möchten, um ihre Verbündeten zu zwingen, die Rüstungslast zu tragen und sie um ihre wirtschaftlichen Vorteile im Konkurrenzkampf zu bringen.

6. Zur Zeit sind die sowjetisch-westdeutschen Beziehungen noch sehr in der Vergangenheit verhaftet. Die Regierung der Bundesrepublik versucht — und sie handelt dabei unserer Meinung nach falsch —, die Verbesserung der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen von der Erfüllung verschiedener Vorbedingungen abhängig zu machen. Richtiger wäre es, von der einfachen Tatsache auszugehen, daß die UdSSR und die Bundesrepublik nebeneinander wohnen und daß es im Interesse beider liegt, nicht auf Kriegsfuß miteinander zu stehen, sondern als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben.

Die Regierung der Bundesrepublik glaubt zum Beispiel, die Sowjetunion müsse ihr behilflich sein, gewisse Pläne mit Bezug auf die DDR durchzuführen. Man sollte sich aber keinen Illusionen hingeben. Die Sowjetunion hat nicht die Absicht, sich in die inneren Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik einzumischen. Unsere Beziehungen zur Bundesrepublik können natürlich auf der Grundlage der Berücksichtigung und Achtung der gegenseitigen Interessen aufgebaut werden, auf keinen Fall aber auf Kosten und zum Nachteil anderer Staaten. Wenn die Regierung der Bundesrepublik in ihrer Politik der Lösung der mit der Wiedervereinigung Deutschlands gestellten Aufgabe die ihr zukommende Beachtung schenkt, so wird es für sie das beste sein, darüber unmittelbar mit der Deutschen Demokratischen Republik zu verhandeln. So wie die beiden deutschen Staaten es vereinbaren, wird es nach Ansicht der Sowjetunion gut sein.

Das Vernünftigste wäre, den sowjetisch-westdeutschen Beziehungen keine Fragen beizumengen, die damit in keinem direkten Zusammenhang stehen. Das trägt weder zur

Lösung der erwähnten Fragen bei noch fördert es die Entwicklung der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen. Die Freundschaft mit den einen Staaten setzt nicht unbedingt Feindschaft und Antipathie in den Beziehungen zu den anderen Staaten voraus. Wenn wir Zusammenarbeit vorschlagen, so tun wir dies durchaus nicht zum Schaden derjenigen Länder, zu denen die Sowjetunion und die Bundesrepublik freundschaftliche Beziehungen unterhalten.

Wir erstreben nicht, daß Westdeutschland für die NATO den Warschauer Pakt eintauscht. Das ist unmöglich, und keiner verlangt es. Ob Zugehörigkeit zur NATO oder Neutralität, was die Regierung der Bundesrepublik wählt, hängt von ihr selbst ab. General de Gaulle sagt, er wolle nicht eine Störung des Kräfteverhältnisses zulassen, und meint damit, daß die Teilnahme der Bundesrepublik an der NATO ein wichtiger Faktor dieses entstandenen Kräfteverhältnisses sei. Nun, mag es so sein, wenn die Bundesrepublik es selbst wünscht. Wer die stürmische Entwicklung der sozialistischen Länder verfolgt, wird verstehen, daß die Warschauer Gemeinschaft selbst dann nicht schwächer als die NATO sein wird, wenn die Bundesrepublik, ein wirtschaftlich starker Staat mit großer Bevölkerungszahl, im Nordatlantikblock bleibt.

Wir treten für friedliche Koexistenz und gutnachbarliche Beziehungen mit allen Ländern nicht deshalb ein, weil unsere Kräfte nicht ausreichen oder es uns an Entschlossenheit mangelt, für unsere Interessen einzustehen. Wir müssen allgemein menschliche Ziele verfolgen. Unsere Aufgabe ist, eine durchgreifende Gesundung der Lage und die Beseitigung der Überbleibsel des Zweiten Weltkriegs zur Festigung des Friedens und der Sicherheit der Völker sowie die Schaffung von Verhältnissen zu erreichen, die den Staaten die Möglichkeit zu friedlicher Koexistenz böten und die Atmosphäre für einen wirtschaftlichen Wettbewerb zweier Systeme reinigen würden.

Wenn wir aber von der Position des wirtschaftlichen Wettbewerbs zweier Systeme ausgehen, so gibt es für die Bundesrepublik keine vorteilhaftere Perspektive als die der Nichtteilnahme am Wettrüsten, der Herbeiführung des gegenseitigen Einvernehmens mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern. Wenn wir sagen, daß das Wettrüsten die Völker ärmer macht, so haben wir dabei im Auge, daß das Wettrüsten sowohl für die Sowjetunion wie auch für die Bundesrepublik von Nachteil ist. Wenn es uns gelänge, in dieser Frage eine gemeinsame Sprache zu finden, so trüge dies zur Herbeiführung einer Vereinbarung über die allgemeine und vollständige Abrüstung bei, und die Bundesrepublik könnte in beträchtlichem Maße das Zustandekommen eines realen Abkommens über die Abrüstung fördern.

Konkurrenzkampf der Westmächte

Zur Zeit werden im Westen aus militärisch-politischen Erwägungen neue Blöcke — die ‚Sechs' und die ‚Sieben' — gebildet, in denen sich Konkurrenten zusammenschließen und wo der Wettbewerb nicht mehr auf die Weltmärkte beschränkt bleibt, sondern auf die inneren Märkte übertragen wird. Der Konkurrenzkampf nimmt nicht ab, sondern er verstärkt sich. Also — und das wird in den Geschäftskreisen der Bundesrepublik nicht geleugnet — die erwähnten, in sich geschlossenen Organisationen lösen keine Fragen, vor die sich die westdeutsche Wirtschaft gestellt sieht.

Es ist durchaus kein Zufall, daß heute, wo jeder Schritt auf dem Gebiet der Beziehungen mit den sozialistischen Ländern innerhalb der NATO unter dem Blickwinkel der militärischen Interessen geprüft wird, die Geschäftsleute trotz der Gegenwirkung der führenden Politiker erhöhtes Interesse für die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit den sozialistischen Ländern an den Tag legen. Die Bundesrepublik und die USA sind Konkurrenten. Die Bundesrepublik und Frankreich sind Länder, die miteinander im Wettbewerb stehen. Die Bundesrepublik und England machen sich fast auf allen Märkten der Welt Konkurrenz. Die Bundesrepublik und Japan führen einen harten Konkurrenzkampf. Die Bundesrepublik und Italien sind ebenfalls Konkurrenten. Die Bundesrepublik und die Sowjetunion können sich aber in wirtschaftlicher Hinsicht gegenseitig ergänzen. Dessen muß man eingedenk bleiben.

„Ein Ozean für den Absatz deutscher Waren"

Die Sowjetunion ist ein Land, das sich stürmisch entwickelt. Wir sind bereit, auf für beide Seiten vorteilhafter kommerzieller Grundlage die Waren zu erstehen, die das be-

gabte deutsche Volk schafft. Wir haben auch jetzt, trotz alledem, keinen schlechten Handel. Es wird aber nur ein winziger Teil der Möglichkeiten ausgenutzt, die wirklich bestehen.

Die sozialistischen Länder stellen ohne Übertreibung einen Ozean für den Absatz von Industriewaren dar, vor allem für die des Maschinenbaus, wo die Deutschen besonders stark sind. Die Sowjetunion ist reich an Rohstoffen und Bodenschätzen, deren die Bundesrepublik Deutschland bedarf. Die westdeutsche Industrie und Landwirtschaft können aus der Sowjetunion eigentlich alle notwendigen Waren und Rohstoffe in Gegenlieferung für ihre eigenen Erzeugnisse erhalten.

Die westlichen Länder — die Konkurrenten der Bundesrepublik — verstehen das, und stecken nicht hier die wirklichen Beweggründe ihrer Abgeneigtheit, die herangereiften internationalen Probleme zu lösen? Sie brauchen die Spannung, um die Bundesrepublik in ihrem Zusammenschluß festzuhalten, für sie ist es wirtschaftlich vorteilhaft, die Bürde der Folgen der künstlich geschürten Kriegshysterie auf die Bundesrepublik abzuwälzen. Und dieses wirtschaftliche Ziel wird ständig auch von einem politischen begleitet — vom Streben danach, die Bundesrepublik zu hindern, ihre besonders günstige geographische und technisch-wirtschaftliche Lage auszunutzen und den Kontakt mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern und mit deren Wirtschaft auf für beide Seiten vorteilhafter Grundlage aufzunehmen.

7. Es ist nicht schwer, die politische Lage zu verschärfen. Bedeutend schwieriger ist es, sie zu gesunden. Beispiele dafür gibt es mehr als genug. Es wird zur Zeit sehr viel über Westberlin, über die Sorgen um seine Bevölkerung gesprochen. Wenn man indessen den Dingen auf den Grund geht, so steckt hinter all diesem Gerede eine Leere, ein Betrug an politisch unreifen Menschen.

Niemand bedroht die Bevölkerung Westberlins, und niemand versucht, ihre Rechte und Interessen anzutasten. Mit dem Abschluß des deutschen Friedensvertrages und, auf dessen Grundlage, die Umwandlung Westberlin in eine Freie Stadt — es ist beim besten Willen nicht gelungen, eine bessere Lösung zu finden — wird die Bevölkerung der Stadt das garantierte Recht und die Möglichkeit besitzen, so zu leben, wie sie es wünscht, Beziehungen und Verbindungen zu allen Ländern in dem Umfange zu unterhalten, wie sie es für sich für vorteilhaft hält.

Die Westmächte haben keinen Grund, daran zu zweifeln, und wir sind der Meinung, daß sie an die Aufrichtigkeit unserer Position glauben. Die Westmächte lehnen die sowjetischen Vorschläge nicht wegen ungenügender Garantien für Westberlin ab, sondern deswegen, weil sie eine Lösung dieser Frage nicht wollen. Die Westberlin-Frage zu lösen bedeutet, den Splitter zu entfernen, der eine Entzündung im Organismus der zwischenstaatlichen Beziehungen hervorruft, und damit die ganze Lage in Europa zu gesunden. Aber gerade das wünschen sie aus den erwähnten Gründen am allerwenigsten.

Was braucht zur Zeit Westberlin? Wenn sich die Politiker und Staatsmänner der Bundesrepublik wirklich von den nationalen Gefühlen und der Sorge um ihre Landsleute — die Westberliner — leiten lassen, was muß dann im Interesse dieser Bevölkerung geschehen? Sie braucht vor allem Ruhe. Es ist notwendig, daß Westberlin aufhört, eine ‚Frontstadt' wie man es in NATO-Ländern nennt, ein feuerspeidender Vulkan zu sein, der ständig droht, Lava auszustoßen. Der Bevölkerung dieser Stadt muß die Möglichkeit gegeben werden, normal zu leben, ihre Wirtschaft zu entwickeln und, was die Hauptsache ist, einen klaren Zukunftsausblick zu haben.

Ist es aber möglich, normale Verhältnisse zu schaffen, wenn man das Besatzungsregime — diese Quelle ständiger Reibungen — aufrechterhält, wenn man das Gebiet dieser Stadt ausnutzt, um gegen andere Staaten Wühlarbeit, feindselige Propaganda, wirtschaftliche und politische Diversionen zu veranstalten? Es ist schwer, auf ein ruhiges und normales Leben zu rechnen, solange es kein Mindestmaß an gegenseitigem Verständnis gibt, nicht einmal ein Anzeichen normaler Beziehungen zwischen den Behörden Westberlins und denen der Deutschen Demokratischen Republik, in deren Mitte diese Stadt liegt.

Stellen Sie sich vor, Frankfurt am Main sei aus irgendwelchen Gründen gespalten und auf einem Teil des Stadtgebiets habe sich eine andere Staatsordnung herausgebildet. Von diesem Gebiet aus werde eine hemmungslose feindliche Propaganda gegen die Bundesrepublik geführt, dort existiere ein der Bundesrepublik feindseliges Besatzungsregime.

Würde die Bundesrepublik diesem untätig zusehen oder würde sie alle Möglichkeiten in Bewegung setzen, um irgendeine vernünftige Lösung zu finden, die ihre Interessen gebührend sicherte? Die Antwort bietet sich von selbst. Nein, sie würde es nicht dulden. Und das ist ganz naturgemäß und wäre allen verständlich. Warum eigentlich wollen die Regierungen der Westmächte und der Bundesrepublik der DDR das verweigern, was sie sich selbst bestimmt nicht verweigern würden? Nichtanerkennung ist noch keine Rechtfertigung für Feindseligkeit; sie gibt kein Recht, sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates einzumischen und seine Souveränität zu verletzen.

Man kann nicht verschweigen, daß die in der Bundesrepublik erhobenen Ansprüche auf Westberlin als Teil der Bundesrepublik dieser selbst nichts geben und die Lage nur komplizieren. Wir haben nichts gegen engste Verbindungen der Bundesrepublik mit Westberlin auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet. Diese Verbindungen aber müssen auf entsprechender rechtlicher Grundlage aufgebaut werden, unter Respektierung der Souveränität und der Rechte anderer Staaten, unabhängig von dem Charakter der Beziehungen, die sich bei der Bundesrepublik zu ihnen herausgebildet haben.

Man erklärt jetzt, für die Normalisierung der Lage in Westberlin sei es notwendig, die Mauer abzureißen, die diese Stadt von der Deutschen Demokratischen Republik trennt. Diese Mauer ist vor kurzem als Schranke gegen eine endlose Flut von Provokationen aus Westberlin entstanden und erfüllt reine Schutzaufgaben. Das ist keine Teilung, sondern eine Grenze, und zur Zeit ist es unmöglich, eine Übereinkunft über die Abschaffung einer solchen Grenze zu erzielen. Die Mauer hat die Spannung in Berlin gemindert.

Einige Politiker im Westen erklären sogar, sie hätte beinahe die Hälfte aller Probleme, die mit Westberlin zusammenhängen, gelöst. Es mag sein, daß sie einen Teil von ihnen gelöst hat, aber das Hauptsächliche dessen, was vor dem 13. August war, ist geblieben, und die Lage in Westberlin selbst hat sich so erhalten, wie sie auch früher war.

Normale Verhältnisse für die Einwohner Westberlins können nur dann geschaffen werden, wenn es in der Stadt kein Besatzungsregime mehr gibt und wenn die Westberliner Wirtschaft fest auf eigenen Füßen stehen kann und nicht durch Almosen gespeist wird. Almosen jeder Art dienen der Verfolgung politischer Ziele. Sie tragen vorübergehenden Charakter und können nicht von Dauer sein. Es gibt keinen solchen Narren, der endlos gibt, um nichts dafür zu erhalten. Die Bevölkerung Westberlins muß lebensfunktionsfähig sein, darf nicht weniger produzieren als sie konsumiert. Die Wirtschaft dieser Stadt muß imstande sein, sich zu entwickeln, muß konkurrenzfähig sein und Bedürfnisse und Nachfrage der Westberliner befriedigen können. Wenn die Wirtschaft Westberlins in ihrer Entwicklung hinter anderen Ländern zurückbleibt, wird die Stadt unvermeidlich verkümmern und dahinsiechen.

Mithin ist eine der Hauptbedingungen für die Lebensfähigkeit Westberlins die Sicherung des Kapitalzuflusses, die Erneuerung der Ausrüstung seiner Industrie, das Wachstum der Arbeitsproduktivität. Dafür aber werden Aufträge, wird Zukunftszuversicht benötigt, weil niemand — kein einziger kluger Kapitalist — für Produktionszuwachs sorgen wird, wenn Westberlin „Frontstadt" bleibt. Unter den heutigen Verhältnissen denken die Bürger und die Geschäftsleute, die in Westberlin Betriebe besitzen, nicht an die Fortentwicklung ihrer Produktion, sondern daran, wohin und wann sie aus Westberlin abwandern.

So ist die Realität des Lebens selbst. In der Westpresse heißt es, daß der Prozeß des Kapitalabflusses und der Menschenabwanderung aus Westberlin schon begonnen hat. Diese Zeitungen melden, daß wöchentlich etwa zweitausend Menschen Westberlin verlassen, und wenn die Westberlin-Frage nicht bald gelöst wird, so wird es die Stadt sehr, sehr schwer haben und ihre Bevölkerung wird einen Ausweg aus dieser Situation suchen.

8. Wir möchten glauben, daß die Regierung der Bundesrepublik imstande sein wird, die Lage mutig zu beurteilen und, was die Hauptsache ist, aus der gegebenen Situation mutig die Schlußfolgerung zu ziehen, nämlich die Schlußfolgerung, daß es unmöglich ist, auch weiter im Fahrwasser der von den NATO-Führern aufgezwungenen aggressiven Politik zu segeln. Es müssen die eigenen Interessen festgelegt werden— die Interessen der Bundesrepublik, ihrer Bevölkerung, des deutschen Volkes, und diese können ohne eine Normalisierung der Beziehungen zur UdSSR nicht gesichert werden.

In seinem jüngsten Gespräch mit dem Botschafter der UdSSR in der Bundesrepublik sagte Bundeskanzler Adenauer, er glaube nicht, daß es wegen solch einer ‚verhältnis-

mäßig unwichtigen Frage' wie Westberlin zum Kriege kommen könne; man könne und müsse sich in diesr Frage verständigen; eine Übereinkunft über Westberlin würde das Vertrauen zwischen West und Ost stärken und die Lösung des Abrüstungsproblems erleichtern. Das ist eine richtige Auffassung, und wir hoffen, daß die Bundesrepublik in Wirklichkeit ihr nicht geringes politisches Gewicht in die Waagschale der Anstrengungen derjenigen werfen wird, die die Schaffung normaler Verhältnisse in Europa anstreben. Das würde auch unsere Länder veranlassen an die Lösung der spruchreifen Fragen realer heranzugehen.

Die sowjetische Regierung hat wiederholt klargestellt, daß sie eine vereinbarte Lösung der internationalen Probleme vorzieht und alles, was von ihr abhängt, tun wird, damit die Frage des Abschlusses des deutschen Friedensvertrags auf einer vereinbarten Basis geregelt wird. Wir hielten unter den gegebenen konkreten Umständen eine Friedensregelung für die beste, die alle am zweiten Weltkrieg in Europa Beteiligten umfassen und somit die Übereinkünfte zwischen einer großen Staatengruppe ordnen und auf eine feste völkerrechtliche Grundlage stellen würde. Das wäre die richtigste unter allen zur Zeit denkbaren Lösungen. Sie würde zweifellos das Klima in Europa und weit darüber hinaus verbessern und den Völkern die langersehnte Möglichkeit geben, sich ohne Furcht vor dem morgigen Tag mit ihren inneren Angelegenheiten zu befassen.

Es muß aber in Betracht gezogen werden, daß der Vorschlag, den Friedensvertrag mit den zwei bestehenden deutschen Staaten abzuschließen, sowohl seine Anhänger als auch seine Gegner hat. Im Hinblick auf die Haltung der Westmächte und der Bundesrepublik schließen wir die Möglichkeit nicht aus, daß man gezwungen sein wird, am Ende den Friedensvertrag nur mit der DDR abzuschließen. Jedoch müßten auch in diesem Fall im gegenseitigen Einvernehmen diejenigen Fragen der Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa gelöst werden, die sich in dieser Weise regeln lassen. Gleichzeitig oder noch vor der Unterzeichnung eines solchen Vertrags könnte man insbesondere eine für beide Seiten annehmbare Vereinbarung über Westberlin ausarbeiten, die die Interessen der Bevölkerung der Stadt wie auch die anderer Staaten gebührend sichern würde.

9. Die Erfahrung der Nachkriegszeit legt eine wichtige Schlußfolgerung nahe: Ob es einem nun gefällt oder nicht, die Existenz einzelner Staaten und ihr politisches System hängen nicht nur von unseren Wünschen ab. Es gibt innere Gesetze der Entwicklung, die kein Block, kein Staat, wie mächtig er auch sein mag, zu verändern imstande ist. Die kapitalistischen Länder können den Sozialismus nicht beseitigen. Uns ist klar, daß ein Versuch, den Kapitalismus „zurückzudrängen", den kapitalistischen Ländern das sozialistische System gewaltsam aufzuzwingen, den Krieg bedeuten würde. Wir wollen aber keinen Krieg. Nicht durch den Krieg sollen die Fragen der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung gelöst werden. Es ist Sache jedes einzelnen Volkes, das Gesellschaftssystem zu wählen, das seiner Ansicht nach am besten zu ihm paßt.

Friedlicher Wettbewerb soll entscheiden

Möge jedes Land in der Auseinandersetzung des Sozialismus mit dem Kapitalismus seine eigene Position beziehen. Lassen Sie uns jetzt nicht einander beweisen, wer recht hat. Das wird zu nichts führen. Diese Frage muß beiseite gelassen werden, um so mehr, als sie die zwischenstaatlichen Beziehungen nicht beeinflussen darf, wenn man von dem Prinzip der Nichteinmischung in fremde innere Angelegenheiten ausgeht. Möge hier jeder bei seiner Meinung bleiben, und die Geschichte wird ihr Urteil fällen. Das Urteil der Geschichte soll aber nicht im Wege des Krieges und der Konflikte zwischen den Staaten ergehen, sondern im Wege des friedlichen Wettbewerbs zwischen ihnen, in dessen Verlauf jedes System zu zeigen hat, was es vermag, um die Bedürfnisse der Völker besser zu befriedigen. Das System, das mehr geistige und materielle Güter erzeugen und in harmonischerer Weise alle inneren Probleme der Nation und die Fragen der Beziehungen zwischen den Staaten lösen wird, wird auch die Gemüter anderer Völker, anderer Länder anziehen.

In diesem Wettbewerb können die Deutschen durchaus nicht die letzten sein. Sie haben der Welt wiederholt ihre Fähigkeiten gezeigt. Nach dem zweiten Weltkrieg, der auch den deutschen Boden mit Ruinen übersäte, hat sich die Bevölkerung der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik aus den Trümmern erhoben und nimmt jetzt in wirtschaftlicher Hinsicht führende Positionen ein. Das Potential der Bundesrepublik

muß dem deutschen Volke dienen. Es kann aber diese Mission nur dann erfüllen, wenn es statt zur Verstärkung des Kriegsrisikos zur Festigung des Friedens und zur Schaffung solcher Verhältnisse beitragen wird, unter denen die Entfesselung eines Krieges, sei es absichtlich oder zufällig, ausgeschlossen wäre. Der Weg hierzu führt nicht über die Verschärfung der Lage, sondern über die friedliche Lösung aller strittigen Probleme, über die Beseitigung der Überreste des vergangenen Krieges und den Abschluß des Friedensvertrages, über die friedliche Koexistenz, über gutnachbarliche Beziehungen zu allen Ländern in Ost und West.

10. Die Völker der ganzen Welt sind gegenwärtig vor die Alternative gestellt, entweder friedlich zu koexistieren und miteinander wettzueifern oder unentwegt dem Atomkrieg mit allen seinen katastrophalen Folgen entgegenzugehen. Dieser Frage kann sich weder die Sowjetunion noch die Bundesrepublik Deutschland oder irgendein anderer Staat entziehen.

Von der Entscheidung, die sie treffen, und in nicht geringem Maße von den sowjetisch-westdeutschen Beziehungen hängt die Zukunft des Friedens in Europa ab. Die Sowjetunion hat längst die Wahl getroffen — sie lehnt den Krieg ab und ist bereit, die Beziehungen zu allen Ländern unabhängig von den sozialen und wirtschaftlichen Unterschieden zu entwickeln und zu festigen. Wenn es nicht möglich ist, sogleich zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern zu kommen, lassen Sie uns diese Aufgabe Schritt für Schritt lösen. Der liegende Stein wird bemoost. Man muß ihn vom toten Punkt wegrücken. Die Haltung der Bundesrepublik ruft jedoch, offen gesagt, viele Besorgnisse hervor, da die Handlungsweise ihrer Regierung die Bemühungen derjenigen, die aufrichtig versuchen, die restlichen Hindernisse und Hemmnisse auf dem Weg zum dauerhaften Frieden zu beseitigen, keineswegs fördert, sondern ihnen meistens zuwiderläuft."

Nach dem Bulletin der Bundesregierung v. 10. I. 62

Niemöller: „Deutschland — Brücke zwischen Ost und West"

Der hessische Kirchenpräsident D. Martin Niemöller hielt am 28. Januar 1962 in Bad Godesberg in einer öffentlichen Kundgebung anläßlich der Bundestagung der Deutschen Friedensgesellschaft — deren Präsident er ist — eine Rede, in der er u. a. sagte:

„. . . Der absolute Gegensatz (zwischen Ost und West. D. Red.), der heute für die ‚westliche' Welt zum Dogma geworden ist, wie es hier ebenso Dogma geworden ist, daß die Koexistenz eine Utopie darstellt, läßt uns eine denkbare Möglichkeit zum Weiterkommen übrig — das ist der Kampf bis aufs Messer, d. h. einer von uns muß auf der Strecke bleiben, damit der andere weiterleben kann! — Und vermutlich hätten wir den dafür notwendigen totalen Krieg (und das heißt den 3. Weltkrieg) längst, wenn einer der beiden in Frage kommenden Kontrahenten der Überzeugung wäre, daß ihm die Vernichtung und Beseitigung des anderen mit Sicherheit gelingen würde. — Diese Überzeugung ist — glücklicherweise — seit dem Ende des Jahres 1949 geschwunden, seitdem auf beiden Seiten Atomwaffen zur Verfügung bereitliegen; sie ist inzwischen völlig unmöglich geworden, weil mit der Wasserstoffbombe und ihrer Weiterentwicklung die Möglichkeit geschaffen wurde, daß der Schwächere, selbst im Fall einer Niederlage, den Untergang des Menschengeschlechts, und damit auch seines siegenden Gegners, herbeiführen kann. Das heißt aber: im Ost-West-Gegensatz gibt es die sonst allenfalls denkbare Lösung des Koexistenz-Problems durch gewaltsame Beseitigung eines der beiden Gegner überhaupt nicht mehr. Sie werden, ob ihnen das gefällt, koexistieren müssen, um ihre Gegensätze entweder zu ertragen oder auf nicht gewaltsame Weise auszutragen.

Bislang herrscht in der ‚westlichen' Welt noch die Absicht vor, den Gegensatz, wenn ihm mit Gewalt nicht beizukommen ist, bestehen zu lassen und sich gegen die ‚östliche' Welt gewissermaßen abzuriegeln. Man sucht die Grenzen festzumachen und sie möglichst weit vorwärts und von sich selber weg zu schieben, zugleich aber der geistigen Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen und sie ebenfalls von sich wegzuschieben. Das heißt etwa: die Weltanschauung des Ostens ist Ketzerei, wir ersparen uns die geistige Auseinandersetzung, indem wir diese Ketzerei einfach verbieten und unter Strafe stellen. So wird praktisch seit vielen Jahren von dem führenden Staat der ‚westlichen' Welt tatsächlich verfahren, und unser Staat macht dabei konsequent und entschlossen mit. Im

Augenblick sind wir gerade Zeugen, wie dies System einer von je her beliebten Ächtung ketzerischer Ansichten von den USA aus auch auf den südamerikanischen Kontinent zu übertragen versucht wird. Es fällt dabei auf, daß gar kein ernstzunehmender Versuch gemacht wird, die ideologische Ketzerei zu widerlegen und überzeugende Gründe für ihre Ablehnung beizubringen. Und gerade darin wird die geistige Schwäche und Ungerüstetheit der ‚freiheitlichen' Welt von heute offenbar.

Man braucht nun aber wahrhaftig kein Prophet zu sein, um zu erkennen, daß eine Ideologie auf die Länge nicht an der Ausbreitung gehindert werden kann, indem man ihrer geistigen Potenz mit materiellen Kräften begegnet . . .

Es wird ein von Jahr zu Jahr sinnloser werdender Zustand, daß die weißen Völker ihre Reserven in kriegerische Rüstung stecken und sich damit selbst der Möglichkeit berauben, ihren vollen Beitrag für eine menschenwürdige Gestaltung der allgemeinen Zukunft zu leisten. Die Frage der Abrüstung muß deshalb heute als die Frage der Menschheit von morgen ernst genommen und angefaßt werden, denn übermorgen wird das Rüsten von heute — auch wenn es zu keinem Krieg kommt — als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt werden, weil es Millionen und Abermillionen unnötigerweise dem Hungertod ausliefert, indem es Hunderte von Milliarden Dollar sinnlos vergeudet . . .

Das ist der Hintergrund, auf dem unser heutiges Thema: „Deutschland als Brücke zwischen Ost und West" betrachtet sein will. Ein weißes Volk, das heute seinen Vorteil sucht ohne Rücksichtnahme auf das Ganze der e i n e n Menschheit, die nur als e i n e weiterleben kann oder aber zugrundegehen muß, darf es gar nicht geben . . ."

Für einen Bund atomwaffenfreier Länder

Die „Schweizerische Bewegung gegen die atomare Aufrüstung" hat am 12. Januar an den Bundesrat eine Eingabe gerichtet, in der sie daran erinnert, daß der Außenminister Schwedens im November 1961 an alle Länder, die keine Atomwaffen besitzen, appelliert habe, sich zu einem Bund atomwaffenfreier Länder zusammenzuschließen und freiwillig und verbindlich für alle Zukunft auf Atomwaffen zu verzichten. „Ein solcher Zusammenschluß, der auch von Österreich, Ceylon, Tunesien und anderen Ländern befürwortet wird, vermöchte sich zwischen die beiden großen militärischen Blöcke zu stellen und zu verhüten, daß deren atomare Potentiale aufeinanderprallen. Vornehmliche Aufgabe dieses Bundes atomwaffenfreier Nationen wäre es, das Gewissen und die öffentliche Meinung der ganzen Welt wachzurütteln und durch geeignete Vorschläge die Menschheit aus der Sackgasse herauszuführen, in die sie durch die Atomwaffen-Strategie der Großmächte geraten ist."

Die Eingabe appelliert an den Bundesrat, „auf den Appell des schwedischen Außenministers positiv zu antworten und dem Bund atomwaffenfreier Nationen beizutreten".

Die Tat (Zürich) v. 16. I. 62

Ein Generalstabsoffizier für Adenauer

Zum erstenmal wird in dem nur von zivilen Ministerialbeamten besetzten Bundeskanzleramt in Bonn ein hoher Generalstabsoffizier tätig sein. Wie gestern von amtlicher Seite der Bundeswehr mitgeteilt wurde, soll der bisherige Chef des Stabes im Wehrbereich I in Kiel, Oberst i. G. Hans-Adolf von Blumröder, Ende Januar nach Bonn versetzt werden und bald darauf sein neues Amt antreten. Der bisherige Sachbearbeiter für Verteidigungsfragen im Bundeskanzleramt war stets ein Ministerialrat.

Wie man hört, soll die neue militärische Planstelle im Bundeskanzleramt als „Generalstelle" eingeplant werden, so daß Blumröder mit einer Beförderung rechnen könne. Blumröder gilt als Fachmann für die Abstimmung militärischer und ziviler Verteidigungsaufgaben.

Der Mittag v. 25. I. 62

Rüstungskäufe vermutet

Die Minderung der Devisenbestände im Bundesbankausweis um 470 Mill. DM wird von Geldfachleuten mit umfangreichen Rüstungskäufen des Bundes im Ausland in Verbindung gebracht. Diese Meinung gewinnt an Gewicht, wenn man erfährt, daß die erneuten Ex-

porte von zum Jahresende repatriierten Geldmarktanlagen bereits um die Monatsmitte im wesentlichen abgeschlossen waren.
Deutsche Zeitung v. 31. I. 62

Biologisch-chemische Kriegführung wird vorbereitet

Der Leiter des Forschungs- und Entwicklungsprogrammes der amerikanischen Armee, Generalleutnant Trudeau, hat vor dem Senat eine 67prozentige Erweiterung des Programmes zur biologischen und chemischen Kriegsführung angekündigt. Für dieses streng geheimgehaltene Gebiet sehe die Armee im kommenden Rechnungsjahr Ausgaben in Höhe von 85,1 Millionen Dollar (über 340 Millionen DM) vor.
Deutsche Zeitung v. 31. I. 62

Kriegsdienstverweigerer appellieren an Ostberlin

Die Internationale der Kriegsdienstgegner hat die Regierung der Sowjetzone aufgefordert, im Hinblick auf die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ebenso wie die Bundesrepublik anzuerkennen.

In einer Erklärung der IDK-Zentrale in München heißt es, die anerkennenden Worte der Zonenbehörden für die westdeutschen Pazifisten würden an Glaubwürdigkeit verlieren, wenn in der Zone nicht das gleiche Kriegsdienstverweigerungsrecht eingeführt werde wie in der Bundesrepublik.
Die Welt v. 31. I. 62

Polnische Intellektuelle fordern größere Freiheit des Wortes

Größere Freiheit des Wortes im Ostblock wurde auf einer von über 300 Angehörigen der Intelligenz besuchten Diskussionsveranstaltung in Warschau gefordert. Der Präsident der polnischen Akademie der Wissenschaften, Professor Kotarbinski, verteidigte grundsätzlich den Sozialismus als Gesellschaftsordnung. Er erklärte, ein „tragischer Konflikt" bestehe zwischen den Konstrukteuren der Sozialordnung und den Angehörigen der Intelligenz. Kotarbinski forderte eine Intensivierung des „Tauwetters", damit eine Meinungsäußerung über öffentliche Angelegenheiten möglich werde. Nur auf diese Weise könne auch die Intelligenz des Westens für den Sozialismus gewonnen werden.
Süddeutsche Zeitung v. 20./21. I. 62

Britisches Automobilwerk liefert Lastwagen nach Peking

Die britischen Rootes-Werke gaben am Dienstag den Abschluß von Aufträgen im Werte von nahezu 400 000 Pfund (etwa 4,5 Millionen DM) für Lieferungen hinter den Eisernen Vorhang bekannt. Peking hat 100 Drei-Tonnen-Lastwagen und 30 Fünf-Tonnen-Lastwagen mit Benzinmotoren bestellt.
Stuttgarter Zeitung v. 10. I. 62

USA wollen britische Lieferung von Flugzeugen an China blockieren

Die britische Regierung hat ihren Botschafter in Washington angewiesen, beim US-Außenministerium wegen dessen Versuchs vorstellig zu werden, die Lieferung von sechs britischen Viscount-Flugzeugen im Wert von 10,6 Millionen Dollar an China zu blockieren. Wie der Sprecher des Londoner Außenamtes am Dienstag mitteilte, ist die britische Regierung auf diesen Versuch erst durch einen Brief aufmerksam geworden, den der stellvertretende amerikanische Außenminister Dutton an den New Yorker Senator Keating gerichtet hat. In diesem Brief teilt Dutton mit, die Regierung habe die amerikanische Gesellschaft, deren Tochterfirma in England die Navigationsausrüstung für die Viscounts herstellt, vor einer Lieferung für die für China bestimmten Maschinen gewarnt.
Frankfurter Rundschau v. 17. I. 62

Bemerkungen

Ragnar Forbech, seit 1947 Dompfarrer zu Oslo, zählt zu den bekanntesten norwegischen Verfechtern des Friedensgedankens. Seit 1952 ist er Vorsitzender der norwegischen Gruppe des Internationalen Versöhnungsbundes (International Fellowship of Reconciliation). Er ist außerdem Vizepräsident der „Norwegischen Christlichen Arbeiterunion".

Im Frühjahr 1962 erscheint, als Sonderdruck, die auf S. 103 angekündigte

DOKUMENTATION ZUR GESCHICHTE DER WIEDERAUFRÜSTUNG DER BUNDESREPUBLIK.

Bestellungen bitten wir schon jetzt vorzunehmen; vgl. die dem Heft beiligende neue Bestellkarte.

An unsere Leser:

Die Vertriebsabteilung bittet zur Vermeidung von Unklarheiten um möglichst gut lesbare Schrift bei Bestellungen, Einzahlungen etc.

Das Register für den Jahrgang 1961 erscheint im März-Heft.

Es schrieben bisher u. a.:

Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
General a. D. Dr. Franz Beyer
Lucie Beyer, MdB
Dr. Wilhelm R. Beyer
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Dr. Gerhard Caemmerer †
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Wolf Donner
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Dr. Fritz Eberhard
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
RA Erwin Fischer
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt)
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i.R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Dr. Werner Gerth
Albrecht Goes
Prof. Gerhard Gollwitzer
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Walter Hagemann
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Esther Sophia Hayiron
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig
Dr. Elsa Hennings
Dr. Hans Henrich
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Dr. Walther Herbst
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromádka
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Dr. Viktor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Alexander Karev
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Wilhelm von Kleist
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Koller
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Albert J. Luthuli
Dr. Bodo Manstein
Wladimir Massitsch
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. c. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Botschafter a. D. Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB
Herbert Mochalski
Dr. Girya K. Mookerjee
Prof. Dr. Wilhelm Müller
Hans Nätscher
Peter Nellen, MdB
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Niekiewicz
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. László Márton von Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Earl Bertrand Russell, O. M., F. R. S.
E. S. Sachs
Paul Schallück
Adolf Schmidt
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
Rolf von Schoen
Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
Julius Silverman, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Bertil Svahnström
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr. Hans-Joachim Tepe
Reinhard Tietz
P. A. Timberlake
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Hellmut Traub
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Philipp Wehr, MdB †
Johannes Weidenheim
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Max Winiger
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Abdelkader Zouari

Bemerkungen

Ragnar Forbech, seit 1947 Dompfarrer zu Oslo, zählt zu den bekanntesten norwegischen Verfechtern des Friedensgedankens. Seit 1952 ist er Vorsitzender der norwegischen Gruppe des Internationalen Versöhnungsbundes (International Fellowship of Reconciliation). Er ist außerdem Vizepräsident der „Norwegischen Christlichen Arbeiterunion".

Im Frühjahr 1962 erscheint, als Sonderdruck, die auf S. 103 angekündigte

DOKUMENTATION ZUR GESCHICHTE DER WIEDERAUFRÜSTUNG DER BUNDESREPUBLIK.

Bestellungen bitten wir schon jetzt vorzunehmen; vgl. die dem Heft beiligende neue Bestellkarte.

An unsere Leser:

Die Vertriebsabteilung bittet zur Vermeidung von Unklarheiten um möglichst gut lesbare Schrift bei Bestellungen, Einzahlungen etc.

Das Register für den Jahrgang 1961 erscheint im März-Heft.